Wo war Köhler? s. Seite 5

Preußische Allgemeine Zeitung
Mit Ostpreußenblatt
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro
Nr. 11 – 20. März 2010
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell
Keine Rückkehr des Personenkults
Debatte um Stalin-Plakate spaltet Russland 2

Preußen / Berlin
Flucht vor der Super-Gesamtschule
Schüler drängen auf Gymnasien und Privatschulen 3

Hintergrund
Kapitalismus statt Guantánamo
Kann die Weltwirtschaft Islamisten besiegen? 4

Deutschland
Lebenszeichen aus Schloss Bellevue
Bundespräsident Köhler meldet sich zurück 5

Ausland
»Am Ende Entschädigung leisten«
Wien verärgert Prag 6

Kultur
Wie eine »Opera-Comödie«
Publikum anfangs von Bachs Passionen nicht begeistert 9

Preußen
Wie Phönix aus der Asche
Vor 90 Jahren: Ostpreußen wird wieder aufgebaut 10




Foto: Blickwinkel

Weniger Ausfuhren: Obwohl der deutsche Export 2009 massiv zurückging, ist er den EU-Nachbarn noch ein Dorn im Auge.

Aufstand der Neider

EU-Staaten ereifern sich über Deutschlands starken Export und fordern Ausgleich

Deutschland solle exportschwächer gemacht werden, damit die übrigen EU-Staaten mithalten können, fordert nicht nur Paris. Droht ein „europäischer Finanzausgleich“ zulasten der Deutschen?

Die Reaktion konnte die französische Finanzministerin Christine Lagarde kaum überraschen. Mit Kopfschütteln und Ablehnung reagierten die Bundesregierung, die deutsche Wirtschaft und Wissenschaftler auf die Pariser Forderung, Deutschland möge seine Wettbewerbsfähigkeit reduzieren, damit schwächere EU-Länder besser mithalten könnten.

Deutschland habe eben seine Hausaufgaben gemacht, kontert Berlin. Das sollten die anderen nachholen. Zudem erwirtschafte der Hauptnettozahler Deutschland mit seiner Wettbewerbsfähigkeit auch jene EU-Beiträge, von denen andere Staaten profitierten. Schließlich könne es nicht die Aufgabe der EU sein, starke Länder zu bremsen, sie solle stattdessen die schwachen ermutigen. Deutschlands Hauptkonkurrenten seien überdies nicht die Europäer, sondern Chinesen, Japaner und US-Amerikaner.

> Für die Gerechtigkeit müsse Berlin den Export drosseln

Im Falle Chinas wird ein direkter Zusammenhang zwischen dem Exportüberschuss und seiner künstlich niedrig gehaltenen Währung gesehen. Aus den USA wurden erst diese Woche Forderungen laut, chinesische Waren mit Strafzöllen zu belegen, sollte Peking den Yuan nicht aufwerten. Bei Deutschland fällt dieses Argument, zumal aus dem Munde anderer Euro-Staaten, flach. Die Forderungen nach Drosselung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit indes als unrealistisch vom Tisch zu wischen, könnte sich als voreilig erweisen. Dafür ist die Front zu breit, die sich da auftut. Angeführt hat die Phalanx der belgische EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, der die deutsche Exportstärke bereits vor Wochen unter Feuer nahm. Dann folgte ihm der Chef der Euro-Finanzminister, Jean-Claude Juncker aus Luxemburg. Und nun Lagarde.

Der Erfahrung nach dürfte die Debatte auf die Forderung nach noch mehr deutschen „Ausgleichszahlungen“ an andere EU-Staaten münden, um so dem „unfairen“ Übergewicht der deutschen Exportwirtschaft „sozial“ entgegenzuwirken. Über ein Instrument dafür wird ausgerechnet in Deutschland bereits intensiv nachgedacht: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) treibt die Idee eines Europäischen Währungsfonds (EWF) voran, mit dem schwachen Ländern aus der Patsche geholfen werden solle. Er hat sogar vorgeschlagen, die Goldreserven der Bundesbank, die zweitgrößten der Welt, dafür einzubringen.

Die Bundesbank, die unabhängig über den deutschen Goldschatz verfügt, protestierte sofort heftig. Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank, der Deutsche Jürgen Stark, bezeichnete den EWF überdies als „Start eines europäischen Finanzausgleichs, der sehr teuer werden könnte“. Länder mit finanzpolitischem Schlendrian würden so ihr Verhalten nie ändern. *Hans Heckel*

WILHELM V. GOTTBERG:

Kinderschänder

Sexueller Missbrauch an Kindern ist ein Verbrechen. Diese klare Feststellung des deutschen Papstes ist parteiübergreifend Konsens. Das ist gut! Nicht gut ist, dass verschiedene kirchenferne Kreise die jetzt bekannt gewordenen Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen als ein Problem von kirchlichen Einrichtungen, vornehmlich der katholischen Kirche, brandmarken. Kinderschändung kommt überall vor, leider auch in staatlichen Schulen, im familiären Bereich, in Sport- und Freizeitvereinen. Es geschieht im Verborgenen und das Allermeiste bleibt ungesühnt, weil die Opfer aus Scham schweigen. Allerdings sind auch Fälle bekannt geworden, die durch Frühpensionierung der Täter vertuscht, aber somit auch beendet wurden.

Das Geschrei verschiedener Damen und Herren aus dem linken und liberalen Lager, die Täter mögen sich entschuldigen und Schmerzensgeld zahlen, ist nicht zielführend. Der gesellschaftliche Diskurs muss die Frage beantworten, wie die Abhängigkeit junger Menschen von Erwachsenen mit pädophilen Neigungen verhindert werden kann. Darüber hinaus muss sich die gesamte politische Klasse fragen, inwieweit ihr Tun und Lassen in der Vergangenheit Kindesmissbrauch begünstigt hat. Sex mit Kindern wurde vor 25 Jahren in Teilen der grünen Partei diskutiert. Der Konsum der Pornografie wurde 1972 von den bürgerlichen Parteien in Deutschland straffrei gestellt. Die sogenannte Reformpädagogik einiger „Pädagogikexperten“ mit ihrer Forderung nach größtmöglicher Vertrautheit zwischen Erzieher und Zögling stand ganz gewiss nicht den Neigungen Pädophiler entgegen. Die Saat ist aufgegangen!

Erdogan sauer

Völkermord-Resolution auch in Schweden

Nach dem türkischen Botschafter in Washington musste nun auch sein Kollege in Stockholm seine Koffer packen und zurück in die Heimat. Mit dieser Rückholaktion bekundet die Regierung in Ankara ihren Unmut über die Beschlüsse in den beiden Ländern. Denn nach den USA hat nun auch das Parlament in Schweden eine Resolution beschlossen, die die Verfolgung und Ermordung von Hunderttausenden Armeniern im Osmanischen Reich als Völkermord einstuft.

> Annäherung an Armenien in Gefahr

Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan sagte sogar seinen geplanten Schweden-Besuch wieder ab und verurteilte in einer Erklärung die Entscheidung in Stockholm. Politiker sollten nicht über die Geschichte richten, meint Erdogan, der sich auch nicht von den Beteuerungen der schwedischen Regierung, sie würde einen EU-Beitritt der Türkei weiter unterstützen, besänftigen ließ. Laut Beobachtern dürften die aktuellen Völkermord-Resolutionen jedoch die Ratifizierung der 2009 vom türkischen und armenischen Außenminister unterzeichneten Protokolle in beiden Länderparlamenten unwahrscheinlicher machen. *Bel*

Schwenkt Union auf SPD-Linie?

Hamburg und Kiel wollen offenbar auf Optionspflicht bei jungen Doppelstaatlern verzichten

Erst Hamburg, nun auch Kiel: Die unionsgeführten Landesregierungen im Norden Deutschlands schlagen sich bei der Frage der doppelten Staatsbürgerschaft auf die Seite der Sozialdemokraten. Diese plädieren dafür, dass sich in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern nicht mehr bis zu ihrem 23. Lebensjahr für eine der am Tage ihrer Geburt erhaltenen beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen (Optionspflicht), sondern dauerhaft beide behalten dürfen.

„Ich sehe keine Bedrohung für unseren Staat, wenn ein Mensch in Deutschland zwei Staatsangehörigkeiten hat“, so der parteilose schleswig-holsteinische Integrationsminister Emil Schmalfuß. Der Minister der schwarz-gelben Koalition in Kiel will sich auch dementsprechend am 19. März bei einer Konferenz der Integrationsminister in Düsseldorf äußern und für einen Verzicht auf die Optionspflicht plädieren. „Wir tragen Streit in die Familien“, meint Schmalfuß, der nicht möchte, dass sich die jungen Menschen gegen die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern entscheiden müssen, wenn sie die deutsche annehmen. Diese familiären Spannungen sollten den Betroffenen seiner Meinung nach genommen werden. Zudem habe er kein Problem damit, dass Spätaussiedler neben ihrer deutschen Staatsangehörigkeit die polnische oder russische behielten.

> Bayern plädiert für eine Staatsangehörigkeit

In Bayern sieht man die Staatsbürgerschaftsfrage weniger lax. „Wir erwarten, dass sich in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern nach der Volljährigkeit klar für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden“, sagte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU).

Eine Staatsbürgerschaft verleiht Bürgerrechte und -pflichten, stiftet aber auch Identität und vermittelt ein Zugehörigkeitsgefühl. Bisher waren vor allem Politiker linker Parteien überzeugt, dass es der Integration diene, wenn ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern sich gleich zwei Nationen zugehörig fühle.

Die rechtlichen Folgen dieser Politik musste vor wenigen Jahren ein deutsch-syrischer Doppelstaatler erfahren, als er in Damaskus ins Gefängnis kam. Wäre er nur deutscher Staatsbürger gewesen, hätte er einen umfassenden Rechtsanspruch auf konsularische Betreuung durch die deutsche Botschaft gehabt, doch aufgrund seiner syrischen Staatsangehörigkeit fühlte sich die syrische Regierung allein zuständig, was zu diplomatischen Verwicklungen führte. *Bel*

MELDUNGEN

Christen wollen Hilfe der UN

Abuja – In Nigeria sind Tausende Christinnen auf die Straße gegangen, um gegen Massaker von Muslimen an fast 500 Christen zu protestieren. In Schwarz gekleidete Frauen zogen mit Bibeln in den Händen vor Regierungsgebäude in der Bundeshauptstadt Abuja und in Jos, der Hauptstadt des Bundesstaates Plateau. Dort waren am 7. März Angehörige des muslimischen Nomadenstammes Hausa in drei überwiegend von Christen bewohnte Dörfer eingedrungen und hatten Männer, Frauen und Kinder massakriert. Dabei riefen sie nach Angaben von Augenzeugen: „Allah ist groß!“ Die Generalsekretärin der Frauenvereinigung im Bundesstaat Plateau, Zipporah Kpamor, sagte, wenn der eigene Staat nicht in der Lage sei, geplanten Völkermord zu stoppen, dann müsse man sich an die UN wenden. *idea*

Le Pen erstarkt dank Islamisten

Paris – Die Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs (PS), Martine Aubry, darf sich freuen: Beim ersten Wahlgang der Regionalwahlen am letzten Sonntag besiegte ihre PS mit 29,5 Prozent der Stimmen die Sarkozy-Partei UMP (26,2 Prozent). Die von Daniel Cohn-Bendit geführten Grünen blieben mit 12,5 Prozent hinter ihren Erwartungen zurück. Mit 3,4 Prozent ist der Zentrist François Bayrou politisch erledigt. Recht gut schnitt die Nationale Front (FN) vom Rechtsaußen Le Pen ab: 11,7 Prozent der Stimmen und in zwölf von 26 Regionen stark genug für einen zweiten Urnengang. Grund dafür, dass die FN wieder punktet: die unklare Haltung der Regierungspartei in Sachen Zuwanderung und Islamismus. Martine Aubrys Sieg hat zwei Schattenseiten. Ihre Erzfeinde Ségolène Royal (39 Prozent) im Poitou-Charentes und Georges Frèche (35,2 Prozent) im Languedoc-Roussillon fuhren beachtliche Gewinne ein. Die Pariser Presse sieht skeptisch die PS als „Koloss auf wackelnden Füßen“. *Jean-Paul Picaper*

Die Schulden-Uhr: Nicht Aufgabe des deutschen Steuerzahlers

Der Bund der Steuerzahler warnt vor der Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF). Statt immer neue europäische Agenturen zu gründen, bräuchte die Euro-Währungsgemeinschaft eine Stärkung der bestehenden Institutionen. Nötig seien hier vor allem stärkere Kontroll- und Sanktionsrechte der EU-Kommission und des Ecofin-Rates, so der Interessenverband. Auch sei nicht erkennbar, dass ein EWF eine schärfere Waffe gegen die unsolide Haushaltspolitik einiger Mitgliedstaaten wäre. Als Sammelstelle für Steuerzahlergeld sei der EWF ebenfalls abzulehnen, so Verbandspräsident Karl Heinz Däke.

1.683.716.038.432 €

Vorwoche: 1.680.994.422.727 €
Verschuldung pro Kopf: 20596 €
Vorwoche: 20563 €

(Dienstag, 16. März 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Keine Rückkehr des Personenkults

Debatte um Stalin-Plakate spaltet eine Nation – Mehrheit der Russen: Sieg rechtfertigt nicht Massenmorde

Der Streit um das Aufstellen und Zeigen von Stalin-Plakaten anlässlich der 65. Siegesfeier am 9. Mai auf dem Roten Platz in Moskau hält an. Regierungsnahe Vertreter spielen das Ganze als Bekenntnis zur historischen Wahrheit herunter, Oppositionspolitiker und Menschenrechtler kündigten eine Aufklärungskampagne über den Diktator Stalin an.

Man stelle sich vor, welch ein Aufschrei durchs Land ginge, käme ein deutscher Politiker auf die Idee, anlässlich einer Staatsfeier ein Abbild Adolf Hitlers öffentlich aufstellen zu lassen. Undenkbar! Und zudem ist das Zurschaustellen faschistischer Symbole in der Bundesrepublik verboten. In Russland wird derzeit erst über den Umgang mit der eigenen Geschichte scharf diskutiert.

Nachdem Moskaus Oberbürgermeister Jurij Luschkow dem Antrag von Veteranen-Verbänden auf das Anbringen von Stalin-Plakaten während der diesjährigen Maiparade stattgegeben hatte, folgte der bloßen Ankündigung ein Sturm der Entrüstung. Viele Menschenrechtler, Vertreter der Gesellschaftskammer sowie der letzte Generalsekretär der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, reagierten entsetzt. Ljudmila Alexejewna, die bekannteste Menschenrechtlerin Russlands, sagte: „Stalin ist ein Krimineller, und es ist eine Schande, Plakate eines Regimes auszustellen, das Millionen Menschen umgebracht hat.“ Damit sprach sie nicht nur Oppositionellen aus dem Herzen, sondern auch Regierungsanhängern. Parlamentssprecher Boris Gryslow distanzierte sich von Luschkows Vorhaben und forderte ihn auf, seine Entscheidung, welche die eines Einzelnen sei, zurückzunehmen.

Ein Wiederaufkeimen des Personenkults käme der russischen Regierung ungelegen: Zum 65. Jahrestag des Kriegsendes werden Soldaten der anderen Siegermächte und viele Staats- und Regierungschefs, darunter Angela Merkel, erwartet. Die Regierung befürchtet, dass einige der geladenen Gäste ihre Teilnahme wieder absagen könnten. Sicher will die Regierung auch der Opposition nach den erfolgreichen Massenprotesten der vergangenen Wochen keine weitere Steilvorlage bieten. Sie fürchtet vielmehr eine Spaltung des Volkes in Stalin-Anhänger und Stalin-Gegner.

Dabei gilt der Stalinismus eigentlich als überwunden. Während Putins Regierungszeit hatte der Kult um Stalin zwar eine leichte Renaissance erlebt, doch spätestens seit Stalins Enkel Jewgenij Dschugaschwili seine Klage gegen die „Nowaja Gaseta“ wegen Verunglimpfung seines Großvaters verloren hat, dürfen auch russische Medien Stalin als Massenmörder bezeichnen.

> »Krieg der Plakate« – ein politisches Spiel der Opposition?

Luschkow versucht derweil, die Wogen zu glätten, indem er Journalisten- und Politiker-Schelte betreibt. Er wirft ihnen vor, mit dem angekündigten „Krieg der Plakate“ ein politisches Spiel zu treiben. Trotzig erklärte er, selbst kein Anhänger Stalins zu sein, die Plakate hätten reinen Informationscharakter. Außerdem handele es sich nur um wenige Dutzend von über 2000 Plakaten, auf denen Stalin abgebildet werde. Er sei nun einmal während der Kriegsjahre Oberbefehlshaber des Landes gewesen und sein Name lasse sich aus der russischen Geschichte auch nicht mehr wegradieren.

Wie das russische Volk über die Angelegenheit denkt, erforschte das Levada-Zentrum in einer landesweit durchgeführten Umfrage. Dabei kam heraus, dass nur zwölf Prozent mit der Aufstellung von Stalin-Plakaten einverstanden sind. 22 Prozent befanden, dass dies „unmoralisch“ sei und „das Andenken von Millionen Menschen beleidigen würde, die in den Lagern und hinter den Mauern des NKWD umgekommen sind“. Ein Drittel der Befragten konnte zwar für die Gefühle der Veteranen, die in Stalin immer noch einen großen Mann sehen, Verständnis aufbringen, doch verbindet die Mehrheit mit dem Tod Stalins die Assoziation vom Ende des Massenterrors und der Befreiung von Millionen Menschen aus Gefängnissen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die hohe Zahl der Opfer, die das russische Volk während der Stalin-Epoche erlitt, durch kein einziges der großen Ziele zu rechtfertigen sei. Obwohl inzwischen gerichtlich festgestellt wurde, dass Stalin ein Massenmörder war, ist die Hälfte der Befragten nicht bereit, ihn als Staatsverbrecher zu bezeichnen. Personenkult um Stalin lehnen die meisten Russen allerdings ab. Einer Rückbenennung der Stadt Wolgograd in Stalingrad, wie von KP-Chef Gennadij Sjuganow gefordert, verweigern 59 Prozent ihre Zustimmung.

Im Vergleich mit Hitler wird Stalin, gemessen am Grad des Bösen, von vielen Russen postiv bewertet. Doch nicht von allen. In der Internet-Ausgabe von „Ria Novosti“ fordert der Autor Alexander Archangelsk, mit Stalin-Symbolen nach deutschem Vorbild umzugehen und sie nur in Museen zu zeigen, ähnlich wie in Deutschland eine symbolische Grenze um sie zu ziehen, die Figur Stalin quasi in eine historische Quarantäne zu verbannen. „Blutvergießen bleibt Blutvergießen! Den Opfern konnte es gleich sein, ob sie in der Vernichtungsmaschinerie eines sowjetischen Gulags oder in Dessau ums Leben kamen.“ *M. Rosenthal-Kappi*



Roter Platz in Moskau: Kommunisten ehren noch immer ihren „Woschd“ (Führer) Bild: Getty

»Spitze des Eisbergs«

Dieter Frey: »Wegschauer« tragen fast so viel Schuld wie Täter

Dieter Frey ist Sozialpsychologe an der Universität München. Philip Baugut sprach mit ihm über die Missbrauchsfälle und Präventionsmöglichkeiten.

PAZ: *Herr Professor Frey, überrascht Sie das Ausmaß an Kindesmissbrauch, das nun ans Licht kommt?*

Dieter Frey: Eigentlich bin ich überhaupt nicht überrascht. Wir wissen schon lange, dass in vielen Bereichen, unter anderem bei Kindesmissbrauch, hohe Dunkelziffern bestehen. Insofern denke ich sogar, dass wir nur die Spitze eines Eisberges sehen. Denn jeder kennt Fälle aus der weiteren Umgebung, wo zu oft wegschaut oder bei Misshandlungen verniedlicht wird.

PAZ: *Wie lassen sich die Misshandlungen an Kindern sozialpsychologisch erklären?*

Frey: Die Täter haben nicht ein einziges Motiv, verschiedene Motivlagen kommen zusammen. Es beginnt damit, dass viele Erzieher von der sogenannten „Laientheorie“ ausgehen. Sie glauben, dass man Menschen mit Gewalt und Züchtigung dazu bringt, Regeln einzuhalten beziehungsweise zu „funktionieren“. Wenn sich dann der andere anders als gewünscht verhält, kommt es häufiger zu Misshandlungen.

PAZ: *Wie muss man sich dabei die Persönlichkeit des Täters vorstellen?*

Frey: Es gibt natürlich Neigungen, auch pädophile Neigungen, die viele Erzieher oft kontrollieren können. Sie treten aber dann zum Vorschein, wenn keine negativen Sanktionen zu befürchten sind, die Gefahr der Entdeckung niedrig ist.


Dieter Frey

PAZ: *Welche Strukturen begünstigen Misshandlungen?*

Frey: Das Problem sind Institutionen, in denen nicht oder schlecht geführt wird, in denen die Führung wegschaut oder diese Verhaltensweisen womöglich toleriert. Insofern tragen die Beobachter oder „Wegschauer“ fast genauso viel Verantwortung wie die Täter.

PAZ: *Welche präventiven Maßnahmen können Schulträger ergreifen?*

Frey: Wir brauchen eine flächendeckende Ausbildung der Kinder in Zivilcourage und Selbstbehauptung. Sie sollten in die Lage gesetzt werden, Stoppsignale zu setzen, wenn ihnen die körperliche Nähe von Erwachsenen unangenehm ist, ihre Streicheleinheiten zu weit gehen. Kinder müssen in Übungen lernen, Grenzen zu setzen und zu sagen: „Das will ich nicht, das geht nicht!“ Wichtig ist dabei die Philosophie: „Mein Körper gehört mir, ich entscheide, wie weit der Gegenüber gehen darf, ich habe den Mut zu widersprechen.“

PAZ: *Wo lässt sich diese Selbstbehauptung lernen?*

Frey: An unserem Lehrstuhl machen wir seit Jahren solche Zivilcourage-Trainings mit Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern. Das müsste aber flächendeckend angeboten werden.

PAZ: *Was können Lehrer vorbeugend tun?*

Frey: Lehrer müssen sensibilisiert werden, genau hinzuschauen. Sie müssen den Mut aufbringen, die potenziellen Täter anzusprechen und gleichzeitig die Opfer zu schützen. Auch das lässt sich in Rollenspielen lernen.

Neue Attacken

Stiftung Vertreibung: Thierse lässt nicht locker

Nach dem Verzicht von Erika Steinbach auf einen Sitz im Rat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gehen die Attacken auf die geplante Einrichtung unvermindert weiter. Die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) hatte ihren Sitz nicht eingenommen, um weiteren Streit zu verhindern.

Immer deutlicher schält sich heraus, dass die Gegner der Stiftung das gesamte Vorhaben vereiteln wollen, wobei Steinbach nur die akute Zielscheibe darbot. Nach ihrem Abtritt werden die Angriffe nur verbreitert. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) und die Vizechefin der SPD-Bundestagsfraktion, Angelica Schwall-Düren, forderten, den Einfluss des BdV auf die Stiftung weiter zu reduzieren.

> Projekt ist insgesamt ein Dorn im Auge

Bei näherem Hinsehen geht es darum, was die Stiftung eigentlich bezwecken solle. Thierse und seine Mitstreiter wollen es, wenn sie denn nicht zu verhindern ist, weitestgehend auf „Versöhnungsarbeit“ reduzieren. Daher soll in ihren Augen alles verhindert werden, was Kreisen in Polen oder der Tschechischen Republik aufstoßen könnte. Das umfasst allgemein den Aspekt von Schuld auf Seiten der beiden Nationen. Insbesondere werden dort alle Verweise darauf, dass Politiker wie der Tscheche Edvard Benesch die Vertreibung der Deutschen schon vor der deutschen Besetzung seines Landes im Zweiten Weltkrieg offen anstrebte, als ungehörig erachtet.

Aus dem wissenschaftlichen Beirat haben sich nach dem Rücktritt des polnischen Historikers Tomasz Szarota auch die Tschechin Kristina Kaiserová und die Deutsche Helga Hirsch zurückgezogen. Die Kritik der beiden Letztgenannten bezog sich eindeutig darauf, dass nicht geklärt sei, ob die Stiftung und das geplante Dokumentationszentrum in Berlin (Zentrum gegen Vertreibungen) nun vorrangig wissenschaftlich orientiert arbeiten solle oder ob politische Maßgaben den Kurs bestimmten. Mit ihrem Rückzug haben unterdessen auch der Direktor des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Raphael Gross, und der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Salomon Korn, gedroht. *T. Harms*

Mr. Big in Brandenburg

Von HARALD FOURIER

In „007 – Leben und sterben lassen" ist James Bond hinter dem mysteriösen Mafiaboss Mr. Big her, der in New York und anderswo ein riesiges Agentennetz aufgebaut hat: Der Taxifahrer, der Kellner, der Hotelpage und selbst die amerikanische Kollegin des britischen Geheimagenten arbeiten in Wirklichkeit für Mr. Big. Und es kommt noch schlimmer: Mr. Big und der unberechenbare Karibik-Diktator Kananga sind ein und dieselbe Person.

Klingt für uns natürlich wie eine Räuberpistole, wie eine Hollywood-Geschichte, die nichts mit der Realität zu tun hat. Was aber, wenn doch? Was, wenn sich herausstellt, dass nahezu hinter jeder zweiten Ecke ein falscher Fuffziger lauerte, von dessen wahrem Wirken der Normalbürger keinen Schimmer hatte? Nach ihrem Untergang hat sich herausgestellt, dass die ganze DDR ein einziger riesiger Spitzelstaat war, in dem selbst Kleinkinder von harmlos wirkenden Kindergärtnerinnen mit Fragen gelöchert wurden, welches Sandmännchen sie zuhause sehen („ ... das mit den Strichen auf der Uhr oder das mit den Punkten?"), nur um herauszufinden, ob die Eltern Westfernsehen schauen.

Aber war damit 1990 auch wirklich Schluss? Oder ging es im Verborgenen munter weiter? In Brandenburg, das der damalige Ministerpräsident Manfred Stolpe euphemistisch-liebevoll „eine kleine DDR" nannte, ist schon wieder eine Agentengeschichte bekanntgeworden. In Matthias Platzecks Staatskanzlei sollen gleich zwei Mitarbeiter für den russischen Geheimdienst tätig sein, berichtet das Nachrichtenmagazin „Focus". Ein führender Beamter sei deswegen versetzt (aber nicht entlassen) worden. Eine Frau pflege „Kontakte" zum Chef einer russischen Spezialabteilung zur Infiltration deutscher Sicherheitsdienste. Der Verfassungsschutz, der die beiden enttarnt haben soll, gibt keine Erklärung ab, während die Staatskanzlei von Platzeck ein halbgares Dementi veröffentlichte.

Das ist ein starkes Stück. Seit dem Zustandekommen der rot-roten Regierungskoalition sind etliche MfS-Spitzel innerhalb der Linkspartei aufgeflogen, die überdies von früheren Stasi-IM geführt werden. Jetzt kommen also noch Angehörige der KGB-Nachfolgeorganisation hinzu, die nicht einmal entlassen, sondern nur versetzt werden. Und dann noch bei Matthias Platzeck, dem Ministerpräsidenten, dem als einzigem deutschen Regierungsvertreter vor fünf Jahren ein russischer Geheimdienstorden in der russischen Botschaft in Berlin verliehen worden ist. So viele Zufälle gibt es sonst nur in James-Bond-Filmen.

Flucht vor der Super-Gesamtschule

Berlins Schüler drängen nach rot-roter Reform auf Gymnasien und Privatschulen



Manche Kinder fallen schon in den ersten Jahren hoffnungslos zurück: Unterricht an einer Berliner Gesamtschule

Bild: laif

Im Herbst werden Berlins Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengelegt zur neuen „Sekundarschule". Kritiker bezeichnen das rot-rote Reformwerk als „Sozialpolitik auf dem Rükken der Schüler".

In Berlin-Pankow wurde eine neue Schule eröffnet, die im Herbst den Betrieb aufnimmt. Die von drei Frauen gegründete Bildungseinrichtung bietet zweisprachigen Unterricht an und wird Schüler vom Kindergartenalter bis zum Abitur ausbilden.

Wieder eine Privatschule mehr. Der Trend geht seit Jahren weg von der staatlichen Schule. Ein wichtiger Grund: Gerade in Berlin – mit seinen sozialen Problemen – wird die staatliche Schule immer stärker als Problemschule angesehen, vor der es Reißaus zu nehmen gilt. Von 1997 bis 2007 stieg die Zahl der Schüler an Privatschulen in Berlin um über 10000 auf rund 30000. Und es geht weiter – trotz insgesamt sinkender Schülerzahlen.

Problemschule – das gilt in erster Linie für die Hauptschulen und demnächst wahrscheinlich auch für die 104 „Integrierten Sekundarschulen", in denen die Hauptschulen aufgehen werden. Der Senat hat mit seiner jüngsten Schulreform – die ab diesem Herbst gilt – den Abwärtstrend der einfachen staatlichen Schulen wahrscheinlich noch verstärkt: Immer mehr Kinder sollen nach dem Willen ihrer Eltern aufs Gymnasium.

Die Anmeldungen für das neue Schuljahr mussten bis 11. März erfolgen. 45 Prozent der Kinder sollen danach ein Gymnasium besuchen, so der Elternwunsch. Das ist zwar kein massiver Anstieg, aber trotzdem mehr als jemals zuvor. Die anderen 55 Prozent gehen ab der siebten Klasse auf die neuen „Sekundarschulen", zu denen die bisherigen Haupt-, Real- und Gesamtschulen zusammengefasst worden sind. Vereinfacht ausgedrückt: Alle Kinder, die nicht aufs Gymnasium gehen, kommen jetzt auf eine Super-Gesamtschule.

Steglitz-Zehlendorf, Wilmersdorf-Charlottenburg und Spandau (Westbezirke mit mehr oder weniger hohem Immigrantenanteil) vermelden mehr Anmeldungen fürs Gymnasium als Plätze. Vor allem aber im Problembezirk Neukölln hat wegen der Reform eine Flucht an die Gymnasien eingesetzt. Für 60 Bewerber gibt es keinen Platz. Sie kommen auf ein Gymnasium außerhalb ihres Bezirks oder müssen doch noch auf die Sekundarschule, wo sie nach 13 Jahren auch das Abitur ablegen können (Gymnasien: zwölf Jahre). Die Gründe liegen auf der Hand: Kinder, die auf die Realschule gegangen wären, drängen stattdessen aufs Gymnasium.

Die Hauptschule ist zur Restschule des deutschen Schulsystems verkommen. Es handelt sich dabei jedoch nicht um einen grundsätzlichen Systemfehler, was der relative Erfolg beispielsweise bayerischer Hauptschulen beweist. Die Schulen sind nur so gut wie die Schüler, die sie besuchen, und wie die Familien, aus denen sie stammen. Da es bei immer mehr Familien in Berlins sozialen Brennpunkten an absoluten Grundlagen mangelt, sind die Schulen überfordert. Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky (beide SPD) haben diese Berliner Gemengelage in den letzten Jahren immer wieder anschaulich beschrieben: Wer morgens „ungefrühstückt zur Schule kommt", wer von den Eltern eine Hartz-IV-Karriere vorgelebt bekommt oder bei der Einschulung die deutsche Sprache kaum beherrscht, der fällt oft bereits in den ersten Jahren hoffnungslos zurück.

Selbst manche Hauptschulen passen nicht zusammen

An den Hauptschulen, die solche Schüler zum Abschluss bringen sollen, verzweifeln auch motivierteste Lehrer. Resignation herrscht im Lehrerzimmer und Gewalt auf dem Pausenhof, wo nicht selten arabische und türkische Banden um die Vorherrschaft kämpfen.

Die Frontlinien verlaufen indes nicht nur zwischen Gymnasien und neuen Sekundarschulen, aus denen die begabteren Realschüler flüchten wollen. Auch bei den Hauptschulen gibt es Unterschiede. In Kreuzberg will der Senat zwei Hauptschulen fusionieren, die unterschiedlicher kaum sein könnten: die Carl-Friedrich-Zelter-Schule und die Eberhard-Klein-Schule. Beide sind schon in den Schlagzeilen gewesen: Die Carl-Friedrich-Zelter-Schule, weil sie 2007 von Bundespräsident Horst Köhler ausgezeichnet wurde. Und die Eberhard-Klein-Schule, weil sie die erste Schule in ganz Deutschland war, an der kein einziges autochton deutsches Kind mehr unterrichtet wird. An ihr geht es „hoch her": Als ein Vater sein Kind eine Woche vor Ablauf der Frist für das neue Schuljahr auf der dann gemeinsamen Sekundarschule anmelden wollte, da wurde er von alteingesessenen Schülern der Eberhard-Klein-Schule und ihrem Kampfhund bedroht.

Auch die beiden Schulleitungen sind sich nicht grün, wie die Fusion bewerkstelligt werden soll. Gespräche scheiterten. Der Elternvertreter der Carl-Friedrich-Zelter-Schule, Eckehard Schwarz, hat jetzt den Bildungssenator in einem offenen Brief gebeten, die Fusion beider Schulen zu überdenken und die Eltern gleichzeitig aufgefordert, sich nach einer anderen Schule umzusehen.

Warum beweist der Senat so wenig Fingerspitzengefühl? Oder ist das etwa gewollt? Die gesamte Schulreform dient dem Zweck, schwache und gute Schüler möglichst lange zusammenzubringen, weil gemeinsames Lernen vorteilhaft sei. Kritiker nennen das „Sozialpolitik auf dem Rücken begabter Schüler". Dafür will eine wachsende Zahl von Eltern ihre Kinder nicht hergeben, wie der Ansturm auf die Privatschulen und Gymnasien ebenso zeigt wie der Streit um die Kreuzberger Schulfusion. *Markus Schleusener*

Kostentreiber

IGEB: »Airport Shuttle« zockt Kunden ab

Im Oktober 2011 soll der neue Flughafen „Berlin Brandenburg International" (BBI) fertig gestellt werden. Direkt unter dem Abfertigungsgebäude befindet sich bereits ein sechsgleisiger Bahnhof mit drei Bahnsteigen für Fernbahn, Regionalbahn, S-Bahn und einen neuen „Airport Shuttle". Doch die Anbindung des Bahnhofs an das Schienennetz und die Verkehrsplanungen der Bahn geraten zunehmend in die Kritik der Medien. Dort äußern unabhängige Fachleute schwere Beanstandungen.

Grundsätzlich lehnt der Fahrgastverband IGEB die separate Einrichtung eines „Airport Shuttles" vom Flughafen zum Hauptbahnhof ab. Viele Reisenden würden so gezwungen – teilweise mehrfach – umzusteigen, obwohl das bei anderer Linienführung nicht notwendig wäre. Die Reisezeit des neuen Express würde zudem mindestens bis 2013 zehn Minuten länger als eigentlich vorgesehen dauern, weil die geplante Streckenführung in Folge Bauverzögerung zunächst nicht möglich sei und Umwege gefahren würden. Die Bahn plant den Einsatz von nur zwei Zügen in der Stunde.

Nur noch zwei Regionalbahnen – von denen eine Berlin gar nicht erreicht – sollen zusätzlich stündlich vom Flughafen abgehen. Zwar verkehrt auch die S-Bahn vom BBI, aber die vorgesehene Linienführung macht diese Verbindung unattraktiv, weil bedingt durch Bauarbeiten die Drehscheibe Ostkreuz vor 2014 nicht nutzbar ist.

Die IGEB vermutet hinter all dem eine Systematik, um die Fahrgäste auf den teuren „Airport Shuttle" zu zwingen. Stattdessen schlägt der Fahrgastverband vor, die bisher am Bahnhof Schönefeld endenden Züge einfach unterirdisch in den BBI-Bahnhof hineinzuführen. Das sei billiger und kundenfreundlicher. *H.L.*

Wechselfieber bei Parteien

FDP-Abgeordneter geht zur SPD – schon der siebte Überläufer

Ralf Hillenberg (SPD) und Rainer Michael Lehmann (FDP), beides Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses, haben vergangene Woche ihre Parteien verlassen. Lehmann erklärte, in Kürze der SPD beitreten zu wollen. Es sind dies bereits der sechste und siebte Fall der Parteienflucht von Volksvertretern im Berliner Landesparlament während dieser Legislaturperiode.

Im Mai 2009 tauschten SPD und Grüne zwei Abgeordnete aus. Canan Bayram betreibt jetzt grüne Oppositionspolitik, während Bilkay Öney nun einen Teil der rot-roten Parlamentsmehrheit bildet. Der CDU-Mann Rainer Ükkert verließ Partei und Fraktion im September 2009 und im Oktober wechselte Carl Wechselberg von der Linken zum Koalitionspartner SPD. Schließlich erklärte der CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz seinen Parteiaustritt aus der CDU, blieb aber in deren Fraktion.

Nun ein spektakulärer Doppelwechsel: Hillenbergs Abgang war absehbar, denn seine Partei laboriert an der 20-Prozent-Marke und will dringend aus den Negativschlagzeilen heraus. Der Vorwurf gegen Hillenberg: Vorteilsnahme seines Planungsbüros bei der Auftragsvergabe großer Baugesellschaften, auf die der Senat bestimmenden Einfluss hat. Die SPD setzte ihren eigenen Mann unter Druck, bevor endgültige Untersuchungsergebnisse vorlagen. Zwar mag es sein, dass der Rauswurf Hillenbergs der SPD mediale Entlastung verschafft hätte. Doch die Parlamentsmehrheit der rot-roten Regierung wäre so auf eine einzige Stimme geschrumpft. Das, so die Befürchtung der Sozialdemokraten, hätte den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit erpressbar gemacht.

Lehmann stärkt Wowereits dünne Mehrheit

So kommt die Personalie Rainer Michael Lehmann ins Spiel. Der frühere Mitarbeiter der Druckerei des „Neuen Deutschland" war bei den Liberalen für Soziales zuständig. Kritisches gegen die eigene Partei war von ihm bislang nicht zu hören gewesen. Seine Wiederaufstellung in der FDP 2012 für das Parlament sei allerdings fraglich gewesen, erklärte sein bisheriger Fraktionschef Christoph Meyer. Er vermutet einen Handel hinter dem Übertritt, mit dem Lehmann seinen Verbleib im Abgeordnetenhaus über 2012 hinaus sichern wolle. Beobachter halten es in der Tat für bemerkenswert, dass es der SPD immer gelang, für einen abtrünnigen Mandatsträger sofort Ersatz zu finden. Für Bayram kam Öney und für Hillenberg nun Lehmann. *Hans Lody*

Linke: Feiern mit der PKK?

Die Landtagsfraktion der Berliner Linkspartei gerät wegen einer möglichen Nähe zu kurdischen Extremisten in die Kritik. Die Fraktion hat verschiedene kurdische Vereine und Organisationen in das Landesparlament der Hauptstadt eingeladen, um dort das kurdische Neujahrsfest „Newroz" zu feiern. Parlamentspräsident Walter Momper wird dazu eine Begrüßungsrede halten. René Stadtkewitz, parteiloses Mitglied der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, kritisiert, dass die hinter dem Ereignis steckende „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V." nichts anderes sei als eine Nachfolgeorganisation der verbotenen PKK. Nicht umsonst tauche die „Föderation" in den Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern auf. Stadtkewitz hat Landtagspräsident Walter Momper (SPD) in einem Schreiben aufgefordert, die Räumlichkeiten des Parlamentes hierfür nicht zur Verfügung zu stellen. *H.L.*

Zeitzeugen



Vali Nasr – Der 1960 in Teheran geborene Sohn des iranischen Philosophen Hossein Nasr verließ 1984 sein Geburtsland Richtung USA, da sein Vater in Washington einen Lehrstuhl annahm. Doch im Gegensatz zu seinem Vater vertritt Vali Nasr keineswegs radikale, marxistisch-islamistische Auffassungen oder verabscheut gar die Moderne. Seine aufgeschlossene westliche Art hat ihn stattdessen bis ins Weiße Haus gebracht, wo er als Islam-Berater für den US-Präsidenten Barack Obama tätig ist.

Mohammed – „Suche das Wissen, und sei es in China“ soll ein Ausspruch des muslimischen Propheten (570–632) gelautet haben. Während des Mittelalters gab es genügend Muslime, die seinem Rat folgten und so nicht nur Teile der Welt für sich entdeckten, sondern auch den Handel belebten.



Scheich Hamad bin Chalifa Al Thani – „Wir wollen unser Land umgestalten zu einer wissensbasierten Gesellschaft“ lautet das Motto des Emirs von Katar. Kurz nachdem er 1995 in einem unblutigen Putsch seinen Vater abgesetzt hatte, begann er das Emirat zu modernisieren. Bereits 1998 gründete er nahe der Hauptstadt Doha Education City, wo er mehrere Ableger von US-Universitäten ansiedelte. Doch der Scheich ist kein Menschenfreund. Er inhaftierte einen seiner drei Schwiegerväter und eine seiner Töchter, nachdem die Prinzessin heimlich aus Liebe geheiratet hatte.

Yusuf Abdallah al-Qaradawi – Der gebürtige Ägypter ist eine der obersten zeitgenössischen Autoritäten im sunnitischen Islam. er hält das Ablegen des Kopftuchs für erlaubt – sofern es für die Ausführung einer „Märtyreroperation“ erfolgt, sprich, er befürwortet den Dschihad.



Muhammad ibn al-Uthaymin – Der 2001 in Mekka Verstorbene war einer der höchsten islamischen Religionsgelehrten in Saudi-Arabien. Zusammen mit dem Großmufti des Landes, Abd al-Aziz ibn Baz, führte er zahlreiche neue auf der Scharia basierende Gesetze ein. Dies geschah auf Wunsch des Königs, da er so islamischen Fundamentalisten entgegenkommen wollte, denen das Königshaus zu westlich orientiert war.

Kapitalismus statt Guantánamo

Der Politologe Vali Nasr glaubt, dass die Weltwirtschaft die Islamisten besiegen kann

Weder Konfrontation noch Appelle aus dem Westen, sondern eine in die Weltwirtschaft integrierte muslimische Mittelschicht soll islamistischen Terroristen das Handwerk legen.

„Ökonomie produziert Moral.“ Angesichts der weltweiten, desaströsen Folgen einiger Milliardengeschäfte von Spekulanten aus der Finanzbranche wirkt diese These des im Iran geborenen, heute in den USA lehrenden Politologen Vali Nasr äußerst kühn. Doch der 2009 zum US-Sonderbotschafter für Afghanistan und Pakistan ernannte Islam-Experte meint damit speziell eine in die Weltwirtschaft integrierte islamische Mittelschicht.

„Weil es in der islamischen Welt zu wenige Staaten gibt, deren Bürgern klar ist, dass die Terroristen ihre vitalen Interessen verletzen“, begründete der 49-Jährige gegenüber dem „Spiegel“ seine Theorie, dass eine muslimische Mittelschicht das beste Mittel gegen den islamistischen Terror sei. „Wer sich keine Sorgen machen muss, ob seine Produkte im Ausland verkauft werden, wer seinen Job nicht in der Privatwirtschaft ausübt und deshalb nicht unmittelbar von solchen Ereignissen bedroht ist, fühlt sich auch eben nicht betroffen.“ Wenn die Regierung eines Landes, von dem der islamistische Terror ausgeht, weiterhin Entwicklungshilfe bekommt und alle Staatsangestellten somit ihr Gehalt, egal was die aus ihrem Land stammenden Terroristen anrichten, warum sollten die Bürger dann gegen die Täter demonstrieren, fragt er provozierend. In seinem Buch „Forces of fortune“ erklärt Nasr, warum eine natürlich gewachsene, in den Weltmarkt integrierte Mittelschicht ein vitales Interesse daran habe, den internationalen Ruf ihres Landes zu gewährleisten. So erinnert er daran, dass Ägypter bereits mehrfach in ihrem Land aktive islamistische Terroristen an die Behörden verpfiffen hätten, um so Anschläge zu verhindern, die den Tourismus, von dem viele Ägypter leben, gefährdet hätten.

Ägypter verpfiffen die Terroristen, um Tourismus zu schützen

Der Autor weist darauf hin, dass es in Saudi-Arabien zwar eine Mittelschicht gäbe, diese jedoch nicht „echt“ sei, da sie keinen Wohlstand erzeuge, sondern den Wohlstand, den das Öl ihnen gewährt, verlebe. Nur eine Mittelschicht, die mit ihren Steuern auch den Staat finanziert, könne Druck auf diesen ausüben, damit dieser wiederum aktiv gegen Islamisten vorgehe.

„Die islamische Welt ist der letzte Teil der Welt, der noch nicht in den globalen Wirtschaftskreislauf eingebunden ist. Und das finde ich, erklärt die Probleme zwischen der islamischen Welt und dem Westen viel besser als alle kulturellen und religiösen Differenzen.“ Auch mit Ländern wie China, Indien, Brasilien und Südafrika gebe es kulturelle und religiöse Unterschiede, doch deswegen bedrohten noch lange keine Terroristen aus diesen Staaten den Westen.

Während seiner Arbeit in Ländern wie Pakistan und Afghanistan ist dem Politologen jedoch negativ aufgestoßen, dass der Westen immer loshetze, um den besonders Verwundbaren zu helfen. Zwar sei das durchaus logisch, denn bei Aufbau von Infrastruktur, Erziehungswesen und dem Schaffen der Grundlagen für ein erfolgreiches Wirtschaften könne der Westen vor allem finanzielle Starthilfe liefern, doch manchmal sei es sinnvoll, den Erfolgreichen zu helfen und denen, die an der Schwelle zum Erfolg sind wie die Türkei, Tunesien, Marokko und Jordanien. „Denn damit erzeugen wir eine Kraft, die in der islamischen Welt selbst wirkt.“ So seien beispielsweise die Indonesier dank ihres gemäßigten Präsidenten inzwischen weit mehr an Wirtschaft und Handel als an Extremismus interessiert. *Rebecca Bellano*



Kairo: Zwar studieren hier immer mehr junge Ägypter, doch bisher hat sich hier keine Forscherelite herausgebildet. Bild: AP

Folgenschweres Zinsverbot

An mindestens zwei exponierten Stellen, in Sure 2 und 3, verbietet der Koran die Erhebung von Zinsen. Zwar ließen sich beide Stellen auch als bloßes Verbot von Wucherzinsen verstehen, doch die islamische Tradition hat diese Passagen immer als Verbot auch moderater Spar- und Kreditzinsen interpretiert.

Die wirtschaftlichen Folgen sind gravierend, denn der Zins hat eine unverzichtbare Lenkungsfunktion: Ganz ohne Zinsen gäbe es keinen Anreiz zum Sparen, denn es gehört zur Natur des Menschen, dass er für heutigen Konsumverzicht in der Zukunft ein bisschen mehr haben möchte – schon weil er nicht weiß, ob er dann noch lebt. Ohne Sparen gibt es aber auch keine Investition und damit keine Kapitalbildung. Volkswirtschaften mit zu geringer Ersparnis verpassen bedeutende Wohlstandschancen, weil es schlicht zu wenig Realkapital gibt.

Zinsen geben Anreiz zum Sparen

Freilich gibt es faktisch auch in islamischen Ländern Zinsen, sie werden dort schamhaft als Kreditgebühren oder als Gewinnbeteiligung ausgewiesen. Was aber fehlt, sind frei variable Zinssätze an Kapitalmärkten mit Wettbewerb. Trotz aller Fehlentwicklungen der letzten Jahre sind diese volkswirtschaftlich absolut notwendig, um die knappen Ressourcen auf die jeweils effizientesten Verwendungen zu lenken und um einen optimalen Ausgleich zwischen heutigem und zukünftigem Konsum herbeizuführen.

Es ist keineswegs anmaßend, im islamischen Zinsverbot eine Hauptursache für die wirtschaftlichen Probleme der betreffenden Länder zu sehen. Denn auch im christlichen Europa hat es bis in die frühe Neuzeit hinein ein religiös motiviertes Zinsverbot gegeben und in der Folge anhaltende wirtschaftlich-technische Stagnation. *K. B.*

Unfrei im Denken

Wo der Koran über allem steht, wird wenig geforscht

Bis Ende April zeigt das Londoner Science Museum die Ausstellung „1001 Erfindungen – Entdecke das muslimische Erbe unserer Welt“, die auf dem Buch des im Irak geborenen Salim Al-Hassani basiert. Vom 9. Jahrhundert bis zu Beginn der Renaissance entdeckten muslimische Forscher bedeutende Dinge oder bauten auf bereits Bekanntem auf. So entwickelten Perser die Zahlenlehre der indischen Hindu weiter und erfanden so die Algebra, ein bis heute grundlegendes Teilgebiet der Mathematik. Der andalusisch-arabische Arzt und Wissenschaftler Abu l-Qasim Chalaf ibn al-Abbas az-Zahrawi, der nahe Cordoba lebte, kombinierte arabische und klassisch griechisch-römische Lehren und prägte so die europäische Medizin bis zur Renaissance. Seine 30-bändige medizinische Enzyklopädie mit Kapiteln über Chirurgie, Medizin, Augenheilkunde, Orthopädie, Pharmakologie und Ernährung setzte Maßstäbe.

Die Londoner Ausstellung zeigt interessante Exponate aus den Bereichen Astronomie, Ingenieurwesen, Medizin, Optik, Wassersysteme, Mathematik, Fliegen, Kunst und Architektur. Sie alle stammen aus der Zeit des Mittelalters, das in der islamischen Welt ein goldenes Zeitalter der Wissenschaften war. Blickt Salim Al-Hassani jedoch in die Gegenwart, so findet er nichts Bedeutendes, was die muslimische Welt in den letzten Jahrhunderten hervorgebracht hat.

Dabei waren die arabischen Wissenschaftler doch einmal schon viel weiter als der Westen. Denn als die Kirche die Naturwissenschaften verteufelte und man in Europa überzeugt war, dass die Erde eine Scheibe sei, berechneten arabische Forscher bereits die Krümmung der Erde.

Ohne Forschung keine Entdeckungen und neuen Produkte

Doch mit der Zeit verlor die Kirche ihre Dominanz und die Europäer erkämpften sich mehr Freiheiten im Denken. Gleichzeitig gewannen in der islamischen Welt jene Meinungsführer an Einfluss, die überzeugt waren, dass sich alles Wissenswerte im Koran fände. Wer diesen auswendig lerne, der wisse alles, was er wissen müsse.

Zwar haben die Herrscher der gen Westen orientierten arabischen Kleinstaaten wie Katar, Dubai und Abu Dhabi erkannt, dass ihre Zukunft nicht im Öl, sondern im Wissen liegt, doch allein die Gründung neuer Hochschulen schafft keine Wissenschaftselite. Noch immer beherrscht stumpfes Auswendiglernen das Studium, Diskutieren und Hinterfragen sind selten. Doch nur so erfindet man neue Dinge, mit denen man die Märkte der Zukunft erobern kann. In bevölkerungsstarken arabischen Ländern wie Ägypten, Saudi-Arabien und Syrien sind die Universitäten zwar gut besucht, doch ihre Ergebnisse sind gering. Auf eine Millionen Menschen in der arabischen Welt kommen nur knapp 350 Wissenschaftler und Ingenieure im Bereich Forschung und Entwicklung, der weltweite Durchschnitt liegt bei rund 1000. Entsprechend niedrig ist die Zahl der Patente, die in der Region angemeldet werden.

Für den Erwerb von Bildung braucht der Mensch Freiheit, doch in islamischen Ländern, in denen der Koran über allem steht oder gar die Scharia gilt, sind die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Lebenszeichen aus Schloss Bellevue

Nach einer vielversprechenden ersten Amtszeit war Bundespräsident nach seiner Wiederwahl abgetaucht

Wo ist Horst Köhler, fragten in den vergangenen Wochen nicht nur die Medien. Über Monate hielt sich der Bundespräsident vollständig aus dem politischen Tagesgeschäft zurück. Und das, obwohl wichtige Grundsatzdebatten heißliefen und die schwarz-gelbe Bundesregierung einfach nicht Tritt fasst. Nun kündigt er jedoch eine Demokratiedebatte an. Doch handelt es sich hier um einen Gegenschlag oder eine Verlegenheitslösung?

Angefangen hatte Horst Köhler furios – als unbequemer, politischer Präsident, ganz wie er es angekündigt hatte. So politisch, dass manche Beobachter und Staatsjuristen schon fragten, ob er sich nicht zu sehr ins Tagesgeschäft einmische. So weigerte er sich 2006, das Flugsicherheitsgesetz zu verabschieden, das unter Umständen den Abschuss von entführten Zivilmaschinen erlaubt hätte. Auch das Verbraucherinformationsgesetz fand in den Augen des Präsidenten keine Gnade.

Bereits 2005, noch unter Gerhard Schröders rot-grüner Koalition, hatte er erklärt: „Angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt brauchen wir in Deutschland jetzt eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit. Was der Schaffung und Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze dient, muss getan werden. Was dem entgegensteht, muss unterlassen werden.“ Starke Worte. Kurz danach löste er nach Schröders Initiative und einer verlorenen Vertrauensabstimmung den Bundestag auf, dem dann die Große Koalition unter Angela Merkel folgte.

Bereits einen Monat nach Beginn der Großen Koalition aber schrieb er auch dieser ins Stammbuch, er vermisse den „durchdachten, ausgestalteten Überbau, der klar macht, wie die Welt sich verändert und was das Ziel ist“. Noch zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 warnte der frühere IWF-Direktor vor „Monstern“ in der internationalen Finanzwirtschaft.

Und heute? Die schwarz-gelbe Regierung Merkel/Westerwelle dilettiert seit geschlagenen fünf Monaten vor sich hin. Eine strategische Linie ist nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Die Koalitionäre ergehen sich in Grabenkämpfen. Derweil debattiert Deutschland erregt Fragen, die an die Grundfesten der Republik gehen: Krieg und Frieden, die Zukunft des Sozialstaats, die Krise des Euro, den Missbrauchsskandal – aber der Bundespräsident schweigt. Eine Ausnahme war lediglich der Auftritt in Winnenden zum Jahrestag des Amoklaufes, bei dem Köhler schärfere Waffengesetze forderte, was aus den Reihen der Koalition indes umgehend zurückgewiesen wurde. Viele fragten, ob aus Köhlers Präsidentschaft die Luft raus sei, nachdem er im Mai 2009 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt wurde.



Bundesverdienstkreuz für „Mutter Beimer“: Vor lauter Ehrungen, Jubiläen und Einweihungen schien Bundespräsident Horst Köhler das große Ganze aus den Augen verloren zu haben. Bild: ddp

Leidet Köhler unter Beißhemmung gegen die, die ihn förderten?

Der Politologe Gerd Langguth machte im Bundespräsidialamt gar „gepflegte Routine“ aus. Seiner Präsidentschaft fehle die „tragende Idee“. In einem Essay auf „Spiegel Online“ nennt Langguth den Präsidenten „das Schlossgespenst“. Dabei wäre er – früher Finanz-Staatssekretär unter Theo Waigel, später Chef der Londoner Osteuropabank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) – genau der Richtige, um sich etwa öffentlich mit der Euro-Krise zu beschäftigen und Bürger wie Märkte zu beruhigen. Der derzeit vor allem als kirchliches Problem wahrgenommene Missbrauchsskandal könnte ebenso ein Thema für den engagierten evangelischen Christen Köhler sein, doch der hielt sich zurück.

Eher linksgerichtete Kommentatoren diagnostizieren eine „Beißhemmung“ Köhlers speziell gegen Merkel und Westerwelle, die ihn doch einst, im Mai 2005, aufs Schild gehoben hatten.

Kürzlich nahm auch die grüne Opposition das Staatsoberhaupt ins Visier – das aber ist nicht weiter überraschend. So dürfen die Aufforderungen von Renate Künast und Claudia Roth, Köhler solle den Sozialstaat gegen Westerwelles Angriffe und den Rechtsstaat gegen die FDP-Günstlingswirtschaft schützen sowie die dauerstreitende Koalition zur Ordnung rufen, getrost als billige Oppositions-Kalauer gelten. Damit meinen die Grünen, zwei ungeliebte Institutionen gleichzeitig beschädigen zu können – die Koalition und den Präsidenten.

Dazu kommen Personalquerelen im Bundespräsidialamt. Wie die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ berichtet, haben wegen des selbstherrlichen Betragens des neuen Amtschefs, Staatssekretär Hans-Jürgen Wolff, drei leitende Mitarbeiter aus der Abteilung Inland das Haus verlassen. Da bleiben schon große Lücken an Fachkompetenz und Erfahrung, doch Köhler unternahm nichts.

Und nun endlich ein Lebenszeichen: „Entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist, die Erhaltung und Verbesserung der Vitalität unserer Demokratie immer wieder zum Thema zu machen und sensibel für sich ändernde Rahmenbedingungen zu sein“, sagte Köhler bei der Ernennung des neuen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, in Berlin. Dieser verbale, unkonkrete Befreiungsschlag klang sehr schön, doch irgendwie erinnerte er auch fatal an Roman Herzogs Hau-Ruck-Rede. Diese wäre beinahe im Sande verlaufen und zeigte viele Jahre keinerlei Wirkung. Erst die „Agenda 2010“ nahm die Botschaft des Bundespräsidenten Herzog auf.

Anton Heinrich/Bel

MELDUNGEN

Strukturreform gefordert

Berlin – Die Realität in den Streitkräften sei gekennzeichnet durch unübersichtliche Führungsstruktur, Reibungsverluste, eine veraltete Materialplanung und zu viel Bürokratie. In seinem letzten Jahresbericht als Wehrbeauftragter der Bundesregierung hielt der SPD-Politiker Reinhold Robbe nicht mit Kritik zurück. Er verwies nicht nur auf gewaltige Defizite im Sanitätswesen, sondern forderte vor allem eine Strukturreform und Modernisierung der Bundeswehr. Vor allem die Trennung von Truppe und Truppenverwaltung müsse aufgehoben werden, so Robbe. Derzeit sei die Bundeswehr absolut unflexibel und könne nur langsam auf die Anforderungen der Auslandseinsätze reagieren. Im Mai wird der FDP-Politiker, Jurist und Oberleutnant der Reserve Hellmut Königshaus das Amt von Robbe übernehmen. *Bel*

Erste orthodoxe Schule

Hamburg – In einem Jahr, spätestens 2012, wird in der Hansestadt die erste orthodoxe Grundschule Deutschlands öffnen. Zur Zeit laufe das Genehmigungsverfahren, so Sergij Baburin, Erzpriester der Kirche des Heiligen Johannes von Kronstadt. Primäres Ziel der Schule sei, „orthodoxen Kindern eine orthodoxe Schulbildung zu ermöglichen“. Neben Religionsunterricht in deutscher Sprache soll den Kindern der Privatschule Unterricht in ihren jeweiligen Muttersprachen Russisch, Serbisch, Griechisch und Rumänisch erteilt werden. Die Schulgebühren werden je nach Einkommen der Eltern erhoben. Das Geld werde für die Anschaffung von Schul- und Unterrichtsmaterial verwendet. Die Schule ist zunächst einzügig geplant und soll über sechs Klassenstufen verfügen. Die Schulgründer streben eine enge Zusammenarbeit mit der Hamburger Schulbehörde an. *MRK*

Russki-Deutsch (59):

Tschaika

Von Wolf Oschlies

„Tschaika“ ist das russische Wort für „Möwe“, was uns Deutschen doppelt bekannt ist. Zum einen als Titel des Dramas, das Anton Tschechow 1895 verfasste. Rilke hat es 1900 übersetzt, obwohl er es langweilig fand: Ein wortreiches, handlungsarmes Stück um Lebensüberdruss und Liebesleid. Wie Möwen möchten die Dramenhelden fliegen, wie Felsbrocken haften sie am platten Boden.

Tschechows „Tschaika“ ist uns meist als übersetzte „Möwe“ ein Begriff. Das unterscheidet sie von der „Tschaika“, dem als „russischer Rolls Roys“ berühmt gewordenen Wagen, den der Russland-Deutsche Andrej Lipgart 1953 nach dem US-Auto „Packard Patrician“ konstruierte: ein wuchtiges, flossenbestücktes Luxus-Kabriolett, dessen Werbefotos mit Vorliebe vor Kremltürmen geschossen wurden. Rein äußerlich besaß die „Tschaika“ einen robusten Charme, technisch war sie ein Alptraum: Drei Tonnen Gesamtgewicht, 195 PS, 160 km/h Spitzengeschwindigkeit, Verbrauch 21 Liter auf 100 Kilometer. Aber sie machte etwas her und war deshalb der bevorzugte Wagen für Minister, Parteibosse, Bonzen.

Insgesamt wurden nur 3179 Stück produziert, 150 pro Jahr. Parteichef Chruschtschow verschenkte sie zum Beispiel an den Literatur-Nobelpreisträger Michail Scholochov, den Kosmonauten Jurij Gagarin, die Ballerina Galina Ulanova und – Fidel Castro. Ein Dutzend offene „Tschaikas“ wurde für das Verteidigungsministerium gebaut – für „Paradezwecke“. Dennoch kamen ungezählte Russen in den Genuss einer „Tschaika“-Fahrt: Abgeschriebene Fahrzeuge wurden den staatlichen „Hochzeitspalästen“ überlassen, um Brautpaare ein bisschen herum zu kutschieren – für ein Entgelt von 50 Rubeln, 1970 ein halber Monatslohn.

In den 1970er Jahren entstand eine leistungsfähigere Version der „Tschaika“, deren Luxus-Image Michail Gorbatschow beendete: zum 24. Dezember 1988 wurde die Produktion eingestellt. 1996 wollte das Werk in Nishny Nowgorod eine Neuauflage wagen, aber alle Konstruktionspläne waren vernichtet, alle technischen Dokumentationen zerschreddert, alle Produktionsbänder abgebaut. Aus dem Mythos „Tschaika“ war ein Phantom geworden – bekannt wie „Tin Lizzy“.

Linke Wohltaten

SPD will von Hartz IV nichts mehr wissen

SPD-Chef Sigmar Gabriel hat den Blick fest nach vorn gerichtet: auf den 9. Mai, den Tag der Wahl in Nordrhein-Westfalen, dem Bundesland mit den meisten Wählern und den meisten Fußballvereinen. Vielleicht nennt der Ober-Sozi sein neues deshalb sozialpolitisches Konzept „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“. Inhaltlich geht es nämlich eher um die Umverteilung unfinanzierbarer Wohltaten als um Fairness oder gar Gerechtigkeit.

So soll nach den Vorstellungen der SPD die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I auf bis zu 24 Monate verdoppelt werden. Beim Arbeitslosengeld II soll Vermögen überhaupt nicht mehr angerechnet werden. Ergänzt wird das Paket mit dem parteiübergreifend linken Allheilmittel „Mindestlohn“ nebst strengerer Reglementierung der Zeitarbeit. Schließlich sieht Gabriel den Staat als den „besseren Unternehmer“ – für drei Milliarden Euro will er einen „sozialen Arbeitsmarkt“ mit 200 000 Jobs aufbauen.

Zurückblicken mögen Gabriel und Genossen da vorsichtshalber nicht. Schon der inzwischen ungeliebte Begriff „Hartz IV“ könnte die Wähler ja daran erinnern, dass die SPD und ihr derzeitiger Vormann irgendetwas mit den Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre zu tun hatten.

Eigene Mitwirkung wird ausgeblendet

Um die Erinnerung etwas aufzufrischen: Als sein Vor-Vor-Vor-Vorgänger Gerhard Schröder 2002 seine „Agenda 2010“ kreierte, war Gabriel niedersächsischer Ministerpräsident und zugleich Aufsichtsratsmitglied bei VW. Peter Hartz, VW-Personalvorstand, war zugleich Berater des Bundeskanzlers in Sachen Agenda. 2003, nach verlorener Landtagswahl, wurde Gabriel als Berater tätig – zufälligerweise für VW.

2005 wechselte Gabriel ins erste Kabinett Merkel und Hartz auf die Anklagebank des Landgerichts Braunschweig, das ihn wegen Untreue zu zwei Jahren Haft verurteilte. Kein Wunder also, wenn es dem SPD-Chef heute peinlich ist, dass die auch unter seiner Mitwirkung verwirklichten Arbeitsmarktreformen immer noch den Namen eines vorbestraften Ex-Managers tragen. Daran will Gabriel die Genossen tunlichst nicht mehr erinnern – und die Wähler in NRW erst recht nicht. *Hans-Jürgen Mahlitz*

Der Unerwünschte

Berlin: Kein Interesse an Oberbefehlshaber

Seine Tage als ranghöchster deutscher Soldat in der Nato sind gezählt: In den nächsten Wochen soll General Egon Ramms das Allied Joint Force Command in Brunssum, eines der drei operativen Hauptkommandos der Nato, an Generalleutnant Wolf-Dieter Langheld übergeben. Das dürfte es dann für den 61-Jährigen gewesen sein, der auf eine lange militärische Laufbahn zurückblicken kann. Ramms hat viel gesehen in all diesen Jahren. In Afghanistan war er inzwischen 16-mal und aufgrund seiner Erfahrungen gibt er sich keinerlei Illusionen hin. „Das können Sie vergessen“, antwortet er jedem, der fragt, ob die Bundeswehr 2011 mit dem Abzug vom Hindukusch beginnen kann.

Egon Ramms

Genau diese direkte Aussage, an der es absolut nichts zu interpretieren gibt, dürfte auch der Grund sein, warum Ramms sich trotz all seiner Erfahrungen bisher erst einmal mit der Bundeskanzlerin getroffen hat. „Ich habe 2007 einmal 25 Minuten mit Angela Merkel gesprochen“, sagte der General dem „Spiegel“, der wiederum seine Verwunderung darüber, dass die Kanzlerin einen Experten wie ihn offenbar nicht zu Rate gezogen hat, nicht verbergen konnte. Denn der deutsche Vier-Sterne-General ist Vorgesetzter des Oberbefehlshabers der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe (Isaf) in Afghanistan, Stanley McChrystal. Dieser wiederum erfreut sich nicht nur großen Medieninteresses, sondern berät sich auch alle zwei Wochen mit seinem obersten Befehlshaber, dem US-Präsidenten Barack Obama.

„Es ist schon interessant, dass meine Expertise in Berlin nicht gefragt ist“, schmollt Ramms, der betont, dass andere Nationen stets Interesse an seiner Lage-Einschätzung zeigen. Selbst der beliebte neue deutsche Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat erst einmal mit Ramms gesprochen. Offenbar hören deutsche Politiker nicht gern aus berufenem Munde, dass sie die neue Strategie der Amerikaner „einfach nicht verstanden“ hätten. „Die Polarisierung zwischen zivilem Wiederaufbau und verstärktem Militäreinsatz ist falsch. Beides gehört zusammen.“ *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Antisemitismus durch Muslime

Washington – Das US-Außenministerium kritisierte in seinem Jahresbericht zum Stand der Menschenrechte weltweit die zunehmende Diskriminierung von Muslimen und Antisemitismus in Europa. Dabei übersah Washington jedoch, dass die europäische Ablehnung von Muslimen eng mit ihrer Ablehnung von europäischen Werten verbunden ist. Das betrifft nicht nur die Gleichberechtigung von Frauen (Burka-Debatte), sondern auch den unter Muslimen ausgeprägten Antisemitismus. So machte beispielsweise vor kurzem Schweden Schlagzeilen, weil 30 jüdische Familien aufgrund von gewaltsamen Übergriffen das Land verlassen haben. Als Täter der antisemitischen Attacken in Malmö werden „Personen aus Nahost" genannt. Doch, wie die Präsidentin des Zentralrates der Juden in Schweden kritisiert, würde sich der dortige sozialdemokratische Bürgermeister mit der Verurteilung von Taten, die nicht „aus der traditionell rechtsradikalen Ecke kämen", schwertun. *Bel*

Klage gegen Staatswillkür

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beschäftigt sich erstmals in einer Anhörung mit dem Fall Chodorkowskij gegen den russischen Staat. Zwei Mal in sechs Jahren war es Moskau gelungen, die Anhörungen hinauszuzögern. Michail Chodorkowskij verlangt rund 70 Milliarden Euro Schadenersatz für die unrechtmäßige Zerschlagung seines Konzerns Yukos. „Die russische Justiz ist ein Fließband für Schuldsprüche gegen alle, die vom Staat als gefährlich eingestuft werden", so Chodorkowskij. Erst als er politische Ambitionen gegen den damaligen Präsidenten Putin erkennen ließ, war der Konzernchef inhaftiert worden. *MRK*

»Am Ende Entschädigung leisten«

Findet Österreich zu einer aktiven Vertriebenenpolitik? – Gereiztes Echo in Prag auf ein Grußwort

Der Lack der Versöhnungsrhetorik in Mitteleuropa über dem fortwirkenden Vertreibungsunrecht ist dünn. Wie dünn, das wurde nun wieder an den erregten Reaktionen in der Tschechischen Republik auf ein schriftliches Grußwort des österreichischen Präsidenten Heinz Fischer an die Sudetendeutschen erkennbar.

Was um alles in der Welt soll anstößig sein an der Einschätzung des österreichischen Staatsoberhauptes, die Benesch-Dekrete der Jahre 1945/46 seien „schweres Unrecht", und an folgender Schlussfolgerung: „Als österreichischer Bundespräsident werde ich mich weiterhin bemühen, an der Aufarbeitung dunkler Stunden unserer Geschichte mitzuarbeiten und dafür einzutreten, dass die Menschenrechte sowohl innerhalb der Grenzen unseres Landes als auch jenseits der Grenzen respektiert und hochgehalten werden."

Doch in der Tschechischen Republik haben diese Worte einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Besondere Irritation hat offenbar der Umstand ausgelöst, dass Fischer von Hause aus Sozialdemokrat ist. Offene Kritik an den Benesch-Dekreten und Appelle zur Überwindung des Vertreibungsunrechts waren in Österreich in den letzten Jahren sonst meist Sache der bürgerlichen ÖVP und der nationalliberalen FPÖ.

Der Bundesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, hat nach der Grußbotschaft Fischers an die Sudetendeutschen zum Gedenktag des 4. März 1919 das Echo in Böhmen und Mähren dokumentiert. Es begann bereits am 4. März 2010 mit einer CTK-Meldung, es folgten Meldungen des Tschechischen Rundfunks und Fernsehens.

Dann folgten die Politiker-Aussagen: Václav Klaus sieht die Fischer-Aussagen als „Wahlkampf", sein Sprecher Radim Ochvat verteidigte die so genannte Klaus-Klausel zum Lissabon-Vertrag, die besagt, dass die EU-Grundrechte-Charta in Tschechien nicht gilt. Empört zeigte sich der Vorsitzende der nationalliberalen ODS, Mirek Topolanek, und der Chef der Sozialdemokraten, Jiri Paroubek, sieht einen „Exzess, der die tschechisch-österreichischen Beziehungen beschädigen kann". Der KP-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Pavel Kovarik, vermutet, dass Fischer bei „ultrarechten Kreisen" Sympathien erwecken wollte. Ex-Premier Miloš Zeman, ebenfalls Sozialdemokrat, betrachtet die Vertreibung (die er wie fast alle tschechischen Politiker „Abschub" nennt) als gerechtfertigt. Die Ex-Europaabgeordnete und Parteivorsitzende der Rechtsaußen-Partei „Suverenita", Jana Bobošikova, rief die tschechischen Politiker zum Protest gegen Fischers Aussage zu den Benesch-Dekreten („schweres Unrecht") auf und richtete ein Sorgentelefon für „entrüstete Bürger" ein.

Für den tschechischen Außenminister Jan Kohout ist die Frage der Benesch-Dekrete abgeschlossen, doch der Chef der neuen Partei TOP 09, Ex-Außenminister Karl Schwarzenberg, stellte nüchtern fest, dass diese Frage in Österreich eine Rolle spiele. Er blieb damit einer der ganz wenigen Politiker im Land, die auf Kritik an Fischer verzichteten. Der tschechische Interims-Ministerpräsident Jan Fischer verteidigte die Haltung der Regierung zu den Dekreten, hat aber das Grußwort seines Namensvetters wie er sagte im vollen Wortlaut studiert und Gefallen an der Passage gefunden, in der es heißt, die Überwindung von Gegensätzen aus der Vergangenheit und eine Annäherung sollten nicht mehr aufhören.

> Die Erfolge der Armenier machen Prag nervös

Immerhin folgten auch aufklärende Berichte über die Massaker des 4. März 1919, als tschechisches Militär gleichzeitig in mehr als einem halben Dutzend sudetendeutscher Städte das Feuer auf friedliche Demonstranten eröffnete und dabei 54 Deutsche tötete. Der Vorgang ist der tschechischen Öffentlichkeit kaum bekannt, nun berichteten große tschechische Blätter.

Eine Historikerin und KP-Politikerin aus Pardubitz fordert gar den Austritt aus der EU, wenn es nicht zu Kritik der EU an Fischers Äußerung käme. Ein Völkerrechtsprofessor an der Karlsuniversität erinnerte bedauernd, dass die CR keine Kriegsreparationen bekommen habe; er verschwieg indessen, dass sich das Land gar nicht im Kriegszustand mit dem Reich befunden hat und als eine von ganz wenigen Regionen Europas 1945 wirtschaftlich besser dastand als 1939.

In der angesehenen Zeitung „Lidove noviny" stellte ein Kommentator eine Verbindung her zwischen der Entscheidung im US-Kongress, die Deportation der Armenier im Jahre 1915 als Völkermord anzuerkennen, und der Vertreibung der Sudetendeutschen. Tatsächlich berichten tschechische Medien über die Erfolge der Armenier-Organisationen, meist schwingt dabei die tiefe Sorge mit, dass auch die sudetendeutsche Frage in ähnlicher Weise politisch wieder „hochkommen" könnte.

In Österreich wiederum hat der in Deutschland ignorierte Sturm im böhmischen Wasserglas Kopfschütteln ausgelöst. Während FPÖ-Politiker von der „Zweigleisigkeit" der SPÖ-Politik sprachen, die in Brüssel Ausnahmeregelungen für Prag in Sachen Benesch-Dekrete schweigend hinnehme, aber im eigenen Land dann doch die Dekrete kritisiere, würdigte die ÖVP Fischers Haltung. Ihr Nationalratsabgeordneter Norbert Kapeller begrüßte die Worte Fischers als „Paradigmenwechsel der SPÖ und des Präsidenten". Dies eröffne die „Chance, gemeinsam mit dem Koalitionspartner neue Wege in einer aktiven Vertriebenenpolitik zu gehen".

Entsetzt ist Kapeller jedoch über die Reaktionen in Tschechien. „Was hier wiederum – und das leider parteiübergreifend – an Unfug und Geschichtsfälschung hinausposaunt wird, ist untragbar." Wenn von tschechischer Seite „die Ausnahmeregelung beim Lissabon-Vertrag als ‚weitsichtig' und ‚nützlich' bezeichnet wird, die Benesch-Dekrete, das Potsdamer Abkommen und die österreichische Herkunft Hitlers miteinander verquickt werden, dann dreht sich mir der Magen um", so Kapeller. „Der Tag ist ohnehin überfällig, an dem sich auch die tschechische Politik der historischen Verantwortung stellt. Am Ende des Weges wird die tschechische Politik Unrecht eingestehen und Entschädigung leisten müssen." *Konrad Badenheuer*



Neue Distanz: Die Stimmung zwischen Vàclav Klaus (r.) und Heinz Fischer ist auf einem Tiefpunkt. Bild: Getty

Bombben in Banken

Thailand: Islamisten treffen die Wirtschaft

Während auf Thailands Straßen rund 100 000 Anhänger des durch Militärputsch aus seinem Amt gejagten früheren Premierministers Thaksin Shinawatra demonstrieren, hat die Nachfolgeregierung ganz andere Probleme. Eine Serie von Bombenattentaten auf Geldhäuser erschüttert seit kurzem das Land. Die extrem gewaltbereiten Islamisten der drei südlichen Provinzen machen mobil und haben sich allem Anschein nach auf die Finanzwirtschaft spezialisiert. Allein am 3. März explodierten in Narathiwat fünf Sprengsätze in Banken. Die Militärführung ordnete daraufhin eine 24-Stunden-Überwachung aller Geldhäuser im Süden der parlamentarischen Monarchie an.

Col Banphot Pholphian, Sprecher des Operationskommandos Region 4 in Narathiwat, bezichtigte militante, islamistische Separatisten der Taten. „Sie wollen Unruhe provozieren, das Bankystem im Süden vernichten." Allein 30 Bombenattentate in 15 Tagen habe seine Einheit registrieren müssen. Zudem sehen Abwehrstrategen in den Angriffen auch Racheakte für den Tod einiger Schlüsselfiguren der islamistischen Rebellen bei Säuberungsaktionen der Regierungstruppen. Im Schnitt gehen am Tag zwei Bomben hoch. Insgesamt fielen den seit sechs Jahren anhaltenden Unruhen 4000 Menschen und weitere Tausende von Verletzten zum Opfer.

> Eiferer größeres Problem als Thaksin

Gleichwohl spielte die Regierung in Bangkok die Serie der Explosionen als „nicht ungewöhnlich" herunter. Es seien die gewohnten Aktivitäten der Aufständischen und die Regierung habe mit dem Problem umzugehen und die Unruhen im Süden zu beenden – eine Erklärung, die seit Jahren die Tatsache verniedlicht, dass trotz eines extrem hohen Polizei- und Truppenaufkommens des buddistischen Nordens die Lage immer brisanter wird, die Attentate zunehmen.

Die Region Narathiwat war früher ein eigenständiges, muslimisches Sultanat, bis es 1902 von Bangkok annektiert wurde. Seither schwelt der Konflikt, der im Januar 2004 offen ausbrach und vor allem von den Lehrern der muslimischen Grundschulen unterstützt wird. Die Lehrer wurden überwiegend in der militanten Muslimprovinz Aceh mit ihrem Schariarecht im benachbarten Indonesien ausgebildet. *Joachim Feyerabend*

Gewaltfreie Revolution der Islamisten

Türkei: Die Partei von Ministerpräsident Erdogan unterwandert nun auch die Justiz

Was soll das für eine Demokratie sein, in der nur das Militär demokratisiert wird, während in allen anderen Bereichen der Gesellschaft AKP-Leute installiert werden. Ist das eine islamische Demokratie? Solch aufgewühlte Fragen stellt der türkische Kolumnist Burak Bekdil an die Adresse der türkischen Regierung von Ministerpräsident Recep Tayip Erdogan und seiner islamischen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP). Was gibt dem Erdogan-Kritiker Bekdil Grund zur Beunruhigung?

War man nach dem Wahlsieg der AKP 2002 noch recht angetan davon, dass eine Partei, wenn auch eine religiöse, den Kampf mit den Seilschaften des so genannten „tiefen Staates", dem mafiösen Geflecht aus mutmaßlichen rechtsnationalen Extremisten besonders in der Armeespitze des Landes, aufnimmt, stellt sich nun Misstrauen gegen die „Aufräumaktionen" ein. Konnte in den vergangenen Jahren nach der Machtübernahme durch die Religiösen noch fast täglich mit einem Umsturzversuch durch das türkische Militär gerechnet werden, scheinen die von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk zu den Wächtern von Laizismus und Demokratie ernannten Militärs nun in die Defensive zu gehen. „Die Unantastbaren sind antastbar geworden", titelten türkische Zeitungen im Umfeld der Verhaftungswellen im Offizierskorps und der Generalität im Zusammenhang mit den Ermittlungen um die nationalistische Verschwörerorganisation Ergenekon.

Nach dem Militär gerät nun die Justiz ins Visier der Islamisten. Die oberste Justizbehörde, der neben fünf Richtern der beiden höchsten Gerichte auch der Justizminister Sadullah Ergin angehört, und die Regierungsspitze werfen einander vor, die Arbeit der Justizorgane verfassungswidrig zu beeinflussen. Während der Justizrat der Regierung unterstellt, mit illegalen Weisungen die Unabhängigkeit der Justiz einzuschränken, spricht Vizepremier Bülent Arinc (AKP) bezüglich des laufenden AKP-Verbot-Prozesses von einem „Justizputsch". Arinc war schon Mitglied in den verbotenen Vorgängern der AKP, der Refah- und Fazilet-Partei.

> Wer Widerstand wagt, endet im Gefängnis

Vieles spricht dafür, dass sich hier ein neuer Konflikt zwischen den Laizisten und den religiösen Machthabern anbahnt. Vor zwei Wochen ließ der Generalstaatsanwalt von Erzurum, Osman Sanal, seinen Kollegen Ilhan Cihaner aus dem benachbarten Erzincan wegen des Verdachts, in die Ergenekon-Verschwörung verwickelt zu sein, verhaften. Kurz darauf wurden Sanal und drei seiner Kollegen – gegen das Votum des AKG-Justizministers – vom Dienst suspendiert. Ihnen droht ein Verfahren wegen Amtsmissbrauch.

Ein Rückblick: 2007 hatte Cihanger ein Ermittlungsverfahren gegen die islamische Bruderschaft der Ismailaga eingeleitet. Der Sekte wurde vorgeworfen, Kinder an illegalen Schulen unterrichtet zu haben. Hochrangige Mitglieder von Ismailaga machten damals ihren Einfluss bei der AKP geltend. Mit Rückendeckung durch Vizepremier Cemil Cicek, ebenfalls ehemaliges Mitglied der verbotenen Fazilet-Partei, danach AKP-Mitglied und bis 2007 Justizminister, entzog Sanal seinem Kollegen Cihanger das Verfahren. Doch Cihanger blieb hartnäckig. Im Mai 2009 wagte er sich mit einem Ermittlungsverfahren an die Gülen-Sekte des fanatischen Predigers Fetullah Gülen. Der nach eigenen Angaben „bettelarme" Prediger betreibt einen Fernsehsender, Radiostationen, hat die Finger im Zeitungsmarkt (Zaman) und verwaltet an die 300 Gymnasien in der ganzen Welt. Prompt berichteten AKP-nahe Zeitungen von einem Ergenekon-Nest in Erzincan. Angebliche Waffenverstecke wurden ausgehoben und der örtliche Chef des Geheimdienstes wurde verhaftet. Knapp ein Jahr später wird nun der Chefermittler festgenommen.

Die Gülen- und Ismailaga-Gemeinschaften gehören einem Geflecht von mystischen Sufi-Orden mit besten Beziehungen in die Kreise der AKP und der türkischen Wirtschaft an. Beide stehen der Nurculuk-Bewegung nahe, die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches für die Schaffung eines Kalifatstaates mit Schariagesetzgebung eintrat. Die Nurculuk-Bewegung wiederum ist ein Ableger des international agierenden Naqshibandi-Ordens, dem schon türkische Staatspräsidenten wie Turgut Özal angehörten. Auch Tayip Erdogan wird dem Orden zugeordnet, ebenso wie die Hälfte seiner Kabinettsmitglieder und der Chefideologe der in Deutschland aktiven Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs. Was nach einer türkischen Verschwörungstheorie klingt, zeigt sich bei genauer Betrachtung als ein System aus islamischem Kapital und einer religiös-politischen Bewegung, die den einst mächtigen kemalistischen Strukturen des „tiefen Staates" den Kampf angesagt hat. *Mariano Albrecht*

Sparer in der Schuldenfalle

Obwohl Japans Staatshaushalt zur Hälfte über neue Kredite läuft, muss Tokio nur geringe Zinsen zahlen

Trotz einer Staatdsverschuldung, die gut doppelt so hoch ist wie das Bruttoinlandsprodukt, kaufen Japans Bürger immer nocht weiter die Anleihen ihres Staates.

Der japanische Staatshaushalt sieht für das Jahr 2010/11 Ausgaben in Höhe von 765 Milliarden Euro vor. Da die Steuereinnahmen nur etwa 310 Milliarden Euro betragen, will die Regierung in Tokio 370 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen, die somit erstmals die Steuereinnahmen übersteigen. Ein Teil der Ausgaben fließt in ein neues Konjunkturpaket über 60 Milliarden Euro. Finanzminister Naoto Kan forderte im Februar sogar weitere 48 Milliarden für Sozialausgaben. Auch verlangte er von der Bank von Japan öffentlich, die Deflation stärker zu bekämpfen und ein Inflationsziel von ein Prozent anzustreben. Das schuldenfinanzierte Ergebnis ähnelte sehr dem alten Wein in neuen Schläuchen. Doch lag der Schwerpunkt der Zusatzausgaben diesmal eher bei den Sozialausgaben, womit ein Teil der Wahlversprechen erfüllt wird, sowie bei staatlichen Kapitalbeteiligungen an konkursreifen Großfirmen.

Bis Ende der 70er Jahre war Japans Haushaltspolitik vorbildlich. Mit den Ölkrisen begann der Griff in den Schuldentopf. Mit dem Boom der 80er Jahre mit seinen Exporterfolgen sowie der Aktien- und Immobilienhausse wurde dann so viel Steuergeld in die Staatskassen gespült, dass der vorherige Sündenfall schon fast wieder ausgebügelt war und ausgeglichene Haushalte wieder in Sichtweite kamen. Als 1991/92 die Spekulationsblase platzte, lancierte die Regierung der konservativen Liberaldemokraten (LDP) ein Konjunkturpaket nach dem anderen, immer im Glauben, das nächste werde die Konjunktur schon zum Anspringen bringen. Aber als es 1996 tatsächlich so weit zu sein schien, da würgte eine Mehrwertsteuererhöhung das Konjunkturpflänzchen sofort wieder ab. Nach 13 Konjunkturpaketen wuchs der Schuldenstand bis 2003 auf astronomische 180 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Zum Vergleich: Die Grenze des Europäischen Stabilitätspaktes liegt bei 60 Prozent.

Was dann die Wirtschaft wieder wachsen ließ, war nicht die Binnennachfrage, sondern die Exportaufträge in die sich weiter verschuldende USA, die mit japanischen und chinesischen Konsumgütern und von den Westeuropäern finanzierten Immobilien kräftig über ihre Verhältnisse zu leben begannen. In Japan selbst drückten Überkapazitäten, billige Chinaimporte und ein vermehrter Wettbewerb die Preise, so dass die Verbraucher in Erwartung weiterer Preissenkungen ihre Anschaffungen aufschoben. Eine Deflationsspirale war geboren.

Nutzlose und teure Konjunkturpakete am laufenden Band

Im Herbst 2008 traf der Zusammenbruch der US-Immobilienblase und der darauf aufbauenden „giftigen“ Papiere Japan hart: Nicht weil die Banken wie die Westeuropäer, von hohen Renditen geblendet, jenen „Müll“ gekauft hätten. Es war der Einbruch der US-Nachfrage.



Foto: Bildmaschine

Wieder fiel der folgenden, kurzlebigen LDP-Regierungen nichts anderes ein, als milliardenschwere Konjunkturprogramme in rascher Folge aufzulegen. Beim Schuldenstand von 200 Prozent des BIP, zwei Jahresleistungen ihrer Volkswirtschaft, hatten Japans Wähler die Nase von ihrer Regierung voll. Sie hatten im vorhergegangen Krisenjahrzehnt starke Reallohneinbußen erlitten. Sparguthaben stagnierten wegen der Nullzinspolitik. Die Renten wurden gekürzt, Steuern und Sozialbeiträge erhöht sowie schlecht bezahlte Teilzeitjobs zulasten von Dauerarbeitsplätzen auf ein Drittel der Gesamtbeschäftigung ausgeweitet. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit im Herbst 2009 auf 5,6 Prozent, ein neuer Höchststand, und mit ihr die Zahl der Selbstmorde auf 30 000 im Jahr.

So wurde im August 2009 die populistische Oppositionspartei der Demokraten, eine Sammlungspartei von Abspaltungen der LDP und ehemaliger Sozialdemokraten, erdrutschartig an die Macht gewählt. Im Wahlkampf hatten sie das Blaue vom Himmel versprochen: Die Abschaffung von Straßenmauten und Schulgeld, ein höheres Kindergeld und Mindestrenten, mehr Mindestlohn und das Verbot von Teilzeitarbeit. Das Ganze sollte durch die Streichung überflüssiger Bauprogramme der Vorgängerregierung finanziert werden. Das war leichter gesagt als getan, hängen doch sieben Millionen Arbeitsplätze (zehn Prozent der Gesamtbeschäftigung) vor allem in der entindustrialisierten Provinz mittlerweile von öffentlichen Bauaufträgen ab.

Und wer zahlt das Ganze? Bislang profitiert der japanische Staat von der noch relativ hohen, wenngleich rückläufigen Sparquote seiner fleißigen Bürger. Mit zwei Prozent Zinsen werfen die staatlichen Schatzbriefe mehr ab als Sparkonten, die höchstens 0,5 Prozent bringen. Mit ausländischen Geldanlagen in sinkenden Fremdwährungen haben sich viele Anleger in den letzten Jahren die Finger verbrannt. Solange die eigenen Bürger trotz einer verschlechterten Bonität noch seine Schatzbriefe zeichnen, ist der japanische Staat nicht pleite, obwohl der Schuldendienst mittlerweile fast 30 Prozent der Haushalte von Staat, Präfekturen und Gemeinden ausmacht und für Investitionen kaum mehr Spielraum lässt. Noch ist Japan international nicht Schuldner, sondern nach China sogar der zweitgrößte Gläubiger der Welt, was seine Lage von Pleitekandidaten grundlegend unterscheidet. Doch wenn die Bürger ihr Vertrauen aufkündigen – oder anfangen, angesichts der wachsenden Überalterung zu „entsparen“ – müsste der Staat auf den internationalen Finanzmärkten teures Geld aufnehmen und könnte bald ins Trudeln kommen. Griechenland, Jamaika und Argentinien lassen grüßen.

Albrecht Rothacher

KURZ NOTIERT

Mehr Staatsanleihen: Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und der Turbulenzen an den Börsen schichteten deutsche Versicherungen 2009 ihre Anlagen um. Inzwischen ist etwa ein Fünftel der Versicherungelder in Staatsanleihen angelegt. Doch diese bedeuten entweder niedrige Zinsen oder ein erhöhtes Ausfallrisiko. Deutsche Versicherungen sind mit etwa zehn Milliarden Euro in Griechenland engagiert. *Bel*

Jeder 20. Job ging verloren: Im Januar arbeiteten nur noch gut 4,9 Millionen Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe. Somit gingen 2009 fünf Prozent der deutschen Industriearbeitsplätze verloren. *Bel*

US-Einlagensicherungsbehörde FDIC unter Druck: Nachdem in der vergangenen Woche erneut vier Regionalbanken nach Insolvenz mit 200 Millionen Euro durch den FDIC gestützt werden mussten, verstärkt sich der finanzielle Druck auf die Behörde. Zwar hat sie bereits die Mitgliedsbeiträge der ihr angeschlossenen Institute für die nächsten drei Jahre in Höhe von 45 Milliarden Dollar eingezogen, doch es wird davon ausgegangen, dass bis Ende 2011 1000 der 8000 US-Banken in Folge ausfallender Immobilienkredite insolvent gegangen sein werden. Bis jetzt musste der FDIC für 200 Institute einspringen. *Bel*

USA und Großbritannien im Visier der Ratingagenturen: Im Februar betrugen die US-Staatsausgaben 328,4 Milliarden Dollar, doch nur ein knappes Drittel davon war durch Staatseinnahmen gedeckt, so dass das Defizit 220,9 Milliarden Dollar betrug. Da eine Besserung nicht in Sicht ist, warnen Ratingagenturen vor einer Herabstufung der USA. Doch auch die Bonität Großbritanniens wird kritisch gesehen, da die Regierung in London ebenfalls mehr ausgibt, als sie einnimmt. Einziger Pluspunkt: Die Laufzeit der britischen Verbindlichkeiten liegt bei durchschnittlich 14 Jahren, was zur Folge hat, dass steigende Zinsen die Zinszahlungen nicht kurzfristig unkalkulierbar erhöhen dürften. Die Laufzeiten in den USA hingegen liegen bei nur 4,8 Jahren. *Bel*

Verärgerte Euro-Aspiranten

Litauen fühlt sich durch Athen um seinen Lohn betrogen

Trotz zahlreicher Krisensitzungen haben sich die Finanzminister der 16 Euro-Länder noch nicht über Hilfen für Griechenland einigen können. Abzusehen ist nur, dass Deutschland die Hauptlast tragen wird, gefolgt von Frankreich und den Niederlanden. Da direkte Hilfen untersagt sind, wird nach Wegen gesucht, wie Athen legal bei seinen Sparanstrengungen zu helfen ist. Derzeit stehen Kreditgarantien hoch im Kurs. So könnte das Land seine Refinanzierungskosten stark senken. Denn auch wenn Griechenland Anfang März fünf Milliarden Euro durch den Verkauf neuer Staatsanleihen erhalten hat, so musste es doch 6,35 Prozent an Zinsen dafür zahlen. Bürgten die anderen Euro-Länder für die griechischen Staatsschulden, könnten die Zinskosten angeblich um 4,8 Milliarden Euro allein für dieses Jahr gesenkt werden.

Doch während zahlreiche Regierungen in Europa versuchen, eine griechische Staatspleite abzuwenden, ohne dabei unter anderem den Stolz der Griechen zu verletzen, hat Andrius Kubilius den Glauben an Gerechtigkeit verloren. Der litauische Premierminister kann das Verständnis der europäischen Regierungen für die Griechen nicht nachvollziehen. Denn während die einen sich mit Buchungstricks in die Währungsgemeinschaft gemogelt haben, fährt sein Land seit geraumer Zeit einen massiven Sparkurs, damit es in die Euro-Gemeinschaft aufgenommen wird. Im Gegensatz zu Griechenland, so Kubilis, habe seine Regierung ihre Hausaufgaben gemacht. So habe man in Litauen den Staatshaushalt 2009 um neun Prozent gekürzt. 2010 wurde der Etat um weitere fünf Prozent reduziert. Das alles geschah mitten in der Wirtschaftskrise, was deren Folgen noch verschärfte und zudem eine Deflation mit sich brachte. Doch das nahm die Regierung in Vilnius/Wilna in Kauf, da sie die Maastricht-Kriterien erfüllen wollte, um den Euro 2014 einführen zu können. Doch nun sieht es so aus, als wären alle Bemühungen und alle Opfer umsonst gewesen, da die Griechenland-Krise gezeigt hat, dass neue Mitglieder der Währungsgemeinschaft genauer überprüft werden müssen. Neben Litauen fürchten jetzt also Estland, Lettland, Dänemark, Island, Bulgarien und Schweden, dass sie den Euro so bald nicht einführen können.

Euro-Zugangskriterien müssen härter und detaillierter werden

Doch auf den zweiten Blick zeigt sich, dass Länder wie Litauen von der jetzigen Euro-Krise auch profitieren können. Bereits jetzt ist der Euro-Währungsraum alles andere als homogen. Die Krise offenbart, dass eine gemeinsame Geldpolitik nicht den verschiedenen Bedürfnissen der Mitgliedsländer gerecht werden kann. Vielmehr hat sich gezeigt, dass die gemeinsame Währung die Unterschiede in der jeweiligen Produktivität sogar noch verschärft.

Zwar ist bereits jetzt vorgesehen, dass bei der Aufnahme neuer Länder in die Währungsgemeinschaft auf den Grad der Auslandsverschuldung, die Leistungsbilanz und die Lohnstückkosten geblickt wird, doch im praktischen Prüfverfahren sind Defizite in diesem Bereich bisher kein Ausschlusskriterium. Dies muss geändert werden und ist auch im Interesse neuer Euro-Länder, denn auch für sie ist nur ein stabiler Euro attraktiv. *Bel*

Streit um Zehnjahresplan

EU bastelt an »Agenda 2020« – Vorbehalte aus Berlin

Im Jahr 2010 sollte die EU zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Das beschlossen die Staats- und Regierungschefs vor zehn Jahren in Lissabon und entwarfen hierfür die so genannte „Lissabon-Strategie“. Das Ziel ist gründlich verfehlt worden, räumte EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso jetzt ein. Er schlägt daher vor, eine „Agenda EU 2020“ noch bis Jahresmitte zu verabschieden, um an die alten Ziele anzuknüpfen.

Der Vorsitzende der Unionsabgeordneten im EU-Parlament, Werner Langen, hält jedoch nichts von dem Vorhaben. „EU 2020“ sei bloß der „nächste utopische Zehnjahresplan“, der auch nur Berge an Papier erzeuge. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fürchtet ohnehin mehr Zentralismus und Regelwut in der EU, welche die Gemeinschaft lähmten, statt sie zu beflügeln. Entsprechend zurückhaltend äußerte sich Berlin bislang zu Forderungen nach einer „europäischen Wirtschaftsregierung“, die insbesondere aus Paris immer wieder erhoben werden.

Aus gänzlich anderem Blickwinkel nehmen SPD, Grüne und Linkspartei „EU 2020“ aufs Korn. Auch Grünen-Fraktionschefin Rebecca Harms warnte vor einem neuerlichen Fehlschlag. Doch fürchten die drei Parteien nicht etwa zu viel Regulierung und Zentralisierung durch die EU, sondern eher zu wenig. Sie wollen „EU 2020“ mit einer Reihe weiterer Ziele zusätzlich aufladen. Dabei soll die Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum hinter soziale und ökologische Ziele zurücktreten.

SPD, Grüne, Linke satteln soziale Forderungen drauf

Laut eines Antrages der SPD-Bundestagsfraktion soll die Stärkung von Beschäftigung und sozialer Sicherheit an die erste Stelle rücken. Erst dahinter möge die „Verwirklichung einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik“ rangieren. Wachstum müsse mit verringertem Energie- und Ressourcenverbrauch erreicht werden.

Zudem fordert die SPD, dass der EU-Zehnjahresplan die „weltweite Partnerschaft“ stärkt, um die Armut überall auf dem Globus zu bekämpfen. Für all diese Ziele sollten die Wirtschaftspolitiken der EU-Staaten zum Zwecke einer Wirtschaftsregierung enger verzahnt werden.

Eine stärker koordinierte Wirtschaftspolitik fordern auch die Grünen. Im Rahmen eines „Green New Deal“ müsse sichergestellt werden, dass Wachstum nicht mehr auf Kosten anderer oder der Umwelt erreicht werde.

Die Linkspartei will grundsätzlich an die Wettbewerbsregeln gehen. Nicht Fragen des fairen Wettbewerbs unter den Unternehmen (wie das Verbot von Kartellen oder Preisabsprachen) sollten hier im Vordergrund stehen, sondern „soziale Grundrechte“ und „sozialer Fortschritt“.

Hier kündigt sich offenbar eine Grundsatzentscheidung an, deren Ausgang wegen der unsicheren Mehrheitsverhältnisse in der EU offen ist: Soll das zurückfallende, wachstumsschwache Europa vor allem darauf setzen, seine verlorene wirtschaftliche Dynamik zurückgewinnen? Oder geht es darum, Wirtschaftspolitik anderen Zielen unterzuordnen und dahingehend zu regulieren?

Hans Heckel

Oskar lässt grüßen

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Je näher der Wahltermin in NRW rückt, umso besser gelingt es der Linkspartei, die SPD vor sich her zu treiben. Die Rolle rückwärts in Sachen Hartz IV, vorgeführt von SPD-Chef Sigmar Gabriel und populistisch flankiert von Wahlkämpferin Hannelore Kraft, zeigt deutlich, wohin die Reise gehen soll: im linken Gleichschritt über Düsseldorf zurück an die Macht in Berlin. Aus den Ruinen der für die SPD desaströsen Wahl vom Herbst 2009 soll eine neue – diesmal rot-rot-grüne – Volksfront auferstehen, mit einer neuen „Agenda“, die nicht mehr die Handschrift Gerhard Schröders trägt, sondern die Oskar Lafontaines. Gabriels Abschied von Hartz IV ist zugleich der späte Triumph des Saarländers.

Hier rächt sich auch die personelle Schwäche der heutigen Sozialdemokratie. Leitfiguren wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt – deren politische Positionen man nicht unbedingt teilen muss, um sie als starke Persönlichkeiten zu respektieren – sind auch am fernsten Horizont nicht in Sicht. So haben Gabriel, Kraft und Genossen im Bündnis mit Linkspartei und Grünen überhaupt nur Chancen, weil sich das ehemals bürgerliche Lager ebenso schwach, zerrissen und weltanschaulich beliebig präsentiert.

Partei gesucht

Von Rebecca Bellano

Als Mitarbeiterin der *PAZ* ist man vor allem von Menschen umgeben, die bei der letzten Wahl den Regierungsparteien ihre Stimme gaben. Doch auch Personen, die nicht wahrhaben wollten, dass die ehrwürdige SPD nicht mehr das ist, was sie mal war, und diese trotzdem wählten, sowie Mittelschichtler, die für eine bessere Welt die Grünen wählten, gehören in den Freundeskreis. Sie alle eint nun der Frust, denn egal, wem diese im Grunde Bürgerlichen ihre Stimme gaben, sie alle sehen nur Parteiprotagonisten, denen es vor allem um ihr Ego und ihren Machtgewinn geht. Dass irgendjemand von den Hauptfiguren sich seinen Wählern verpflichtet zu fühlen scheint, ist nicht erkennbar.

Immer enden private Gespräche damit, dass, wäre demnächst Wahl, keiner mit gutem Gewissen eine der Berliner Parteien wählen könnte. Erstaunlicherweise wünschen sich aber alle eine bodenständige, bürgerliche Partei, die den Ist-Zustand bilanziert, zugleich eine Zukunftsvision hat und dann überlegt, wie sie ihre Ziele realistisch erreichen kann, ohne ausufernde Schulden zu machen und die Generationengerechtigkeit zu missachten. Eine Partei, die die christlichen Werte als Mutterboden sieht, auf dem sie die Gegenwart gestaltet, ohne Ideologien und utopischen Idealen hinterherzuhetzen. Die offen über Integration und den Islam debattiert und auch unangenehme Erkenntnisse ausspricht und danach handelt. Die kritisch das Tun der EU in Brüssel analysiert, eine gesunde Balance zwischen Sozialem und der Wirtschaft lebt, den Bildungsföderalismus unter Beibehalt des dreigliedrigen Schulsystems abschafft. Ach, gäbe es doch so eine Partei.

Durchwachsenes Urteil

Von Konrad Badenheuer

In den vergangenen Jahren hat sich das Bundesverfassungsgericht immer wieder als Hüter des im Grundgesetz verbürgten Demonstrationsrechts erwiesen: Auch für abwegige und geschmacklose Anliegen darf friedlich demonstriert werden. Um einiges weniger stringent, aber gerade in der letzten Zeit wieder zunehmend klar, hat das Bundesverfassungsgericht sich vor das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gestellt. Auch das verdient Anerkennung, denn die deutschen Gesetze über „Volksverhetzung“ schränken die Meinungsfreiheit schon jetzt stärker ein als ähnliche Gesetze in den meisten anderen Ländern, hinzu kommen überaus rigide Gerichtsurteile.

Karlsruhe hat nun in einer Kammerentscheidung festgestellt, dass ein großes Plakat mit der Aufschrift „Aktion Ausländer-Rückführung. Für ein lebenswertes deutsches Augsburg“ für sich genommen noch nicht den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt (die *PAZ* berichtete). Die Verfassungsrichter monierten an den Urteilen der unteren Instanzen, dass sie dem Plakat einen Sinngehalt gegeben hätten, den es aus sich allein heraus nicht habe. Dem Plakat, so die Verfassungsrichter sei „nicht ohne weiteres zu entnehmen, dass Ausländer entrechtet oder zum Objekt gemacht werden“ sollten; schließlich, so die Verfassungsrichter sinngemäß, könne „Ausländerrückführung“ nicht nur durch unzulässigen Zwang, sondern auch durch Anreize bewirkt werden. Das war ziemlich deutlich: Man darf in Deutschland Menschen also weiterhin nur für dasjenige als „Hetzer“ verurteilen, was sie tatsächlich gesagt haben, nicht aber für das, was man meint, dass sie gemeint haben könnten.

Das Grundgesetz fordert keine »Werteloyalität«

Doch dann folgen Gedanken, die wieder stutzig machen. Klar unterscheidet das Verfassungsgericht zwischen der Pflicht zur Einhaltung der Gesetze, (eine Loyalität, im Wortsinne, die der Rechtsstaat auch erzwingen kann und darf) und der eben nicht geforderten und vom Rechtsstaat auch nicht zu erzwingenden „Werteloyalität“, Zitat: „Das Grundgesetz baut zwar auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen, erzwingt die Werteloyalität aber nicht. Die Bürger sind grundsätzlich auch frei, grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen …“

Letztlich aus diesem Grund ist es also weiterhin erlaubt, „für ein lebenswertes, deutsches Augsburg“ zu demonstrieren. An dieser Stelle wird die ganze Ambivalenz der (in der Schlussfolgerung richtigen) Entscheidung sichtbar. Oder gehört es etwa zu den „grundlegenden Werten“ des Grundgesetzes, das sich laut Präambel einst „das Deutsche Volk Kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt“ gegeben hat, dass Deutschland durch Masseneinwanderung ohne wirksame Integration in wenigen Generationen seine nationale Identität verliert?



Stets von Sicherheitsleuten umgeben: Geert Wilders will nicht wie Pim Fortuyn enden. Der ebenfalls islam-kritische Niederländer wurde 2002 ermordet.

Bild: pa

Gastkommentar:



Geert Wilders spürt, dass seine Zeit bald kommt

Von Philip Baugut

Kommunalwahlen in den Niederlanden interessieren außerhalb des Landes der Deiche und Tulpen eigentlich kaum. Doch der Erfolg der „Partei für die Freiheit“ (PVV) von Islamgegner Geert Wilders erregt europaweit Aufmerksamkeit. Denn laut Umfragen könnte der 46-jährige Populist nach dem Scheitern der Mitte-Links-Regierung auch aus der Parlamentsneuwahl im Juli als Sieger hervorgehen. Schon jetzt befeuert sein Triumph die Auseinandersetzung mit dem Islam, die auch in anderen europäischen Ländern immer schärfer geführt wird. In der Schweiz, wo der Bau von Minaretten abgelehnt wurde, in Frankreich, wo die Burka Anstoß erregt, und eben in den Niederlanden – jenen drei europäischen Ländern, in denen der Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung am größten ist.

Einerseits ist Wilders mit seiner PVV ein typischer Vertreter des Populismus, andererseits hat er aus Fehlern ähnlicher Parteien gelernt. Wie der 2002 ermorderte Pim Fortuyn ist Wilders, wegen seiner Frisur manchmal „Mozart“ genannt, schon rein äußerlich markant. Hinzu kommt sein Talent zur Inszenierung, Vereinfachung und Polarisierung. Danach lechzen vor allem die in den Niederlanden stark verbreiteten Boulevard- und Gratiszeitungen, die jede Zuspitzung mit Aufmerksamkeit belohnen. Wilders gelingt es, von sich das Bild eines Anti-Parteien-Politikers zu zeichnen und so die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien auf seine Mühlen zu lenken. Bei Christ- und Sozialdemokraten fühlt sich die Bevölkerung mit ihrer Angst vor Überfremdung und islamistischer Gewalt immer weniger aufgehoben.

Querulanten werden aussortiert, Distanz zu extremen Gruppen

Die Zuwanderungspolitik ist offenkundig gescheitert: Ghettos haben sich gebildet, in der Hafenstadt Rotterdam bilden Menschen nicht-niederländischer Herkunft die Mehrheit. Auch in anderen Städten grassiert die Straßenkriminalität ausländischer Jugendbanden. Auf diesem Nährboden kann sich Wilders sogar unrealistische Forderungen wie die nach einer Steuer für Kopftuchträgerinnen und einem Baustopp für Moscheen leisten. Seine radikalen Forderungen, die mit dem Recht auf Religionsfreiheit unvereinbar sind, versucht er zu legitimieren, indem er den Islam weniger für eine Religion als vielmehr für eine totalitäre Ideologie hält. Um dies zu belegen, zitiert er aus dem Koran, den er verbieten will, gleiche dieser doch Hitlers „Mein Kampf“.

Typisch für Populisten in Europa ist auch Wilders' Kritik an der EU, die er für ein Projekt linker Eliten hält. In Österreich beruht der Erfolg der Freiheitlichen ebenfalls stark auf der Unzufriedenheit mit Brüssel, obwohl die Alpenrepublik wie Holland von der Öffnung der Märkte besonders profitiert hat. Allerdings war das Nein der Niederländer in der Volksabstimmung über den EU-Vertrag vor allem der Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung geschuldet.

Der Hauptgrund für Wilders Sieg bei den nächsten Parlamentswahlen könnte sein, dass er sich trotz seiner Konzentration auf Gefahren durch den Islam und Ausländer im Links-Rechts-Spektrum nicht eindeutig einordnen lässt. Bei Frauen und Homosexuellen findet er Zuspruch, indem er ihre Freiheit durch den Koran eingeschränkt sieht – und sich so zum Verteidiger von Menschenrechten aufschwingt. Für die Arbeiter hat er ein moderates Renteneintrittsalter im Angebot. Juden versucht er mit dem Bekenntnis einzunehmen, er liebe Israel. Mit Margaret Thatcher und Winston Churchill als politischen Vorbildern will er nicht zuletzt die konservative Seele streicheln. Wilders weiß: In einer Gesellschaft, deren Milieus sich auflösen, kann radikale Forderungen nur stellen, wer damit verschiedene Wählerschichten anspricht.

Auch organisatorisch hat der Chef der PVV Lehren aus dem Schicksal anderer Parteien gezogen. So wie sich in der deutschen Linkspartei Stalinisten, Trotzkisten und andere Wirrköpfe tummeln, spülten auch die Erfolge der PVV-Vorgängerpartei unter Fortuyn Querulanten an. Wilders Partei ist daher hierarchisch durchorganisiert, die Mitglieder werden streng ausgewählt. Bei den Kommunalwahlen trat die PVV nur in Den Haag und Almere an, damit die Partei behutsam wächst. Wilders wirkt wie einer, der geduldig warten kann, weil er spürt, dass seine große Zeit noch kommt. Geschickt geht der Vielgeschmähte auf Abstand zu extremeren Gruppen im In- und Ausland, um nicht weiter in die Schmuddelecke geschoben zu werden.

Wie reagieren die etablierten Parteien auf den Mann, dem bei der Parlamentswahl ein Erdrutschsieg vorhergesagt wird? Die Sozialdemokraten, unter denen sich viele Migranten befinden, lehnen jede Zusammenarbeit mit der PVV ab. Als ob es in anderen Ländern keine Belege gäbe, dass die strikte Ausgrenzung unliebsamer Parteien diese nur noch stärker macht. Etwa in Österreich, wo die große Koalition aus Volkspartei und Sozialdemokraten stets den Freiheitlichen nutzt. Erst als ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel 2000 trotz massiver Proteste mit der Haider-Partei als inzwischen zweitstärkster Kraft koalierte, verlor diese an Zustimmung. „Der wirksamste Mechanismus, eine populistische Partei und vor allem deren Führungsfigur zu entzaubern, besteht darin, sie in die Pflicht zu nehmen“, so der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker. Denn es gilt die Formel: Je vollmundiger die Versprechen im Wahlkampf, desto massiver der Glaubwürdigkeitsverlust und desto größer die Unzufriedenheit der Parteibasis mit der Führung. So spaltete sich in Österreich 2005 das sogenannte dritte Lager: Die FPÖ verließ die Regierung Schüssel, während die von Haider damals gegründete Partei BZÖ bis zur Abwahl 2006 an der Macht blieb – und heute vor dem Bedeutungsverlust steht. Die derzeit regierende SPÖ-ÖVP-Koalition könnte die Freiheitlichen gar zur stärksten Kraft im Land machen.

Wilders PVV bedient Linke wie Rechte, Frauen wie Homosexuelle

Verständlich ist vor diesem Hintergrund, dass es für Hollands christdemokratischen Regierungschef Jan Peter Balkenende keine Tabus gibt: „Wir schließen niemanden von vornherein aus.“ Kaum war dieser Satz gesprochen, rüstete Wilders verbal ab und zeigte erste Anzeichen von Kompromissbereitschaft. Gefragt ist diese vor allem in der Frage, wann die rund 2000 niederländischen Soldaten Afghanistan verlassen. Weil die Sozialdemokraten wie Wilders das Mandat nicht verlängern wollen, platzte die Große Koalition.

Balkenende scheint begriffen zu haben, dass es nicht reicht, sich mit Wilders nur juristisch auseinanderzusetzen und ihn vor Gericht zu zerren. Denn diese Bühne hat „Mozart“ bislang stets virtuos genutzt, um sich als Verfolgter zu inszenieren, der mundtot gemacht werden soll, weil er den Finger in die Wunde legt. Wer Wilders bekämpfen will, muss sich mit ihm politisch auseinandersetzen – und zwar nicht in einem abgehobenen Diskurs über den vermeintlichen Wert von Multikulti, sondern in einer klaren Sprache, wie sie die Boulevard- und Gratismedien lieben.

Erfolgreicher Populismus ist wie Fieber eine Warnung. Die Probleme, die Wilders knallhart anspricht, wurden von den Regierenden erst ignoriert, dann erschrocken wahrgenommen, aber bis heute nicht gelöst. Die Angst der Alteingesessenen vor dem Verlust ihrer nationalen und kulturellen Identität darf nicht länger unter den Tisch gekehrt werden. Wer nur das Fieber bekämpft, nicht aber dessen Ursache, lebt gefährlich. Auch in anderen europäischen Ländern lohnt ein Blick auf die Niederlande. Denn hinter dem Fieber steckt womöglich eine ansteckende Krankheit.

Wie in einer »Opera-Comödie«

Das Publikum war anfangs von Bachs Passionen nicht begeistert – Heute einhellige Bewunderung

Bis heute zählt Johann Sebastian Bach zu den bedeutendsten Komponisten Europas, während er zu Lebzeiten als Organist, Cembalovirtuose und Meister der Improvisationen bekannt war. Seit dem 19. Jahrhundert wird seine geistliche Musik auch über kirchliche Kreise hinaus geschätzt.

Fährt man in diesen Tagen durch deutsche Lande, dann kann man allerorten Hinweisschilder und Plakate finden, die auf Konzerte mit Werken von Johann Sebastian Bach verweisen. Insgesamt schuf der Thüringer 400 Kantaten, 276 Orgelwerke, dazu Motetten, Oratorien und weltliche Musik. Ob Weihnachtsoratorium, Brandenburgische Konzerte, Wohltemperiertes Klavier, Johannes- oder Matthäus-Passion – alle genießen Weltruf und werden immer wieder gern aufgeführt. Vor allem die Kompositionen zur Passion erfreuen sich dieser Tage großer Beliebtheit. Das mag einmal daran liegen, dass sich der Geburtstag des großen Komponisten am 21. März zum 325. Mal jährt, zum anderen aber auch daran, dass die Passionszeit vor der Tür steht.

Matthäus-Passion löste große Verwunderung aus

Die erste Passion Bachs wurde am 7. April 1724 in der Leipziger Kirche St. Nikolai uraufgeführt. Experten nehmen an, dass er sich bei dieser Komposition, der Johannes-Passion, von dem gleichnamigen Werk Händels (1716) anregen ließ. Allerdings wurde beanstandet, dass sie lediglich aus einer Aneinanderreihung von Einzelstücken bestehe, wenngleich sie auch dramatischer als die fünf Jahre später entstandene Matthäus-Passion sei.

Zuvor jedoch hatte Bach noch die Markus-Passion von Reinhard Keiser (1674–1739) bearbeitet und diese 1713 in Weimar sowie 1726 und 1747/48 auch in Leipzig aufgeführt. Die heute berühmte Matthäus-Passion löste bei den Menschen der damaligen Zeit großes Erstaunen aus. Ein zeitgenössischer Bericht schildert die Situation: „... als nun diese theatralische Musik anging, so gerieten alle diese Personen in die größte Verwunderung, sahen einander an und sagten: ‚Was soll daraus werden?‘ Eine adelige Witwe sagte: ‚Behüt's Gott, ihr Kinder! Ist doch, als ob man in einer Opera-Comödie wäre.‘“

Kein Wunder, schließlich waren Rezitativ (ein dem Sprechen angenäherter Gesang) und Arien in der Kirchenmusik nicht üblich. Bach erst führte diese moderne Tonsprache in die Leipziger Kirchenmusik ein. Lange Zeit vergessen, bewirkte die Matthäus-Passion im 19. Jahrhundert eine regelrechte Bach-Renaissance. Der junge Felix Mendelssohn-Bartholdy war so begeistert von dem Werk, dass er sich die Abschrift der Partitur von seiner Großmutter als Geschenk erbat und das Werk am 11. März 1829 durch die Berliner Singakademie unter seiner Leitung erklingen ließ. Eine ganze Reihe von Städten schloss sich dieser Begeisterung an. In Dresden waren 1833 an einer Aufführung 324 Personen beteiligt, darunter 50 Soprane, 40 Altstimmen, 50 Tenöre und 60 Bässe.


Johann Sebastian Bach: Komposition zwischen Stil und Melodie Bild: culture images

Eisenach, wo Bach vor 325 Jahren geboren wurde und aufwuchs, steht ganz im Zeichen des Bach-Jahres. Eine Sonderausstellung im Bachhaus, Deutschlands meistbesuchtem Musikermuseum mit jährlich 70000 Gästen, erklärt die Entstehung von Bachs Passionen und geht zugleich der Frage nach seinen verschollenen Passionsmusiken nach. Das Nachlassverzeichnis nennt fünf Passionsmusiken, von denen nur zwei erhalten sind.

Schließlich geht es um die Rezeptionsgeschichte von Bachs Passionen, ausgehend von deren

An einer Aufführung waren 324 Sänger und Musiker beteiligt

Wiederaufführung im 19. Jahrhundert. An zahlreichen Hörstationen kann man die Eindrücke noch vertiefen. „Die grandiose Musik Bachs und seiner Zeitgenossen steht im Mittelpunkt der Ausstellung. Sie will die Besucher multimedial begeistern“, so Bachhaus-Direktor Jörg Hansen.

Silke Osman

Das Bachhaus in Eisenach, Frauenplan 21, mit der Ausstellung „Bachs Passionen – Zwischen Tradition und Oper“ (bis 30. September) ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 6,50 Euro.

Solidarisch mit Machtlosen

Zwei neue Bücher von Siegfried Lenz zeigen seine Erzählkunst

Die Bücher von Siegfried Lenz wurden in 22 Sprachen übersetzt. Die Werkausgabe, bei Hoffmann und Campe in Hamburg erschienen, umfasst 20 Einzelbände. Lenz blieb „seinem“ Verlag übrigens über die Jahrzehnte hindurch treu. Bereits 1951 erschien dort sein erster Roman „Es waren Habichte in der Luft“. Es folgten erfolgreiche Titel wie „So zärtlich war Suleyken“, „Der Mann im Strom“, „Das Feuerschiff“, „Deutschstunde“, „Heimatmuseum“, „Der Verlust“, „Die Klangprobe“ und „Arnes Nachlaß“, „Schweigeminute“. Im Verlauf von 60 Jahren entstanden Romane, Erzählungen, Essays, Hörspiele und Bühnenstücke. Einige Romane wurden verfilmt, zuletzt „Das Feuerschiff“ und „Der Mann im Strom“ mit dem Hamburger Jan Fedder in der Hauptrolle.

Gerade rechtzeitig zum 84. Geburtstag des Ostpreußen aus Lyck am 17. März ist in seinem Hausverlag der Band „Wasserwelten“ erschienen, eine Sammlung mit Geschichten von Meer und Küste, von Fluss und Hafen, Wracks und Tauchern. Der Rundfunkredakteur Hanjo Kesting, der den Schriftsteller bereits seit Jahrzehnten kennt und journalistisch begleitet hat diese Geschichten zusammengetragen. Er schreibt im Vorwort über Lenz: „Seine Bücher sind ohne das Wasser nicht denkbar. Und wie alle Wasserläufe der Welt zuletzt ins Meer einmünden, so führt auch der Strom von Siegfried Lenz' Erzählen am Ende unfehlbar zum Wasser, als folge es einem verborgenen Gesetz.“ Zu lesen sind Wassergeschichten aus den bekannten Romanen, aber auch Auszüge aus Erzählbänden und bisher unbekannte Texte.

„Ich brauche Geschichten, um die Welt zu verstehen“, hat Lenz einmal zu Kesting gesagt. Eine neue Geschichte erzählt er in seiner ebenfalls bei Hoffmann und Campe erschienenen Novelle


Siegfried Lenz: Passionierter Pfeifenraucher und Geschichtenerzähler Bild: Buchmesse

„Landesbühne“. Eine Geschichte über das trickreiche Überwinden von Grenzen, aber auch eine Geschichte über Freundschaft. Schauplatz ist das Gefängnis Isenbüttel und das Städtchen Grünau, dort bewirken die Häftlinge, die mit einem Bus der Landesbühne getürmt sind, Wundersames ...

„Geschichten, um die Welt zu verstehen“ findet der Schriftsteller an jeder Straßenecke. „Wähl dir einen Platz und sieh“, schrieb er schon 1955 in „Der Hafen ist voller Geheimnisse“. „Sieh auf die Geschichten da unten, auf sonderbare, seewindumzauste Geschichten, die sich gestern begaben, die sich da heute begeben und die sich immer wieder begeben werden ... Sieh und horch auf die Geschichten.“ Siegfried Lenz hat über die Jahrzehnte genau hingehört und er hat es immer wieder verstanden, die Geschichten meisterhaft zu Papier zu bringen. Nicht immer hat es dem Leser gefallen. Denn leicht macht er es seinem Publikum nie. Der Leser muss mitdenken; er wolle kein fertiges Urteil liefern, so Lenz, sondern möglichst neutral eine Problematik darstellen, dass er dabei so manche, sich spannend entwickelnde Geschichte nicht zu Ende erzählt, wird der eine oder andere als bedauerlich empfinden.

Vom Schriftsteller erwarte er, so Lenz, „dass er, da er keine äußere Verpflichtung anerkennt, zumindest sich selbst ein Versprechen gibt; ein Versprechen, das er in seiner Einsamkeit ständig erneuert: Es läuft auf die stillschweigende Verpflichtung hinaus, die Sprache zu verteidigen und mit den Machtlosen solidarisch zu sein, mit den vielen, die Geschichte nur erdulden müssen und denen Hoffnungen verweigert werden.“ *os*

Siegfried Lenz: „Wasserwelten“, herausgegeben von Hanjo Kesting, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 352 Seiten, 22 Euro

Siegfried Lenz: „Landesbühne“, Hoffmann und Campe, Hamburg 2009, gebunden, 120 Seiten, 17 Euro

Berliner Pantheon

Nikolaikirche wird wieder eröffnet

Am kommenden Sonntag eröffnet Berlins älteste Kirche, die Nikolaikirche, nach gründlichen baulichen Maßnahmen mit neuen Ausstellungsformaten. In der Dependance des Märkischen Museums ist künftig die Dauerausstellung „Vom Stadtgrund bis zur Doppelspitze – 800 Jahre Nikolaikirche“ zu sehen. Die Veranstalter hoffen, neue Zugänge zur Berliner Geschichte zu vermitteln.


Nikolaikirche in Berlin Bild: academia

Die Geschichte der Kirche reicht in die Gründungsphase Berlins zurück, aus der noch der Unterbau des Turms erhalten ist. Ihre überlieferte Gestalt erhielt sie vom 13. bis 15. Jahrhundert sowie 1876 bis 1878 durch eine umfassende Regotisierung. Die Nikolaikirche ist Zeugnis des Lebens und Wirkens bedeutender Vertreter des Protestantismus wie Paul Gerhardt und Johann Crüger, aber auch Ort herausragender stadtgeschichtlicher Ereignisse; 1809 wurde dort infolge der Stein-Hardenbergschen Reformen die erste gewählte Stadtverordnetenversammlung Berlins eingesegnet und vereidigt, 1991 trat in dieser Tradition das erste frei gewählte Gesamtberliner Abgeordnetenhaus zu seiner konstituierenden Sitzung in der Kirche zusammen.

Die Nutzung vor allem der Randkapellen für die Anlage von Familiengrüften und die Anbringung von Grabdenkmälern an Wänden und Pfeilern im Barock haben die Nikolaikirche „mit der Zeit zu einem Pantheon der Berliner Geschlechter und zu der vornehmsten Erinnerungsstätte für die geschichtliche Vergangenheit Berlins“ (Richard Borrmann) werden lassen. Durch ein Gruftportal, 1700 geschaffen von dem Danziger Andreas Schlüter für den Goldschmied Daniel Manlich, steigt man in der Öffnung des Turmbaus zum spätromanischen Seitenschiff einige Stufen hinab auf das historische Niveau des Vorgängerbaus. Dort wird der so genannte Turmknaufschatz gezeigt, eine wertvolle Sammlung von Münzen, Medaillen und Dokumenten aus der Zeit zwischen 1514 und 1734. Der Schatz war im Zweiten Weltkrieg verlorengegangen und erst 1990 wieder entdeckt worden. Nun ist er erstmals öffentlich zu sehen. *PAZ*

Die Nikolaikirche ist täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

In Kürze

Bach und Preußen

Der große Komponist Johann Sebastian Bach wurde am 21. März 1685 in Eisenach geboren. Er war der jüngste von vier Söhnen des Stadt- und Hofmusikers Johann Ambrosius Bach (1645–1695) und dessen Ehefrau Elisabeth (1644–1694). Bei seinem Vater und seinem Onkel

Norddeutsche Orgeltradition

Johann Christoph Bach (1642–1703) erhielt er ersten Unterricht auf der Violine, dem Klavier und der Orgel. Nach dem Tod der Eltern kam Bach zu einem Verwandten, Johann Christoph Bach (1671–1721), nach Ohrdruf bei Gotha. 1700 ging er in das Michaeliskloster zu Lüneburg, wo er die Möglichkeit hatte, sich mit der norddeutschen Orgeltradition vertraut zu machen.

1703 wurde er Organist an der Bonifaziuskirche in Arnstadt. Ab 1707 war er Organist in Mühlhausen. Bach hatte bis dahin schon eine Vielzahl von Kompositionen aufzuweisen, vor allem im Bereich der Kirchenmusik. Wahrscheinlich im Jahre 1708 ging der inzwischen Verheiratete als Kammer- und Hoforganist an

Eine denkwürdige Begegnung

den Weimarer Hof und 1717 als Kapellmeister nach Köthen, wo er vor allem weltliche Musik komponierte.

1721 übersandte Bach die später von Philipp Spitta (1841–1894) so genannten „Brandenburgischen Konzerte“ einem entfernten Verwandten Friedrich des Großen, dem Markgrafen Christian Ludwig von Brandenburg-Schwedt (1677–1784). 1723 trat er das Amt des Thomaskantors in Leipzig an, wo seine Arbeit von vielen Amts- und Schulstreitigkeiten erschwert wurde. Im Mai 1747 fuhr Bach in Begleitung seines Sohnes Wilhelm Friedemann (1710–1784) auf Einladung Friedrich des Großen (1712–1786) nach Potsdam, wo er eine denkwürdige Begegnung mit Friedrich dem Großen hatte: am 7. (nach anderen Quellen: 8.) Mai 1747 spielte der König Bach ein Thema auf der Flöte vor und erbat sich von ihm eine Fuge über dieses Thema.

Bach komponierte daraus das bekannte „Musikalische Opfer“ – eine Sammlung von Fugen, Kanons und einer Triosonate für

Eine Komposition für den Preußen-König

Traversflöte, Violine und Basso continuo – und ließ es bereits im Juli 1747 über seinen am Hofe des Preußenkönigs angestellten Sohn Carl Philipp Emanuel (1714–1788) an den König übergeben.

Kompositorisch bildet Bachs gesamtes musikalisches Schaffen einen Kulminationspunkt zwischen dem traditionell gereiften, künstlerisch sehr anspruchsvollen kontrapunktischen Stil und einem neuen, freieren, auf die Melodie bezogenen Stil, der sich mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts vor allem in Norddeutschland und in Berlin – hier unter dem Einfluss Friedrichs – herausgebildet hatte. Bach starb am 28. Juli 1750 in Leipzig.

Jürgen Ziechmann

Wie Phoenix aus der Asche

Vor 90 Jahren wurde Ostpreußen schöner denn je wieder aufgebaut

Nach der Befreiung Ostpreußens von der zaristischen Besatzung der Jahre 1914/15 begann noch während des Ersten Weltkrieges der Wiederaufbau der zerstörten Bauten. Diese bis 1925 abgeschlossene Aufbauleistung ist ein Ruhmesblatt für die preußische Verwaltung wie für die nationale Solidarität der anderen Teile Deutschlands.

Erschwerend kam beim Einfall der Russen in Ostpreußen während des Ersten Weltkrieges hinzu, dass sie die deutsche Zivilverwaltung unvorbereitet traf und damit überforderte. Schließlich war die letzte Besetzung schon ein Jahrhundert her. Verantwortungsbereiche waren ungeklärt, der Informationsfluss von den militärischen Kommandostellen stockte, die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Dienststellen brach zusammen, und manche Beamte unterlagen der Kriegspsychose und ließen ihre Schutzbefohlenen im Stich, statt pflichttreu ihren Dienst zu tun. Doch so sehr auch die Zivilverwaltung trotz rühmlicher Ausnahmen während des russischen Einfalls schwächelte, so legendär ist ihre Leistung beim Wiederaufbau nach der Zurückdrängung der Russen hinter die Staats- und Provinzgrenze.

Noch während des Krieges begann dieser Wiederaufbau. Eine führende Rolle nahm dabei der Rittergutsbesitzer Adolf Tortilowicz von Batocki-Friebe ein, der bei Kriegsausbruch Vorsitzender der Landwirtschaftskammer Ostpreußen und im Oktober 1914 als Oberpräsident die Verwaltung der Provinz Ostpreußen übernahm. Er leitete auch die bereits im Vormonat gebildete Kriegshilfskommission. Unterhalb dieser Kommission wurden auf Kreisebene in den vom Russeneinfall betroffenen Gebieten fünfköpfige Kriegshilfsausschüsse unter Einschluss des jeweiligen Landrats gebildet. Neben der Kriegshilfskommission, die 1916 ihre Arbeit einstellte, gab es beim Oberpräsidenten ein den Wiederaufbau koordinierendes Hauptbauberatungsamt, das ebenfalls auf Kreisebene nachgeordnete Organe besaß.

Vorrang beim Wiederaufbau hatten die landwirtschaftlichen Nutzgebäude, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Erst zweitrangig und de facto ab 1917 kümmerte man sich auch um den Wiederaufbau der Wohnbebauung. Damit verbunden war ein nicht zu unterschätzender Modernisierungsschub. Vielerorts traten moderne Massivbauten an die Stelle alter Holzhäuser. Batocki-Friebe verstand es dabei, auch Architekten und Bauunternehmer anderer Teile Deutschlands für den Wiederaufbau zu gewinnen. So gelang es bereits während des Krieges, die durch den Russeneinfall aus dem Gleichgewicht geratene Provinz wieder zu stabilisieren. Am Ende des Krieges war die landwirtschaftliche Nutzfläche wieder voll in die Produktion eingespannt und der Wiederaufbau bereits zur Hälfte vollbracht. Die zweite Hälfte zog sich dann im Versailles-gebeutelten Weimarer Nachkriegsdeutschland noch bis 1925 hin.



Schon damals: Ostpreußen packen vor ihrem Haus ihre Sachen für die Flucht. Bild: pa/akg

Gerne wird die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in der Kaiserzeit auch daran festgemacht, dass von 16200 gestellten Entschädigungsanträgen bis Ende September 1918 nur noch 23000 nicht erledigt waren. Doch selbst die beste Verwaltung kann nur wenig bewirken ohne ausreichende Finanzausstattung. Bereits im Oktober 1914 hatte das Königreich Preußen 400 Millionen Mark für Vorentschädigungen zur Verfügung gestellt. Dem folgten in den folgenden zwei Kriegsjahren weitere 225 Millionen Mark.

Doch nicht nur der preußische Staat zeigte sich großzügig, die ganze Nation solidarisierte sich mit der in diesem Kriege durch feindliche Besetzung so besonders heimgesuchten Provinz. Der im Reich ins Leben gerufene „Verband Deutscher Kriegshilfsvereine für zerstörte ostpreußische Städte und Ortschaften", kurz „Ostpreußenhilfe", brachte Millionenbeträge auf, die neben den staatlichen Hilfen wesentlich zum Wiederaufbau beitrugen. Ähnlich wie nach dem Zweiten Weltkrieg für die Vertriebenen gab es auch damals schon Patenschaften für Ostpreußen. Viele Großstädte nahmen sich als Paten zerstörter Städte und Gemeinden an, viele Provinzen ganzer verwüsteter Landkreise. Köln übernahm samt dem gleichnamigen Regierungsbezirk die Patenschaft für den Kreis Neidenburg, Frankfurt am Main die für Lötzen, Berlin-Charlottenburg trat für Soldau ein, Berlin-Wilmersdorf für Ortelsburg, der Regierungsbezirk Oppeln für Lyck, die Provinz Hannover für Rastenburg, der Regierungsbezirk Münster für Heilsberg, Kassel für Stallupönen und Breslau für Pillkallen.

In der nicht zu Preußen gehörenden Freien Hansestadt Bremen bildete sich der „Kriegshilfsverein Bremen für Schirwindt (Ostpreußen)", dessen Ziel es war, dass mit Hilfe von „Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Wohnungswesens, der Stadtanlage und des Stadtbildes unter Berücksichtigung der Bestrebungen des Heimatschutzes" „im fernen Osten ein neues Städtchen entstehen und frisches Leben schlagen" möge „als glänzendes Wahrzeichen echt bremischen Wohltätigkeitssinns und altbewährter hanseatischer Vaterlandsliebe". Und das süddeutsche Bayern übernahm die Patenschaft für die Kreise Rößel und Fischhausen.

Die bemerkenswerteste Patenschaft stellte jene Wiens für Ortelsburg dar, da sie zeigte, dass die nationale Solidarität nicht nur keine Grenzen zwischen Bundesstaaten, sondern noch nicht einmal welche zwischen Reichen kannte. Nach der Gründung des entsprechenden „Wiener Kriegshilfsvereins für Ortelsburg" erklärte der Wiener Bürgermeister Richard Weiskirchner am 14. März 1916: „Das Bewusstsein unserer gemeinsamen hehren Sache und der Drang unseres Herzens, das den Bruder auf deutscher Erde zum Bruder ruft, schlingen ein heiliges Band um unsere beiden Städte. Ortelsburg soll auferstehen zu hellerem Glanze wie vordem und ein Wahrzeichen sein deutscher Kunst und Kraft und des herrlichen, in Not und Tod bewährten Gemeinsinns und ehernen Bundes unserer Länder von der Ostsee bis zur Adria."

Diese grenzenlose nationale Solidarität hat das Ihre dazu beigetragen, dass Ostpreußen, das weder zum Heiligen Reich noch zum Deutschen Bund gehört hatte, spätestens nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr nur eine preußische Provinz war, sondern auch eine deutsche. *Manuel Ruoff*

Architekten aus ganz Deutschland kamen nach Ostpreußen

Ein in der Geschichte der deutschen Architektur oft vernachlässigtes Kapitel ist der Wiederaufbau Ostpreußens in und nach dem Ersten Weltkrieg. Wenig wurde bisher die Zeit zwischen 1915 und 1927 beachtet, obwohl gerade in diesen Jahren viele bedeutende Baumeister – und solche, die es noch werden sollten – in der östlichen Provinz des Deutschen Reiches gewirkt haben. Namen wie Hugo Häring, Hans Scharoun und Heinz Stoffregen sind zu nennen. Über 500 Architekten aus allen deutschen Gauen meldeten sich freiwillig, diese Wiederaufbauarbeit zu leisten. Mehr als 30000 Gebäude waren damals durch die zaristische Armee zerstört worden; eine Million Menschen waren obdachlos. Da hieß es, schnell zu handeln. Der Wiederaufbau wurde zur nationalen Frage erklärt; Patenschaften anderer deutscher Städte, Kreise und Provinzen ermöglichten die Finanzierung. Eigens eingerichtete Bauberatungsstellen wachten über die Entwürfe der Architekten.

Zu den jungen Baumeistern, die sich in Ostpreußen die ersten Sporen verdienten, gehörte auch der Bremer Hans Scharoun (1893–1973), der später durch den Bau der Philharmonie in Berlin berühmt werden sollte. Auch seine Wohnhäuser in Stuttgart, das Stadttheater in Wolfsburg und das Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven zeigen deutlich seine Handschrift. In Insterburg war Scharoun zunächst als stellvertretender Leiter des Bauberatungsamtes tätig. Ab 1. April 1918 arbeitete er dann als freier Architekt. In diese Zeit fielen unter anderem Entwürfe für Wohnhäuser am Insterburger Parkring, die damals schon mit Etagenheizungen ausgestattet waren und an seine späteren Wohnungsbauten erinnern.


Allenburg: Der restaurierte Kirchturm Bild: Papendick

Wie Hans Scharoun war auch Hugo Häring (1882–1958) während des Ersten Weltkriegs nach Ostpreußen gegangen. Von 1915 bis 1921 wirkte er als Bauanwalt in Allenburg, Kreis Wehlau. Dort soll er an der Planung zum Wiederaufbau des nach dem Russeneinfall stark beschädigten Turms der Ordenskirche beteiligt gewesen sein. Der Architekt Christian Papendick nennt auch das Herrenhaus Otto von Weiss in Groß Plauen, das Häring 1920 errichtet hat. Kriege und Zerstörungswut haben nur wenig von dem Bau übrig gelassen. Nach dem Krieg gehören neben zwei Projekten in Rio de Janeiro vor allem das Gut Garkau in Ostholstein (1922–1926) und auch seine Beteiligung an Berliner Großsiedlungen wie Onkel-Toms-Hütte (1926) oder die Ring-Siedlung in Berlin-Siemensstadt (1929/30) zu seinem Werk. Häring spielte auch eine Rolle bei den Planungen der Avantgarde zur Umgestaltung des Platzes der Republik vor dem Reichstag (1927/30) und bei der Entwicklung der Stuttgarter Weißenhofsiedlung (1925/26) unter Mies van der Rohe. *Silke Osman*

Ein Vorgänger Christoph Waltz'

Unlängst machte der deutschsprachige Christoph Waltz Schlagzeilen mit seinem „Oscar" für die Rolle eines SS-Offiziers in dem Spielfilm „Inglorious Basterds". Der Österreicher hat einen Vorgänger in dem Preußen Werner Klemperer. Dieser hatte schon Jahrzehnte vorher in einer US-Klamotte über die NS-Zeit als geistig unterbelichteter Waffenträger des Dritten Reiches Furore gemacht. Anders als bei Waltz war bei Klemperer jedoch ein besonderes immaterielles Motiv im Spiel: Er war ein Opfer des NS-Antisemitismus.

Im Jahre 1935 emigrierte der vor 80 Jahren, am 22. März 1920, in Köln geborene und dort wie in Wiesbaden und Berlin aufgewachsene Sohn des jüdischen Dirigenten Otto Klemperer und der Sängerin Johanna Geisler mit seinem Vater in die USA. Dort diente Victor Klemperers Großcousin im Zweiten Weltkrieg der US-Armee als Truppenbetreuer.

Nach dem Krieg nahm der Spross einer Künstlerfamilie die US-amerikanische Staatsbürgerschaft an und arbeitete als Schauspieler. Ab 1951 trat er in diversen Fernsehserien seiner neuen Heimat auf, spielte aber auch in Alfred Hitchcocks Klassiker aus dem Jahre 1956 „Der falsche Mann" mit. In Fernseh- wie Spielfilmfassung des „Urteils von Nürnberg" spielte er bereits mit der Figur Emil Hahn einen unsympathischen Nationalsozialisten. Im gleichfalls sich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzenden „Narrenschiff" spielte er 1965 den Wehrmachtsoffizier Leutnant Huebner.


Werner Klemperer Bild: Internet

Den Durchbruch erreichte er als deutscher Gegenspieler des US-amerikanischen Helden in der Kultserie „Hogan's Heroes" („Ein Käfig voller Helden", „Stacheldraht und Fersengeld"). In den 168 Folgen dieser ab 1965 in sechs Staffeln gedrehten US-Klamotte geht es darum, wie taffe (west)alliierte Kriegsgefangene unter Führung des US-Amerikaners Colonel Robert E. Hogan dem trotteligen deutschen Wachpersonal auf der Nase herumtanzen. Mit dem Monokel tragenden Lagerkommandanten Oberst Wilhelm Klink spielte der Deutsch-Amerikaner einmal wieder einen unsympathischen Vertreter des Dritten Reiches, eine Rolle, für die er seit „Das Urteil von Nürnberg" in den Augen vieler Regisseure prädestiniert zu sein schien. Aber Klemperer wurde hier nicht in ein Klischee gezwängt, sondern spielte die Rolle des trotteligen Wehrmachtsoffiziers aus Überzeugung, bestand er doch darauf, dass der US-Offizier Hogan allzeit obsiegen müsse. Offenkundig brachte ihm diese Rolle nicht nur mit zwei „Emmys" – ähnlich wie Waltz – Ruhm und Ehre, sondern bereitete ihm auch innerliche Genugtuung.

Nach dem Ende der Serie 1971 fiel der Klavier- und Violinenspieler trotzdem nicht in ein Loch. Vielmehr trat er in die Fußstapfen seines Vaters, indem er die Liebe zur klassischen Musik zu seinem Beruf machte. Am 6. Dezember 2000 erlag der Schauspieler und Musiker in seinem New Yorker Haus seinem Krebsleiden. *M.R.*

Ein Vorgänger Lafontaines

Werner Zeyer kam als Sohn eines Eisenbahnoberrottenmeisters am 25. Mai 1929 in Oberthal, Kreis St. Wendel zur Welt. Nach einem Jurastudium an der Universität Saarbrücken amtierte er als Richter, sammelte als Regierungsrat in der Staatskanzlei aber auch Erfahrungen in der Exekutive.

Früh engagierte sich der Katholik in der Union. Er gründete mit Gleichgesinnten die Junge Union Saar und wurde deren Landesvorsitzender. Ab 1972 saß er für seinen Heimatwahlkreis St. Wendel im Bundestag, ab 1976 auch im Straßburger Europa-Parlament. Als 1977 der beliebte Christdemokrat Werner Scherer aus Gesundheitsgründen nicht nur als Kultusminister des Saarlandes, sondern auch als CDU-Landesvorsitzender zurücktrat, kam der CDU-Landesvorstand überein, dass sein Nachfolger als Parteivorsitzender auch der nächste Ministerpräsidentenkandidat werden sollte. Die Wahl der Partei fiel auf Zeyer.

Als der 1909 geborene und seit 1959 amtierende saarländische Regierungschef Franz-Josef Röder 1979 seinen Rücktritt ankündigte und kurz darauf verstarb, übernahm Zeyer die Führung der christliberalen Landesregierung. Sein Pragmatismus, seine Zuverlässigkeit und seine Orientierung an konservativen Grundwerten sowie Sachkenntnis konnten den Mangel an Ausstrahlungskraft jedoch nicht wettmachen, was gerade im Duell mit dem begnadeten Populisten Oskar Lafontaine schwer ins Gewicht fiel. Hinzu kam die schwierige wirtschaftliche Lage seines Bundeslandes vor dem Hintergrund der Stahlkrise mit einer sehr überdurchschnittlich hohen zweistelligen Arbeitslosenrate.


Werner Zeyer Bild: pa

Zeyers CDU fiel von 49,1 Prozent bei den Landtagswahlen von 1975 über 44 Prozent bei den Landtagswahlen 1980 auf 42,8 beziehungsweise 41,8 Prozent bei den Europa- und Kommunalwahlen 1984. Eine darauf folgende spektakuläre Regierungsumbildung, bei der außer Zeyer kaum einer auf seinem Posten blieb und Scherer als Innenminister reaktiviert wurde, sollte die Wende bringen – aber brachte sie nicht.

Hatte es 1980 wenigstens noch zu einer bürgerlichen Mehrheit gereicht, so war dieses bei der Landtagswahl 1985 nicht mehr der Fall. Die CDU fiel auf 37,3 Prozent. Die Liberalen hatte sich zwar auf zehn Prozent berappeln können, aber Lafontaines SPD gewann mit 49,2 Prozent der Stimmen die Mehrheit der Mandate.

Zeyer übernahm die politische Verantwortung für die Wahlschlappe und den Verlust der Regierungsverantwortung, verzichtete auf Landtagsmandat wie Parteivorsitz und zog sich aus der aktiven Politik zurück. Nachdem er mit seinem ältesten Sohn in St. Wendel ein Rechtsanwaltsbüro betrieben hatte, erlag er vor zehn Jahren, am 26. März 2000, einem Krebsleiden. *M.R.*

Christ, Demokrat, Patriot und Arbeiterfreund

Vor 150 wurde Friedrich Naumann geboren – Er gilt als Begründer des modernen organisierten Liberalismus

Der Namensgeber der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der das Kaiserreich nur um einige Monate überlebte, gehört mit dem Kanzler und Außenminister der Weimarer Republik Philipp Scheidemann sowie dem Präsidenten der Bundesrepublik Theodor Heuss zu den prominentesten historischen Persönlichkeiten des deutschen Liberalismus. Des Weiteren gilt er als der prononcierteste Vertreter eines modernen Sozialliberalismus, weshalb er denn auch in der Zeit der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik eine Renaissance erlebt hat.

Der Meister des gesprochenen wie geschriebenen Wortes war weniger ein Spalter, sondern nutzte vielmehr seine politische Ausstrahlung, sein persönliches Charisma und sein gewinnendes Wesen zum Mitteln und Integrieren. Im Kleinen einte Naumann den Linksliberalismus; im Großen bemühte er sich um den Bogen vom Großbürgertum bis zur Arbeiterschaft, von den Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten.

> Die Sozialliberalen feierten ihn als Vorreiter

Der vor 150 Jahren, am 25. März 1860, in Störmthal geborene Sachse entstammte einer evangelischen Pfarrerfamilie. Sein Vater war Pastor, seine Mutter Pastorentochter. In jungen Jahren spielte er mit dem Gedanken, Mathematik zu studieren, entschied sich dann aber für die Fortsetzung der Familientradition. Wie Johann Hinrich Wichern (1808–1881), Adolf Stoecker (1835–1909) und so viele andere aufgeweckte Theologen des Industriezeitalters erkannte auch er im Angesicht der sozialen Nöte im Proletariat und der Gefahr, die Arbeiterschaft an den atheistischen Marxismus zu verlieren, in der sozialen Frage eine Herausforderung.

Nach dem Studium in Leipzig und Erlangen leistete er ab 1883 als Oberhelfer Sozialarbeit an Wicherns „Rauhem Haus“, dessen Idee der Inneren Mission ihn stark beeinflusste. 1886 trat er eine Pastorenstelle in einem Arbeiterdorf an, dem sächsischen Langenberg. In dieser Zeit, 1889, veröffentlichte er seine erste Schrift, einen „Arbeiterkatechismus“. 1890 kehrte er zur Inneren Mission zurück. Als Vereinsgeistlicher diente er sozialen Einrichtungen in Frankfurt am Main als geistlicher Betreuer.

Im Evangelischen Arbeiterverein engagierte er sich ebenso wie im Evangelisch-Sozialen Kongress. Dort begegnete er Max Weber. Dieser wohl berühmteste Soziologe und Nationalökonom seiner Zeit lehrte Naumann, die Macht erkennen und schätzen zu lernen. Der Pastor kam zu der Erkenntnis, dass Politiker und Publizisten eher als Theologen die Möglichkeit hätten, die sozialen Verhältnisse zu ändern. Nachdem er sich als Publizist 1895 mit der Wochzeitschrift „Die Hilfe“ ein Sprachrohr geschaffen hatte, gründete er als Politiker 1896 die Partei „Nationalsozialer Verein“. Im darauffolgenden Jahr schied er aus dem Pfarramt aus und zog als politischer Publizist in das Zentrum des Reiches, Berlin.

Wenn Naumann auch mit Stoecker das Interesse an der sozialen Frage verband und beide 1890 den Evangelisch-Sozialen Kongress gegründet hatten, so trennten sich doch schließlich ihre Wege. Während Stoecker die soziale Frage auf konservativem Wege lösen wollte, versuchte es Naumann auf liberalem. Im Gegensatz zu vielen Sozialkonservativen, aber auch Wirtschaftsliberalen hatte Naumann ein entspanntes Verhältnis zur SPD, arbeitete später sogar mit ihr zusammen. Naumann wollte nicht nur wie die Sozialdemokraten das Los der Arbeiterschaft verbessern. Daneben verband ihn mit dem rechten Reformflügel und damit zumindest einem Teil der SPD der Wunsch nach einer parlamentarischen Demokratie ohne Dreiklassenwahlrecht und mit einer parlamentarischen Kontrolle der Regierung.

Andererseits gab es auch gravierende Unterschiede zwischen Naumanns Nationalsozialem Verein und der SPD. Naheliegenderweise lehnte der Theologe und Christ den marxistischen Atheismus der SPD ab. Das Gleiche galt für deren Klassenkampf und Internationalismus. Den Nationalstaat stellte Naumann ebenso wie die Monarchie und die Marktwirtschaft nicht in Frage. Im Gegensatz zum linken, radikalen, revolutionären, verfassungsfeindlichen SPD-Flügel glaubte er an die Reformierbarkeit des Kaiserreiches, was für ihn vor allem Demokratisierbarkeit bedeutete.



Mittler und Integrator: Friedrich Naumann

Bild: pa

„Demokratie und Kaisertum“ lautet denn auch der Titel seiner großen programmatischen Schrift aus dem Jahre 1900. In dem viel gelesenen Buch spricht sich der Verfasser dafür aus, dass sich der junge und in vielerlei Hinsicht moderne Kaiser, gestützt auf die Mehrheit seines Volkes, an die Spitze des „Ringens um Fortschritt und Modernisierung“ stellt. Die politische Elite zwischen Kaiser und Volk spielt in diesem Traum keine nennenswerte Rolle. Ihr traute er wenig zu, weshalb er auch 1896 mit dem Nationalsozialen Verein eine neue Partei gegründet hatte.

Die von Naumann erstrebte Volksbewegung der Arbeiter und Bürger kann sich jedoch gegen die etablierten Parteien nicht durchsetzen. Weder bei der Reichstagswahl von 1898 noch bei der von 1903 gelingt es ihm, als Kandidat des Nationalsozialen Vereins ein Reichstagsmandat zu gewinnen. Aus der Unterschätzung des überkommenen Parteiensystems zieht er die Konsequenz, dass er das Projekt „Nationalsozialer Verein“ aufgibt und, gefolgt von vielen seiner politischen Mitstreiter, einer etablierten Partei beitritt. Der Demokrat mit Sinn für die soziale Frage entscheidet sich für die linksliberale Freisinnige Vereinigung. Als deren Kandidat zieht er mit Unterstützung seines jungen Wahlkampfleiters Theodor Heuss als Abgeordneter von dessen Heimatstadt Heilbronn 1907 in den Reichstag ein, in dem er mit einer kurzen Unterbrechung bis zur Novemberrevolution und dem Zusammenbruch des Kaiserreiches sitzt. Noch vor dem Ersten Weltkrieg gelingt es ihm, die linksliberalen Parteien in einer neuen Partei, der 1910 gegründeten Fortschrittlichen Volkspartei, zu vereinen.

Nach dem Kriegsausbruch trug Naumann den innenpolitisch versöhnlichen Kurs des „Burgfriedens“ mit. 1915 äußerte er sich in einem Aufsehen erregenden Buch mit dem programmatischen Titel „Mitteleuropa“. Ganz im Sinne seines politischen Weggefährten Max Weber wünschte Naumann ein großes, starkes, Weltmachtpolitik betreibendes Reich. Wie in der Tradition des Imperialismus kann man den „Mitteleuropa“-Autor aber auch in jener des europäischen Gedankens verorten. Dieses gilt um so mehr, als das Naumann vorschwebende Mitteleuropa in der Tradition des Heiligen Reiches und des Deutschen Bundes durchaus föderale Züge trug. Wenn in der Bundesrepublik Politiker, die nach dem Zweiten Weltkrieg für ein geeintes Westeuropa unter französischer Führung eintraten, als „große Europäer“ gefeiert werden, wird man einem Friedrich Naumann, der im Ersten Weltkrieg das Gleiche für ein geeintes Mitteleuropa unter deutscher Führung tat, schwerlich diesen Ehrentitel verwehren können.

Zwei Jahre später, als auf einen deutschen „Siegfrieden“ nicht mehr zu hoffen war, unterstützte Naumann die auf einen Verständigungsfrieden zielende Friedensresolution von Linksliberalen, Sozialdemokraten und Zentrum. Allerdings war er gegen einen Frieden um jeden Preis. So schrieb er zum Versailler Friedensvertragsentwurf, den er als Volksmord betrachtete, in der „Hilfe“: „Wir zahlen nicht, wir unterschreiben nicht, bis man bereit ist, uns als Menschen zu behandeln.“

> Die Unterzeichnung des Versailler Diktats lehnte er ab

Wenn Naumann auch der Sturz der Monarchie fern lag, so brachte er sich nichtsdestoweniger in die Gründung der neuen Republik ein. Mit Gleichgesinnten gründete er die linksliberale Partei der Weimarer Republik, die DDP. Ihn wählten die Parteifreunde 1919 zu ihrem ersten Vorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Wahl zur Nationalversammlung. Dort gewann er die Sozialdemokraten dafür, den Kirchen in der neuen Verfassung den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts einzuräumen. Sich über die Verfassungsbildung hinaus in die Entwicklung der Weimarer Republik einzubringen war Naumann nicht mehr vergönnt. Durch Krankheit schon vorher zunehmend behindert verstarb er am 24. August 1919 während eines Urlaubs in Travemünde, keine zwei Wochen nach der Verkündung der Weimarer Verfassung. *Manuel Ruoff*

Versuch der »Gleichschaltung« der Auslandsdeutschen

Der Historiker Volker Koop schließt mit seinem Werk »Hitlers fünfte Kolonne« eine Lücke in der Forschungsliteratur

Wenig ist bisher über die Auslandsorganisationen der NSDAP und ihre Wirkung sowohl auf die Deutschen in der Fremde, als auch auf die Regierungen ihrer Gastbeziehungsweise neuen Heimatländer geschrieben worden. Der Journalist Volker Koop schließt mit seiner ersten Gesamtdarstellung dazu unter dem Titel „Hitlers fünfte Kolonne“ diese Lücke.

Ob es um Spionage, um Judenverfolgung, die Bespitzelung der Deutschen im Ausland oder um den Aufbau von Tarnorganisationen ging – der Oberbayer und renommierte Autor zahlreicher Werke zu NS-Organisationen zeigt die vielschichtigen Interessen und Anknüpfungspunkte nationalsozialistischer Gruppierungen jenseits der Reichsgrenzen auf. Der Publizist und Träger des italienischen Kulturpreises „Capo Circeo“ beschreibt von den Anfängen der NS-Auslandsstützpunkte an die Machtkämpfe um Einfluss auf die Auslandsdeutschen, Adolf Hitlers Unzufriedenheit mit dem diplomatischen Korps Deutschlands und die daraus entstehende Politik einer direkt von der Partei geleiteten Auslandsarbeit:

„Die ersten NS-Auslandsvereinigungen sollten ‚die Verbundenheit mit der Freiheitsbewegung Adolf Hitlers bekunden‘. Im Herbst 1930 fanden sich dann in Hamburg ‚ehemals auslandsdeutsche Männer‘ zusammen, um eine Dienststelle der Partei zu gründen, die Reichsorganisationsleiter Gregor Strasser zum 1. Mai 1931 als ‚Auslands-Abteilung der Reichsleitung der NSDAP‘ institutionalisierte.“

> Rudolf Heß’ Schottlandflug läutete den Anfang vom Ende der NS-Auslandsformationen ein

Die behördliche Ausgestaltung des damals staatlich zielgerichtet inszenierten neuen Verbundenheitsgefühls der Deutschen im Zeichen der Partei schildert Koop genauso wie die rückblickend mitunter klischeehaft anmutenden Aktionen. Im Kapitel „Strümpfe stopfen für den Sieg“ setzt sich der Autor beispielsweise mit Forderungen an die deutschen Frauen im Ausland auseinander. Ihnen oblag es, nach den Vorstellungen der Vordenker der NS-Bewegung, „das fremde Haus im fremden Land mit jener Wärme und Liebe zu erfüllen, die auch aus einer Blockhütte im Urwald ein Heim macht, ihrer Hilfe und ihres Rates bedürfen deutsche Schwestern im gleichen Land, die durch die Ungunst der Verhältnisse in Not geraten sind, sie hat dem fremden Volkstum gegenüber Art und Würde der deutschen Frau zu wahren und falschen Vorstellungen oder bewussten Verleumdungen deutschen Frauentums entgegenzutreten“.

Solchen Aufforderungen zur Einigkeit stellt Koop die an Streit reiche Realität gegenüber. Vor allem die mangelnde Neigung vieler Auslandsdeutscher, ihre bestehenden Gruppierungen dem NS-Willen bedingungslos unterzuordnen, war ein Hindernis auf dem Weg zum vermeintlich allseits straff organisierten Deutschtum. Viele Patrioten protestierten, rechneten in Briefen nach Berlin mit den Einpeitschern des neuen Kurses ab.

Dennoch: „Den Nationalsozialisten in Berlin war solche Kritik einerlei. Sie gründeten immer mehr Ortsgruppen und setzten alles daran, die bestehenden Einrichtungen Deutscher und Deutschstämmiger unter ihre Kontrolle zu bringen“, wie der Autor nachweist.

> Koop lässt vier Bedeutungsschwerpunkte der NS-Auslandsgliederungen erkennen

Die Krise bricht über die Auslandsformationen der Partei erst 1941 mit dem Flug von Rudolf Heß nach Schottland herein. Dieser Flug ohne Wiederkehr bringt die Spitze der NS-Auslands-Organisation bei Hitler in Verruf. „Mit dem zusehends schrumpfenden ‚Großdeutschen Reich‘ und mit der Tatsache, dass Deutschland mit immer mehr Staaten im Krieg lag, verlor die Auslandsorganisation ihr Betätigungsfeld und zugleich ihre Existenzberechtigung“, so Koop.

Den langen Arm der Ideologen verliert der Publizist dessen ungeachtet nicht aus den Augen, widmet den Folgen dieser Ein- und Übergriffe ausreichend Raum. Dazu gehört unter anderem die Hetze gegen Juden, wie sie beispielsweise vom Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund (NSDÄB) in China betrieben wurde. Zu den dunkelsten Machenschaften der Auslandsorganisation zählte auch die Beteiligung an Geiselnahmen aus Rache für die kriegsbedingte Internierung Deutscher in niederländischen (nicht besetzten) Kolonien. „Als Antwort auf die Internierung waren auf Befehl Hitlers insgesamt 232 holländische Staatsangehörige festgenommen und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht worden, unter ihnen Angehörige des Hofes.“ Teilweise wurden die Werber der NS-Bewegung aber auch zu Kompromissen genötigt: In Australien gab es für jüdische Mitglieder deutscher Vereine eine ‚Schonfrist‘.

Spannend trotz wissenschaftlich präziser und durch Studium vieler Dokumente angereicherter Darstellung ist auch das kurze Kapitel über die Flucht einstiger NS-Größen ins Ausland – letzte Bewährungsprobe für die Parteistrukturen in Übersee.

Koops sachlich-fundiertes Werk lässt im Nachwort die vier Bedeutungsschwerpunkte der Auslandsgliederungen erkennen: Erstens das Parteinetz zur Entfaltung des „totalitären Anspruchs des NS-Regimes, seine Ideologie über die ganze Welt zu verbreiten“, zweitens die Durchsetzung der Rassenpolitik, drittens „lässt sich musterhaft zeigen, mit welchen Strategien die NSDAP schon frühzeitig eine Gleichschaltung von Verbänden und Vereinen erzielte“ und viertens die Dimension der „unzähligen Helfer im Ausland“. „Der Erfolg wäre ohne die aggressive Verbreitung der NS-Ideologie durch viele einfache Bürger nicht möglich geworden“, so Koop. *Sverre Gutschmidt*

***Volker Koop: „Hitlers fünfte Kolonne – Die Auslands-Organisation der NSDAP“**, bebra-Verlag, Berlin-Brandenburg 2009, geb., 301 Seiten, 24,95 Euro*

Es triumphieren die Abgründe der Seele

Zu: „Vergifteter Vorschlag“ (Nr. 9)

Die gegenwärtige Missbrauchsdebatte, mit der man die wenigstens in Teilen noch konservative katholische Kirche treffen will, ist pure Heuchelei.

Diejenigen, die sich am lautesten erregen, sind hauptverantwortlich für den rasanten Verfall der Sitten seit Jahrzehnten. Die abscheulichsten Perversionen werden uns doch tagtäglich nur so um die Ohren geschlagen. Der Übergang von Homosexualität zu Pädophilie ist fließend. Die Pädophilen sind überaus selbstbewusst. Sie lieben Kinder und beanspruchen die gleichen Rechte wie die Homosexuellen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis diese ihnen auch von den jetzt sich so überaus betroffen Zeigenden gewährt werden.

Das Familienministerium ließ unter von der Leyen (CDU) 600000-fach(!) eine Broschüre an Schulen und Arztpraxen verteilen, in der Berührungen im Sexualbereich an Kleinstkindern empfohlen wurden, und zwar nicht nur durch die Eltern, sondern auch durch die Großmutter und den Onkel (!). Die Kleinkinder sollten schon früh erfahren, wie schön Sexualität sei. Dies sei auch entwicklungsfördernd.

In „fortschrittlichen“ Schulen werden kleine neunjährige Jungen in Rollenspielen systematisch zur Verschwulung erzogen. Das CDU-geführte Familienministerium propagiert das Gender Mainstreaming, das heißt kleine Jungen sollen bereits im Kindergarten dermaßen manipuliert werden, dass sie geschlechtsneutral oder besser noch zum Weib erzogen werden. Das gleiche gilt natürlich im umgekehrten Fall für Mädchen. Im Gender Mainstreaming triumphieren die Abgründe der Seele.

Die tonangebende linksintellektuelle Kaste in Politik und Medien ist krank und macht dieses Land krank. **Karin Khemlyani-Albrecht, Bendestorf**

PAZ ist die einzige konservative seriöse Zeitung

Zu: „Blockade gegen das Recht“ (Nr. 3)

Seit ungefähr einem Jahr bin ich begeisterter Leser Ihrer Zeitung und muss es Ihnen auch einmal schreiben. Besonders angetan bin ich von den Beiträgen von Klaus-Rainer Röhl und Hans Heckel und vielen anderen sowie von den zahlreichen offenen und erfrischenden Leserzuschriften. Herzliche Glückwünsche dazu, nicht zu vergessen „Pannonicus“ Meine Verbundenheit mit den Ostpreußen und den vielen anderen Flüchtlingen entstammt meinem unmittelbaren Miterleben im Winter 1944/45. Ich war als Kadett zu der Zeit auf dem Schweren Kreuzer „Admiral Scheer“ unter Kpt. z. See Thienemann zur Entlastung der Kurlandfront und der zurückflutenden Truppen. Bei unseren jeweiligen kurzen Hafenaufenthalten in Pillau, Elbing, Gotenhafen und Swinemünde waren wir Tag und Nacht im Einsatz mit dem Flüchtlingstransport, Lazarettzug entladen auf die Lazarettschiffe „Monte Rosa“ und „Berlin“ sowie, soweit möglich, dem Verpflegen der erschöpften, hungernden und frierenden Flüchtlinge und Soldaten. Ich will es nicht weiter beschreiben, es läuft mir jetzt ein Schauer über den Rükken bei der Erinnerung daran. Ich wünsche unserem neuen gott- und vaterlandslosen Außenminister Westerwelle, nur für 24 Stunden dieses unvorstellbare Leiden am eigenen Leib und Seele zu erfahren. Diejenigen von uns, die Dienst auf der Pier hatten, waren mit Maschinenpistolen bewaffnet, um beim Anlegen eines Schiffes die Flüchtenden durch Warnschüsse daran zu hindern, sich in die eisigen Fluten zu schieben.

Mit besten Grüßen und Wünschen für zunehmende Verbreitung der meines Erachtens einzigen konservativen seriösen Zeitung im deutschen Blätterwald.

Karl Grünsfelder, Travemünde

1,3 Milliarden Euro

Zu: „Einigung auf Kosten Dritter“ (Nr. 6)

Ende 2007 gab es rund 540 000 Altersteilzeitbeschäftigte, Ende 2008 etwas weniger (530 000) gefördert und nicht geförderte Fälle. Es sind also mehr als die 420 000 Personen (Ende 2007), die in Veröffentlichungen ebenfalls des öfteren genannt werden (IW Köln). Außerdem hat die Bundesagentur für Arbeit für die Förderung im Jahr 2009 1,3 Milliarden Euro ausgegeben, seit Beginn der Altersteilzeit im Jahr 1996 belaufen sich die Kosten insgesamt auf fast 9,9 Milliarden Euro.

Susanne Wanger, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Angst vor Eisenstangen der »Friedensfreunde«

Zu: „Fracksausen in Dresden“ (Nr. 6)

Zwar weiß ich, dass die *PAZ* im Augenblick (wenn schon nicht mit den Wölfen heulen, so doch) beim oben genannten Thema besonders vorsichtig formulieren muss. Dennoch möchte ich als langjähriger Leser und Beobachter der politischen Verhältnisse in der BRD einige Bemerkungen zu(r Wortwahl in) Ihrem Artikel machen.

Einen Zusammenstoß oder Zusammenprall rechter und linker Extremisten hat es am 13. Februar in Dresden kaum gegeben, sofern es der Polizei gelang, die Gutmenschentruppe zu bändigen. Wie mir Teilnehmer des Trauerzugs im Jahr 2009 versicherten, sei von ihnen keinerlei Gewalt ausgegangen. Sie hätten ruhig und wohlgeordnet, friedlich und würdevoll ihren Weg abgeschritten, so dass eine Stimmung von Solidarität und Wehmut aufgekommen sei. Ihretwegen hätte kein einziger Polizist aufgeboten werden müssen, was den zahlreichen Beamten auch völlig klar gewesen sei. Die Patrioten trauern, die Horden der Gutmenschen toben. Darum ist das Wort „Aufmarsch“ ganz unangebracht.

Eigentlich wollte ich am Zug teilnehmen, aber ich fürchte einerseits den Winter auf den Straßen, andererseits bin ich nicht mehr flink genug, um den Pflastersteinen und Eisenstangen der „Friedensfreunde“ auszuweichen. Apropos Pflastersteine: Seinerzeit habe ich bei der Demo der Republikaner in Bonn gegen das Denkmal für Bomber-Harris mitgemacht. Die diversen Gutmenschen bewarfen uns vor den Augen der untätigen Polizei erst mit Flaschen und Gläsern, dann mit Betonpflastersteinen. Wir hatten mehrere Verletzte. Schließlich brachte man uns mit städtischen Bussen aus der Stadt. Die Polizei voran kam dabei mehrmals – rein zufällig – an Ansammlungen von „Demokraten“ vorbei, die uns mit einem Hagel von Flaschen und Dosen eindeckten. In der „Welt“ aber war zu lesen, solche Auseinandersetzungen seien beim Zusammenspiel rechter und linker Extremisten unvermeidbar.

Als Überlebender von zwei Bombenangriffen auf Wuppertal hätte ich auch noch einen besonderen Grund, in Dresden mitzumachen. Im Stadtrat von Wuppertal wurde 2008 über offiziell einzurichtende Gedenktage diskutiert. Zwei republikanische Stadtverordnete – die Republikaner stehen bekanntlich klar innerhalb des Verfassungsbogens – schlugen zusätzlich den 30. Mai und den 25. Juni 1943 vor, die Nächte der Bombenangriffe, in denen das historische Wuppertal ausgelöscht und mehr als 7000 Menschen, fast nur Frauen und Kinder, getötet wurden. Der Antrag wurde von den Altparteien geschlossen und ohne Skrupel niedergestimmt. Bomben- wie Vertreibungsopfer sind also den Herrschenden gleichgültig; vielmehr stören sie den Kult des Allein-Schuld-Komplexes. **Adolf Frerk, Geldern**

Das haben die Esel nicht verdient

Zur *PAZ* und zu Westerwelle:

Seit gut einem Vierteljahr bin ich Abonnent der *PAZ* und freue mich jeden Freitag auf ihr Kommen. Danke für Ihre ehrliche und mutige Berichterstattung.

Westerwelle – und leider kein Ende: Ich muss Ihnen sagen, dass dieser Mann nicht mehr zu ertragen ist. Tollte er als oppositioneller Pausenclown früher durch den Bundestag, so war da wenigstens noch ein gewisser Unterhaltungswert vorhanden. Nun aber im Amt?!

Man kann da nur das bekannte Wort abwandeln und sagen „Wem Gott gibt ein Amt, dem nimmt er den Verstand“. Dies träfe dann leider auch viele tüchtige Leute.

Ich will nun gar nicht aufzählen, was mich an ihm alles entsetzt hat. Die Hetze gegen Steinbach und uns Vertriebene war da der Gipfel. Was er sich zurzeit mit Hartz IV leistet, fügt sich da nur folgerichtig ein. Ich kann es allerdings nicht hinnehmen, wenn Herr Geißler ihn einen Esel nennt. Weiß er nicht, dass diese liebenswürdigen Grautiere über eine erstaunliche Intelligenz verfügen? Auch Eugen Roth charakterisierte sie so: „Den Esel nennt man meist mit Tadel, / doch ist's ein Tier von altem Adel.“ An anderer Stelle: „Und auch das Neue Testament / Uns dreimal einen Esel nennt: / Erst stand er an des Heilands Krippe, / dann half er ihm und seiner Sippe / zur Flucht in das Ägypterland ...“ und so weiter. Meinen Sie, solche, die Geschichte überdauernde Taten brächte dieser Herr fertig? Könnte man sich auf Buridans Esel einigen, wäre es wohl noch akzeptabel. Ich möchte da nicht weiter das Tierreich bemühen, denn da gäbe es eine betreffende Kreatur – optisch dem Dachs ähnlich. Aber wie sagt man: „Seid nett zu den Tieren.“

Hoffen wir, dass Deutschland wieder eine Regierung bekommt, die auch etwas vom Regieren versteht. **Heinz H. Powils, Wolgast**

Zwei Berichte vermisst

Betr.: Trakehner und „Finnentag“

Da ich die *PAZ* seit langer Zeit abonniere, erlaube ich mir, Ihnen folgende Fragen zu stellen:

1) Zwar hat sich in den letzten Jahren Ihre Berichterstattung erfreulicherweise sehr erweitert, doch habe ich nicht herausfinden können, warum Sie keinen Bericht über die Trakehner-Hengstauktion in Neumünster gebracht haben.

2.) Am 27. Februar fand in Hohenlockstedt in Schleswig-Holstein der Finnentag statt. Das ist ein feierliches Gedenken zwischen Finnen und Deutschen an die Befreiung Finnlands von den Russen über zwei Weltkriege hinaus. Maßgeblich war hier das 27. Preußische Jägerbataillon beteiligt.

Die Gemeinde Hohenlockstedt ist federführend für das finnische Museum, das die Geschichte der deutschen Hilfe zur Befreiung Finnlands über zwei Weltkriege hinaus darstellt. Die Gemeinde ist auch auskunftsbereit über den Hintergrund dieser feierlichen Begegnungen.

Erika Hesselbarth, Hamburg

Beim »Zentrum« kein respektables Ergebnis

Zu: „Das ‚Zentrum‘ wird größer“ (Nr. 7)

Täuschungen sind sehr beliebt? Eigentlich wollte ich mich zu diesem Thema nicht mehr zu Wort melden. Aber von der *PAZ* erwarte ich keine „Schönrederei“, hier sollten die Fakten den Ausschlag geben und nicht Begriffe wie „respektabel“, „Zentrum wird größer“, „zufriedenes Gesicht“ oder „sechs statt drei Sitze“ als schönfärbende Beschreibung verwendet werden. Wir als Leser erwarten eine realistische Bewertung.

Wo finden wir ein respektables Ergebnis? Selbst wenn die Ausstellungsfläche zehnmal größer wäre als bisher, ausschlaggebend ist doch immer, was ausgestellt werden darf.

Wenn 21 Stimmen, die über das, was auf der größeren Fläche präsentiert werden „darf“, entscheiden, bleiben die sechs Stimmen, die unsere Interessen vertreten, eine Minderheit. Sogar die Tatsache, dass das Parlament das letzte Wort haben wird, kann wirklich kein zufriedenes Gesicht herbeizaubern. Es ist bekannt: Was die Regierung sagt, beschließt man vorher im Kämmerlein. So wird nichts größer, nichts wird respektabel. Täuschungen sollten in der *PAZ* unterbleiben.

Das Vertriebenen-Zentrum wird sicherlich ein kostenträchtiges Projekt mit schönen Dekorationen. Aber ob das, was unsere Vertriebenen erleben mussten, wirklichkeitsgetreu dargestellt werden darf, was eine Versöhnung erst möglich macht, ist nach den politischen Leitfäden unsicher. Täuschungen sind an der Tagesordnung. Die echten Preußen waren respektabel, das ist jedoch unerwünscht.

Dem BdV fehlt ein preußisches Leitbild, aber das sind wir unseren verstorbenen und noch lebenden Vertriebenen schuldig.

Eine Bitte: Die *PAZ* ist sozusagen ein „Hoffnungsblatt“ zur Aufrechterhaltung von unbeeinflussten Informationen, eine „Meinungsmache“ ist unangebracht. Erhalten Sie bitte diese Grundlage für echte Informationen, nur so wird sich Ihre Arbeit lohnen.

Horst Schmidt, Höhbeck

Mit aller Kraft

Zu: „Merkel – halb entrückt“ (Nr. 8)

Im Aufmacher-Artikel wird übersehen, dass Frau Merkel mit voller Kraft für Arbeitsplätze kämpft. Na ja, nicht für alle, aber für den einen, für den es sich lohnt. Sie dürfen raten.

Dr.-Ing. Karl Reißmann, Mittweida

»Unsere Heimat soll auch Eure sein«

Zu: Bericht unter Ebenrode / Stallupönen (Nr. 3)

Bereits ab Anfang der 90er Jahre wurden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Ebenrode / Stallupönen zu Reisen in die Heimat aufgerufen, meist organisiert von dem in Ostpreußen geborenen Landsmann Paul Heinacher zusammen mit dem Busunternehmen Scheer-Reisen aus Wuppertal. Liebenswürdige Touren waren es im Geiste der Versöhnung und damit für den Frieden in der Welt. Natürlich konnten diese noch nicht in allen Bereichen perfekt sein. Es fehlten hierzu die Erfahrungen im Umgang mit der sich vor Ort neu gebildeten Administration eines ehemaligen Kriegsgegners. Es ist das große Verdienst des ehemaligen Kreisvertreters Paul Heinacher und seiner Vorstandsmitglieder, sich den heutigen russischen Bewohnern Nordostpreußens angenähert und mit ihnen versöhnt zu haben nach der Devise: „Unsere Heimat soll auch Eure sein.“ Insofern standen die jetzt im Bericht aufgezeigten Nebeneffekte damals nicht im Vordergrund. Sie stehen auch heute in der zweiten Reihe.

Mit Scheer-Reisen wurden zwischenzeitlich weitere Ostpreußen-Reisen in die Region durchgeführt, meist verbunden mit Hilfstransporten für die hier lebende russische Bevölkerung. Hierzu gehört das Verständnis für christliche Nächstenliebe und für die Dankbarkeit, die den Spendern eigen ist.

Dr. Rolf Bielecki, Jesteburg

Das tut weh!

Zu: „Erschrocken über Käßmann“ (Nr. 8)

Wie Sie die Knute über Frau Käßmann schwingen, ist erschreckend. Dass Sie den Ausdruck „sturzbesoffen“ benutzen, tut weh, denn so stellt man sich eine Person „auf allen Vieren“ vor.

Hannelore Streich, Hambühren

Beamtenstellen vermehren sich nicht von alleine – es war politisch gewollt

Zu: „Pensionen als Zeitbombe“ (Nr. 6)

Allenthalben wird zurzeit Stimmung gegen die Beamten wegen deren Pensionen gemacht. So ganz ohne eigenen Beitrag wurden diese bisher auch nicht gezahlt, denn im Tätigkeitsvergleich zwischen Beamten und Angestellten des Öffentlichen Dienstes bekommen die Beamten geringere Bruttobezüge und haben und hatten schon immer zusätzlich ihre gesamten Pensionen zu versteuern. Außerdem wird bei dem Vergleich von Pensions- und Rentenhöhen oft „absichtlich“ die nicht gerade geringe Zusatzversorgung der Angestellten vergessen, um so besser gegen die Beamten polemisieren zu können.

Als Frau Simonis die Dienstverhältnisse der beamteten Lehrerschaft Schleswig-Holsteins in Angestelltenverhältnisse überführen wollte und dann von den sofort fälligen horrenden Beitragszahlungen für beide Versicherungsarten sowie der zusätzlichen gesetzlichen Krankenkassen Kenntnis erhielt, hat sie das Projekt sang- und klanglos begraben. Während die Pensionszahlung bei Beamten erst im Augenblick ihres Ruhestandes beginnt, werden Beiträge für die Sozial- und Zusatzversicherung der Angestellten schon sofort ab dem ersten Tag der Arbeitsaufnahme fällig, also schon jahrzehntelang vor Rentenbeginn. Das bei den Beamten so gesparte Geld müsste eigentlich während der ganzen Zeit für die laufenden Pensionszahlungen zur Verfügung stehen oder in einem Pensionsfond angesammelt werden. Außerdem muss für Beamte, die vor dem Ruhestand versterben, bei Ledigen überhaupt keine und bei Verheirateten nur die wesentlich niedrigere Witwenpension gezahlt werden. Stirbt ein vergleichbarer Angestellter vor dem Rentenbezug, gibt es von der BfA weder die vollen noch anteilige Beiträge an die öffentlichen Arbeitgeber zurück.

Bevor man über die hohen Beamtenpensionen klagt, sollte man doch einmal die Gründe dafür untersuchen. Beamte vermehren sich nicht von selbst, sondern durch entsprechende Planungen und Wünsche der Politiker. Man könnte doch mal recherchieren, wie viele Minister und Staatssekretäre die erste Bundesregierung Konrad Adenauers hatte und mit der heutigen Anzahl vergleichen. Damals gab es für jedes Ministerium einen Staatssekretär, heute haben sie teilweise drei bis vier, dann noch zusätzlich zwei parlamentarische Staatssekretäre, und weil diese große Schar einen selbstverständlich herausgehobenen Koordinator benötigt, einen weiteren als Oberstaatssekretär, den man nun „Staatsminister“ nennt. In vielen Ministerien sind jetzt den Staatssekretären nur Abteilungen unterstellt, die früher von geringer besoldeten Ministerialdirektoren geleitet wurden. Und gleichzeitig wurden dann auch noch entsprechende Bundesämter geschaffen, an deren Spitzen dann Präsidenten und Vizepräsidenten thronen. Es würde der *PAZ* angesichts der historischen preußischen Verwaltungstugend der Sparsamkeit zur Ehre gereichen, wenn Sie diese Zahlen recherchieren und veröffentlichen könnten.

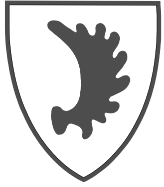
Helmut von Binzer, Hamburg

Respekt!

Zu: „Erschrocken über Käßmann“ (Nr. 8)

Ja, da hat wohl irgendwer „Frau Käßmann offen und eindringlich nahe(gelegt), dass sie sich nun rasch von ihrem hohen Amt zurückziehen muss ...“. Ob das auch „liebevoll“ erfolgte, muss dahingestellt bleiben. Sie tat es und zwar von beiden hohen Ämtern. Daher: Respekt! Denn es bleibt: „Nichts ist gut in Afghanistan!“

Dahingestellt bleiben muss aber, ob Frau Käßmann gelogen hat. Denn sollte sie „nur ein Glas“ getrunken haben, darf die Frage erlaubt sein, was in diesem Glas drin war. **Hans F. Adler, Ludwigshafen**



Das Ostpreußenblatt



Nr. 11 – 20. März 2010

MELDUNGEN

Neue Trasse für Staatsstraße

Sensburg/Lyck – Jede Variante der neuen Trasse der Staatsstraße Nr. 16 von Sensburg nach Lyck durch das Gebiet der Großen Masurischen Seen tangiert wertvolle Biotope. Überall leben dort seltene Pflanzen- und Tierarten, erkannten Umweltschützer, und das Suchen und Untersuchen von immer neuen Bereichen erscheint zwecklos. Der Bau des 100 Kilometer langen Abschnitts von Sensburg über Arys nach Lyck könnte 2013 beginnen und 2015 enden. Die Straßenbauer können noch nicht sagen, wie viel der Bau kosten wird, es hängt davon ab, welche Trasse gewählt wird. In der engeren Wahl stehen zwei Trassen der Nr. 16, eine nahe der jetzigen Straße und eine andere weiter nördlich. Nach Meinung der Straßenbauer erfordert letztere eine Brücke über das Talter Gewässer und einen Pfahldeich über den Spirdingsee bei Eckersberg. Die Straße Nr. 16 wird „Rückgrat von Ermland und Masuren“ genannt. Sie verbindet den westlichen Teil der Region mit dem östlichen. Sie bedarf der Modernisierung, weil sie schmal und krumm ist, allein zwischen Sensburg und Lyck haben die Straßenbauer 350 Kurven gezählt. *PAZ*

Wasserweg »Bernstein-Ring«

Flockau – Auf dem Gut Flockau im Kreis Johannisburg werden Vertreter von vier Staaten über einen internationalen Wasserweg, „Bernstein-Ring“ genannt, verhandeln. Der Weg soll ein von Polen und seinen östlichen Nachbarn gefördertes touristisches Produkt werden. Der „Bernstein-Ring“ ist eine Initiative des Königsberger Gebietes. Er soll als ein gemeinsames Netz von Wasserwegen, hauptsächlich für Kajaks, über Weißrussland, Litauen, das Königsberger Gebiet und das südliche Ostpreußen verlaufen. Die erste Begegnung in dieser Angelegenheit fand im August vergangenen Jahres in Königsberg statt. Bei der zweiten Begegnung in Flockau wollen die Vertreter der vier Staaten die Spezifikationen des Prospektes beschließen. *PAZ*

Internationales Jugendforum

Tilsit – Unter dem Motto „Die Ostseeregion Baltia – unser gemeinsames Haus“ fand ein Internationales Jugendforum statt. Etwa 200 Jugendliche aus den Ostseeanrainerstaaten Russland, Litauen, Lettland, Polen, Deutschland und Dänemark waren nach Insterburg gekommen, um mit Aufsätzen, Gedichten, Fotoarbeiten und Zeichnungen das Leitmotiv des Forums zu thematisieren und Gedanken zu einer Welt ohne Grenzen auszutauschen. Die aus Tilsit angereisten Schüler der Klasse 11 b des Lyzeums Nr. 5 erhielten für ihre Präsentation wertvolle Preise. *H. Dz.*

Ostpreußens »strahlende Zukunft«

Bei Ragnit wurde der Grundstein für ein modernes Kernkraftwerk gelegt – Stromexport in die EU geplant

Mit dem neuen „Kernkraftwerk Kaliningrad“ bei Hohensalzburg, Kreis Ragnit soll nicht nur die Energieversorgung im Königsberger Gebiet langfristig gesichert werden, sondern auch der Stromexport in die Europäische Union zum lukrativen Geschäft werden. Entsprechend pompös wurde die Grundsteinlegung zelebriert.

Tschernobyl ist überall. Zumindest da, wo über Bau, Betrieb oder Abschaltung von Kernkraftwerken gestritten wird. Und vor allem natürlich da, wo es um russische Atommeiler geht. Denn Tschernobyl steht für den bislang größten und folgenschwersten Unfall in der Geschichte der friedlichen Kernenergienutzung, für veraltete Technik, für menschenverachtende Schlamperei.

Nachbarn sind keine langfristigen Kunden

Daran erinnern auch die Gegner des jüngsten russischen Kernkraftprojekts, „AKW Kaliningrad“ im Königsberger Gebiet. Welche Resonanz sie damit bei der einheimischen Bevölkerung finden, ist unklar. Umfragen kommen – je nach Auftraggeber – auf Ablehnungsquoten zwischen 43 und 67 Prozent.

Freilich haben die beiden 1200-Megawatt-Blöcke bei Hohensalzburg im Kreis Ragnit mit dem Katastrophenmeiler von Tschernobyl technisch nichts gemein. Block 4 in der Ukraine war ein sogenannter Siedewasser-Druckröhrenreaktor, wie ihn die Sowjets in den 60er Jahren entwickelt hatten, um die neue Technologie möglich schnell und kostengünstig nutzen zu können. Trotz bauartbedingter Störanfälligkeit wurde auf wesentliche Sicherheitseinrichtungen verzichtet.

Die Blöcke Kaliningrad-1 und Kaliningrad-2 hingegen sind Druckwasserreaktoren modernster Bauart gemäß aktuellem Sicherheitsstandard. Nicht zuletzt soll dafür auch die Beteiligung westlicher Investoren sorgen. Mit bis zu 49 Prozent, so legte Russlands Regierungschef Wladimir Putin in diesen Tagen fest, können Konzerne wie zum Beispiel Siemens in das 4,5 Milliarden Euro teure Projekt einsteigen.



Konstantin Maslikow: Der Generaldirektor der staatlichen Gesellschaft „Rosatom“ versenkt in den Grundstein eine Stahlkapsel mit einer Botschaft an zukünftige Generationen. Bild: „Königsberger Express“

Für den strukturschwachen Nordwesten des Königsberger Gebiets könnte das Kernkraftwerk, dessen Blöcke 2016 beziehungsweise 2018 ans Netz gehen sollen, einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung bedeuten. Langfristig ist mit 2500 hochqualifizierten Arbeitsplätzen zu rechnen, während der Bauphase werden sogar bis zu 10000 Arbeitskräfte benötigt. Die „Atomschiki“, die in Russland traditionell zu den Besserverdienenden zählen, werden Kaufkraft in die Region bringen. Ferner rechnet Gouverneur Georgi Boos mit spürbar höheren Steuereinnahmen sowie mit beträchtlichen Gewinnen aus dem Export von Elektrizität.

Das AKW wird nämlich weitaus mehr Strom produzieren, als in der Region verbraucht wird: jährlich über 17 Milliarden Kilowattstunden. Der für Ende des Jahrzehnts hochgerechnete Bedarf im Königsberger Gebiet wird allenfalls ein Drittel davon ausmachen.

Auch der nördliche Nachbar Litauen dürfte lediglich für eine kurze Übergangsphase an ostpreußischem Strom interessiert sein. Hier wurde Ende 2009 das Kernkraftwerk Ignalina 2 abgeschaltet, ein letztes Relikt der Tschernobyl-Katastrophentechnik. Ein an gleicher Stelle geplantes neues, modernes AKW geht aber nach 2020 in Betrieb.

Da Polen sich auf keinen Fall von russischen Energielieferungen abhängig machen will, soll das ostpreußische Atomkraftwerk seinen Strom längerfristig wohl vor allem in die Bundesrepublik Deutschland exportieren. Gedacht wird unter anderem an eine Unterwasser-Hochspannungsleitung quer durch die Ostsee.

Hans-Jürgen Mahlitz

Krusenstern trifft Olympia

Das russische Segelschulschiff stattete Vancouver während der Winterspiele einen Besuch ab

Auf der zweiten Etappe seiner Transatlantik-Expedition nahm das Segelschulschiff „Krusenstern“ an der Olympiade in Vancouver teil. Während der ersten Etappe, die vom 19. April bis zum 4. September 2009 dauerte, legte das Schiff über 13000 Seemeilen zurück und machte in zwölf Häfen in Europa, den USA und Kanada fest.

Auf seinem Weg Richtung Kanada besuchte der Segler Spanien, Belgien, Panama, Venezuela und weitere Länder. Neben der Mannschaft befanden sich auch 120 Offiziersschüler an Bord. Während der sechsmonatigen Reise, genau so lange dauert die zweite Etappe, erfahren sie neben theoretischen Kenntnissen auch in praktischen Übungen, was den Seemannsberuf ausmacht.

Die Überfahrt von Königsberg nach Vancouver verlief planmäßig. Das Segelschiff passierte die Kanarischen Inseln und nahm über den Atlantik Kurs auf Kanada, zum Teil fuhr es dabei unter Segeln, teils wurde es mit Maschinen betrieben. Weiter ging es durch den Panamakanal auf den Stillen Ozean Richtung Vancouver.

Eigentlich sollte die „Krusenstern“ schon im September vergangenen Jahres zur zweiten Etappe ihrer Transatlantik-Expedition aufbrechen. Doch dringende Reparaturarbeiten an den Segeln, die während der ersten Etappe der Atlantiküberquerung beschädigt worden waren, hielten das Schiff auf.

Zur Eröffnung der Olympischen Spiele in Vancouver traf das Schiff dennoch pünktlich ein. Nach den Plänen der Organisatoren sollte die „Krusenstern“ mit Veranstaltungen an Bord im Rahmen des Olympiaprogramms des „Russischen Hauses“ eine der Attraktionen während der Olympiade sein. Am ersten Tag der Spiele war das Schiff von 10 bis 16 Uhr für Besucher geöffnet.

Der Segler war Star des russischen Olympia-Programms

Vor der Gangway bildete sich eine lange Schlange, in der auch russische Sprachfetzen zu hören waren. Die russischen Gäste sowie Russen, die nach Kanada ausgewandert sind, zeigten genauso viel Interesse an der „Krusenstern“ wie die anderen Besucher. Die Offiziersschüler erzählten den Gästen von ihrer Transatlantik-Expedition, von ihren Übungen und von der interessanten Geschichte des Segelschiffs. Diese begann vor über 80 Jahren am 24. Juni 1926 auf der Werft „Johann Tecklenburg“ in Geestemünde. An diesem Tag wurde die Viermastbark „Padua“ zu Wasser gelassen. Das Schiff war für die deutschen Marineschulen gebaut worden. Ende Mai 1945 wurde das Schiff nach Hamburg überführt. Nach Kriegsende ging das Schiff am 12. Januar 1946, beladen mit Inventar und Proviant, in den Besitz der Sowjetunion über. Von 1968 bis 1971 wurde das Schiff vollständig neu ausgerüstet und dient seitdem als Segelschulschiff.

Zwei Tage nach Beginn der Olympischen Spiele, am 14. Februar, flogen die jüngsten Praktikanten, die Schiffsjungen der Marine-Jugend-Liga, wieder nach Hause. Die feierliche Verabschiedung der Schiffsjungen erfolgte im „Russischen Haus“. Sie waren bevorzugt eingelassen worden, denn sonst hätten sie mindestens anderthalb Stunden warten müssen, denn eine große Menge drängte in dieses ungewöhnliche Bauwerk hinein. Viele Kanadier ließen sich davor zur Erinnerung mit Offiziersschülern fotografieren.

Das Schiff übernahm nach den Spielen die Olympiaflagge

Am letzten Tag der Olympischen Winterspiele hatten die Kadetten der Baltischen Akademie der Fischfangflotte Gelegenheit, an einer exklusiven Feier der Spiele teilzunehmen: Unmittelbar nach dem offiziellen Schluss der Spiele überreichten die russischen Olympioniken ihnen auf der Bühne des „Russischen Hauses“ die offizielle Flagge der Winterspiele. Diese trat dann ihre ungewöhnliche Reise nach Sotschi, dem Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2014, zunächst an Bord der „Krusenstern“ an. Das Schiff verfolgte dann seine weitere Route der Transatlantik-Expedition und brachte dabei die ungewöhnliche Fracht erst in die mexikanische Stadt Acapulco, von wo sie auf dem Landweg nach Mexiko-Stadt gebracht wurde. Von dort wird die Flagge per Flugzeug nach Sotschi überführt. Es ist nicht auszuschließen, dass die „Krusenstern“ nach dieser beeindruckenden Teilnahme an den Olympischen Winterspielen auch 2014 in Sotschi zum Einsatz kommen wird. *Jurij Tschernyschew*

Amtsenthebung (?)

Ärzte fragten nach Zustand von Klaus

Humorlos und unsouverän reagierte das tschechische Präsidentenbüro auf einen Schelmenstreich Jan Hnizdils. Den tschechischen Arzt und Publizisten lässt Vaclav Klaus' umstrittene Politik beispielsweise gegenüber der EU auf „eine ernsthafte Persönlichkeitsstörung“ seines Präsidenten schließen. Er wandte sich deshalb an die tschechische Ärztekammer mit der Anfrage, wie man „einen hochgestellten Manager“ zur Therapie bewegen könne, der „ernsthaft krank sei und sich selbst sowie seiner Umgebung schadet“, auch wenn der Betreffende nicht bei einem selber in Behandlung sei. Er fragte nach, ob er als Arzt irgendwie intervenieren könne, ob er bei irgendeinem Gericht die Zwangseinweisung in eine Heilanstalt beantragen könne und wie ein solcher Antrag formuliert werden müsse. Die Juristen der Ärztekammer antworteten und gemäß ihren Ratschlägen begann Hnizdil seine Bemühungen um des Staatspräsidenten Aberkennung der Befähigung zur Ausübung seines Amtes zu konkretisieren.

Schließlich wurde das Büro des Präsidenten aktiv. Der Präsidentensekretär Ladislav Jakl klinkte sich in die eigentlich private Korrespondenz Hnizdils mit anderen oppositionellen Ärzten ein, indem er per E-Mail wissen ließ, dass man Hnizdils „albernen Aktivismus voll unter Kontrolle“ habe. Jakl bestritt das Vorhandensein dieser Mail zwar später, aber Hnizdils Kollege Martin Jan Stransky konnte dieses Dementi als Unwahrheit entlarven. All dieses sage einiges aus über die Verhältnisse, in denen man lebe, kommentierte Hnizdil den Vorgang. *PAZ*

Präsidentenkanzlei nahm die Sache ernst

Jubiläumsfeier in Oppeln

Die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen feiert ihr 20-jähriges Bestehen

Mit einem ganzjährigen großen Festprogramm feiert die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD) dieses Jahr ihr Gründungsjubiläum.

Den Anfang der Feierlichkeiten machte ein Tag der offenen Tür genau zwei Jahrzehnte nach der offiziellen Registrierung der Gesellschaft. Auf die Mitarbeiter und Gäste wartete neben einer Geburtstagstorte auch eine Pressekonferenz, an der neben dem SKGD-Vorsitzenden Norbert Rasch auch der Oppelner Vizemarschall Jozef Kotys teilnahm. Auf dieser Konferenz wurde eine zweisprachige Jubiläumsschrift mit dem Titel „20 Jahre der SKGD im Oppelner Schlesien“ vorgestellt. Der von Zuzanna Donath-Kasiura und Rudolf Urban redigierte Sammelband enthält Beiträge von Angehörigen der Minderheit, aber auch anderer Autoren über die Tätigkeit des Jubilars in den zwei Jahrzehnten seiner Existenz, seine Entstehungsgeschichte, wichtige Ereignisse aus der Geschichte der deutschen Volksgruppe und Perspektiven für die Zukunft. Leider ist das Werk nicht im Buchhandel erhältlich. „Wer das Buch gerne lesen möchte, muss sich an das SKGD-Büro (Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien, ul. M. Konopnickiej 6, 45-004 Opole, Telefon/Fax 48774021070, E-Mail: tskn@tskn.vdg.pl) wenden, denn auf eine andere Weise wird es nicht vertrieben“, gab Frau Donath-Kasiura bekannt.

Zwölf Tage später wurden die Feierlichkeiten mit einer Heiligen Messe in der Oppelner Kathedrale und anschließend in der Philharmonie fortgesetzt. In seiner Eröffnungsansprache betonte Rasch die besondere Wichtigkeit des Nachwuchses für alle Organisationsstrukturen der deutschen Volksgruppe: „Die Jugend muss fließend in die SKGD eingehen.“ In diesem Zusammenhang verwies er insbesondere auf die Unterrichtung und Förderung der deutschen Muttersprache und zeigte sich dabei besorgt, dass diesbezügliche Bestimmungen der Oppelner Kirchensynode nicht in allen Pfarrgemeinden respektiert würden: „Es ist bedauerlich, dass wir ausgerechnet von der Kirche so wenig Unterstützung erhalten.“ Trotz derlei Hindernissen bekannte sich der SKGD-Vorsitzende zu seinem Traum von einem zweisprachigen Oberschlesien.

Das Programm reicht von Februar bis November

Weitere Redner an diesem Tag waren der frühere Vorsitzende der SKGD Oppeln Henryk Kroll, der deutsche Generalkonsul, Bernhard Brasack, der Oppelner Woiwode, Ryszard Wilczynski, der Leiter der Abteilung Nationale und Ethnische Minderheiten im Ministerium für Inneres und Verwaltung, Dobieslaw Rzemieniewski, und der Vorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG), Bernard Gaida.

Im Juni geht das Festprogramm mit einer Podiumsdiskussion über die Rolle der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien und deren Einfluss auf die Entwicklung der Woiwodschaft weiter. Im August erwartet die Oppelner eine Ausstellung, welche die letzten zwei Jahrzehnte der Gesellschaft dokumentieren wird. Im November finden dann die Jubiläumsfeierlichkeiten mit den Deutschen Kulturtagen ihr Ende. *M.R.*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das hätte sich die Königsberger Schulleiterin **Emma Rauschning** wohl nicht träumen lassen, dass nach fast 100 Jahren ihr Bild in einer Zeitung erscheint, auch wenn diese *Ostpreußenblatt* heißt. Und ich hätte auch nicht geglaubt, dass noch ein Foto von dieser für die damaligen Zeit sehr fortschrittlichen Pädagogin existiert, aber das hat uns nun Frau **Helga Schaefer** aus Starnberg zugesandt. Es sind sogar zwei Bilder, die das markante Gesicht zeigen, das viel von der Energie dieser Königsbergerin verrät. Und die war schon nötig, wenn man 1914 als Frau die Leitung einer Privatschule mit angeschlossenem Lehrerinnenseminar übernahm und diese zehn Jahre lang durch Kriegswirren und Inflationszeit führte. Frau Schäfer war auf den Namen Rauschning durch die Erinnerungen unserer Leserin **Renate Block** gestoßen, deren Mutter das Lyzeum besucht hatte. Aber eigentlich war es der Name Piefke gewesen – so hieß der Hund von Emma Rauschning, an den sich Frau Block besonders erinnerte und der nun Frau Schäfer veranlasste, in den alten Fotos ihres verstorbenen Mannes zu suchen und fündig zu werden. Denn ihr Mann war ein Neffe von Emma Rauschning und hatte die Erinnerungen an seine Tante bewahrt. Auch in seinen Erzählungen über diese ungewöhnliche Frau, die an der Mädchenschule schon früh Turnunterricht im „Sportdress“ eingeführt hatte. Sie selber muss auch im späteren Alter noch recht sportlich gewesen sein, denn das eine Foto zeigt sie im Jahre 1931 mit ihrer Schwester auf einer Bergwanderung – und ihr Hund Piefke ist dabei! Aber nicht dieses Foto wollten wir bringen, sondern die Aufnahme des Lehrkörpers der Schule, die nach ihrer Gründerin und Vorgängerin von Emma Rauschning „Maria-Krause-Lyzeum“ oder auch „Krausesche Schule“ genannt wurde. Es dürfte manche ältere Leserinnen an ihre frühe Schulzeit erinnern, als die unverheirateten Lehrerinnen noch mit „Fräulein“ angeredet wurden und sehr respektheischend wirkten – und es auch waren. Auf Wunsch von Frau Schäfer, die keine Ostpreußin ist, aber soviel Erinnerungswertes aus der Heimat ihres Mannes vermitteln kann, übersende ich die Aufnahmen Frau Renate Block. Sie dürfte sich sehr darüber freuen, bekommen ihre Kindheitserinnerungen an Königsberg und besonders an Emma Rauschning nun eine bildliche Bestätigung. Und das vor allem durch den Hund Piefke, dessen Namen die kleine Renate auf die Lehrerin übertrug, wie sie uns schrieb. Dass der Name für diese Promenadenmischung zutreffend ist, kann man aus dem Foto ersehen.



Geburtstagsfeier von Bertha Rauschning (rechts vom vorderen Blumenstrauß) in Königsberg: Links vom Geburtstagskind sitzt ihre Tochter Emma Rauschning. Bild: privat

Alte Fotos können schon Schätze sein, jedenfalls sind sie es für Frau **Sigrid Harrer** aus Monheim. Sie besitzt noch Aufnahmen von der Villa Erika I im Ostseebad Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die ihrer Mutter **Ursula Haddenhorst** gehörte. In diesem Haus am Hang verlebte Frau Harrer einen Teil ihrer Kindheit, der für sie unvergessen blieb. Deshalb haben die alten Aufnahmen für sie großen Wert, denn sie möchte das Haus oder die Stelle wieder finden, an der es gestanden hat. Frau Harrer war bereits vor einigen Jahren in Kahlberg und musste sehr enttäuscht wieder nach Hause fahren, sie konnte sich einfach nicht orientieren. Deshalb bittet sie unsere Leser und Leserinnen, ihr zu helfen, denn sie möchte noch einmal nach Kahlberg fahren und dann bewusst den Spuren ihrer Kindheit nachgehen. Ihre Mutter war mit der kleinen Sigrid und ihrem Bruder 1941 von Berlin nach Kahlberg gezogen. Der Vater Dr. **Wilhelm** Haddenhorst, war als Stabsarzt an der Front und wiegte seine Familie auf der Frischen Nehrung in Sicherheit. Laut Grundbucheintragung erwarb Ursula Haddenhorst im Juni 1943 das Grundstück im Nehrunger Forst von Bäckermeister **Helmut Friesen** aus Altfelde. Das Haus lag in der Wochenendhaussiedlung, eine kleine Villa mit Blick auf das Frische Haff, zu dem ein Weg unterhalb des Hangs führte. Frau Harrer erinnert sich, dass man vom hinteren Teil aus den Wald und die Ostsee sehen konnte. Die Mutter war mit einer Kahlberger Lehrerin mit Vornamen **Barbara** befreundet. Auch zu der Familie **Lucke**, die in einer großen Villa in dem bekannten Seebad wohnte, bestand eine freundschaftliche Beziehung. Der Vater war bei der Marine, die Mutter wohnte mit ihren sechs Kindern bis zur gemeinsamen Flucht mit Frau Haddenhorst in Kahlberg. Beide Mütter wurden mit ihren Kindern Ende Januar 1945 mit Fischerbooten über die See zu einem Transportschiff gebracht. Die Flüchtlinge landeten in Selmsdorf, Mecklenburg. Soweit die Angaben von Frau Harrer, die nun hofft, dass sich Leser melden, die ihr helfen können, das Grundstück wieder zu finden. Vielleicht gibt es noch einen Lageplan von Kahlberg mit der Wochenendsiedlung Nehringer Forst, auch ehemalige Nachbarn und Besucher des heutigen Seebades mit Ortskenntnissen könnten Angaben machen, nach denen Frau Harrer sich beim nächsten Besuch orientieren kann. Und ganz besonders würde sie sich freuen, wenn sich ehemalige Bewohner des schönen Seebades, die Frau Haddenhorst kannten oder vielleicht mit ihren Kindern gespielt hatten, bei ihr melden würden. (Sigrid Harrer, Innsbrukker Straße 21 in 40789 Monheim am Rhein, Telefon 02173 / 52462, E-Mail: sigrid.harrer@web.de)

Um Fotos geht es auch Herrn **Rolf W. Krause** aus Velbert, die er allerdings nicht besitzt, sondern sucht und mithilfe unserer Ostpreußischen Familie finden will. Ermutigt dazu hat ihn der Erfolg seiner Suche nach einem Foto des ostpreußischen Schriftstellers **Max Bialuch**, die wir im vergangenen November starteten. Zuerst meldete sich ein Patenkind des masurischen Heimatschriftstellers, Frau **Gerda Gätjens** aus Travemünde, die ihm ein schönes Familienfoto von Max Bialluch mit Frau und Sohn übersandte und Herrn Krause die Anschrift des in Essen lebenden Sohnes von Max Bialluch mitteilte. „Wunderbar für meinen nächsten Sensburger Heimatbrief!“, freut sich Herr Krause. Und für dessen Gestaltung benötigt er Fotos, die sich auf die Volksabstimmung am 11. Juli 1920 beziehen. Nach dem erfolgreichen Verlauf wurde auch in Sensburg ein Abstimmungsstein aufgestellt. Er stand vor dem Landratsamt und trug auf der Vorderseite die Inschrift „Deutscher Sieg 11. Juli 1920“, auf der rechten Seite „Furchtlos und frei“. Es fehlen Fotos oder Postkarten mit den Ansichten der beiden anderen Seiten des Gedenksteines. Außerdem benötigt Herr Krause Postkarten vom Abstimmungsdenkmal in Allenstein. (Rolf W. Krause, Nierenhof, Alte Poststraße 12 in 42555 Velbert, Telefon 02052 / 1309.)

Der Suchwunsch, den unser Landsmann **Hellmut Jucknat** aus Kiel an unsere Ostpreußische Familie stellt, enthält eigentlich nur eine kurze Frage, aber um diese unseren Lesern zu erklären, bedarf es doch einer eingehenden Beschäftigung mit seinem Begleitschreiben. Der für die Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt und Land sehr engagiert tätige Ostpreuße beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit der Dokumentation des Landgestüts Georgenburg in Vergangenheit und Gegenwart, und das hat seinen Grund: Sein Vater **Hermann** Jucknat vertrat auf dem Gut Baubeln bei Pogegen bis 1944 als Deckstellenleiter die Georgenburger Farben. Seinen letzten Bericht über die Trakehner schrieb er zu der Ausstellung „Fremdes Zuhause“, die noch bis Dezember im Freilichtmuseum Molfsee bei Kiel zu sehen ist. Dieser Bericht „Von Georgenburg nach Schleswig-Holstein“ soll nun noch ergänzt werden. „Meine Vorstellung, die Tätigkeit des Georgenburger Landgestüts einmal im ganzen nordöstlichen Beritt darzustellen, scheiterte an Informationen über die Deckstationen in den elf Kreisen“, schreibt Herr Jucknat, der sich um die von dem letzten Georgenburger Landstallmeister Dr. **Martin Heling** geretteten Unterlagen bemüht. Er erwartet auch Unterlagen vom Deutschen Pferdemuseum in Verden. Sein erweiterter Bericht über die Georgenburger Deckstationen im nordöstlichen Ostpreußen beginnt mit einer Darstellung der Deckstellen im Memelland, streift dann die Kreise Tilsit-Ragnit, Insterburg, Angerapp, Gumbinnen und Goldap, endet wegen der Verbindung zur Familie von Simpson – von 1828 bis 1899 Herren auf Georgenburg – im Kreis Treuburg. Nun bittet Herr Jucknat unsere Leser, die auf den Gutsbetrieben tätig waren, die zu den Georgenburger Deckstationen gehörten oder Unterlagen über diese besitzen, sich bei ihm zu melden, damit sein Bericht möglichst lückenlos ergänzt werden kann. (Hellmut Jucknat, Sylter Bogen 52 in 24107 Kiel, Telefon 0431 / 311972.)

Wir haben schon öfters über die aus Königsberg stammende Lehrerfamilie **Hinz** berichtet, die sich mit Sprecherziehung und Sprachheilkunde beschäftigt. Besonders **Margund** Hinz, die als Sprachheilautorin in ihrem Buch „Die Geschichte des Sprachheilwesens in Ostpreußen“ die vorbildliche Arbeit auf diesem Gebiet in Ostpreußen dokumentiert. In diesem Jahr erscheint im Jahrbuch „Preußenland Nr. 1“ der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung ihr Beitrag „Kleinkinderschulen in Preußen insbesondere in Königsberg von 1834 bis 1900“. Dieses Thema behandelt sie auch in Vorträgen. Da die Sprachheilpädagogin weiter ihren Schwerpunkt in die Schulgeschichte Ostpreußens setzen will, waren die alten Jahrgänge des *Ostpreußenblattes*, die von der Stadtgemeinschaft Allenstein über unsere Ostpreußische Familie angeboten wurden, für sie sehr wichtig, sie meldete sich sofort und bekam sie auch. Nach der Abholung musste sie leider feststellen, dass die Jahrgänge doch nicht vollzählig waren. Da aber eine komplette Sammlung für ihre Forschung von großem Wert ist, sucht nun ihr Bruder **Ditmar** Hinz nach den noch fehlenden Jahrgängen. Es handelt sich um die möglichst gebundenen Jahrgänge 1950–1972/1974/1979–1986/2006–2009. Wir konnten ihm leider nicht helfen, aber sicherlich kann es unsere Familie. Wer diese Jahrgänge besitzt und sie abgeben will, melde sich bitte bei der Familie Hinz in Berlin. Die Tätigkeit der jungen Sprachheilforscherin auf dem Gebiet der in Ostpreußen schon früh und intensiv auf diesem Gebiet geleisteten Arbeiten ist von großem dokumentarischen Wert. (Ditmar Hinz, Charlottenbrunner Straße 8 in 14193 Berlin.)



Ruth Geede Foto: Pawlik

Es hat erfreuliche Reaktionen zu verschiedenen Fragekomplexen gegeben, manchmal nur vage Hinweise, andere schon konkreter, aber sie können bei der Lösung der Fragen doch erheblich weiterhelfen. So übersandte Herr Dipl. Ing. **Johannes Meyer** aus Castrop-Rauxel unserem Leser **Jürgen Druske** einige sehr interessante Informationen zu dem Gruppenfoto vom „Vereinsfest Tilsit 1931“, das wir in Folge 7 veröffentlichten. Es handelte sich um das Treffen einer freikirchlichen Gemeinde, und hierzu konnte Herr Meyer einige Erklärungen geben. Die Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden hatten 1931 die Bezeichnung „Baptistengemeinden“. Sie waren in einem Bund zusammengeschlossen, der sich in so genannte „Vereinigungen“ – heute „Landesverbände“ – gliederte. 1931 wurden in Ostpreußen 14 753 Mitglieder gezählt. In Tilsit befanden sich zwei Gemeinden mit insgesamt 588 Mitgliedern. Herr Meyer fertigte für Herrn Druske einen Stadtplanauszug an, aus dem die Lage der zu den Gruppen gehörenden oder von ihnen benutzten Gebäude ersichtlich ist. Er schreibt: „Im Vordergrund des Bildes ist auf einer Tafel die Inschrift ‚Vereinsfest Tilsit 1931‘ zu erkennen. Dies weist vermutlich auf eine Vereinskonferenz hin, die jährlich mehrtägig immer an anderen Gemeindeorten stattfand, 1932 in Königsberg-Klapperwiese.“ Über die Konferenz 1931 besitzt Herr Meyer keine Unterlagen, gibt aber den Hinweis auf das Oncken-Archiv in Wustermark, das nähere Angaben machen könnte. Inzwischen wird sich Herr Druske wohl weiter bemüht haben und der Lösung näher gekommen sein. Herrn Meyer danke ich sehr herzlich für diese Informationen, die auch andere Leser interessieren dürften.

Eure

Ruthe Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 100. GEBURTSTAG

Beckmann, Magdalene, geb. **Rüggemeier**, aus Ebenrode, jetzt Am Hollensiek 17, 32312 Lübbecke, am 25. März

Kattenberg, Minna, geb. **Riechert**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Stettiner Straße 6, 59558 Lippstadt, am 24. März

Wendland, Frieda, geb. **Nicolaus**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, jetzt Johanniter Stift, Herforter Straße 16 B, 45892 Gelsenkirchen, am 14. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Belusa, Maria, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Lohkoppelstraße 32b, 22083 Hamburg, am 26. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bach, Brunhilde, geb. **Schramm**, aus Wehlau, Gartenstraße, jetzt Langenfort, 22307 Hamburg, am 25. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

Godau, Lisbeth, geb. **Bublies**, aus Tapiau, Kolonie, Kreis Wehlau, und Neudamm, Kreis Samland, jetzt Steller Straße 55, 28259 Bremen, am 25. März

Restle, Margarete, geb. **Tutat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bachmatte 40, 77887 Sasbachwalden, am 26. März

Schabwat, Minna, geb. **Peim**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, jetzt Hafenstraße 45, 25709 Marne, am 23. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kornatzki, Frieda, geb. **Nowosatko**, aus Langensee, Kreis Lyck, jetzt Holzgasse 5, 96247 Michelau, am 28. März

Kröhnert, Bruno, aus Neusorge Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Waisenhausstraße 6, 58644 Iserlohn, am 27. März

Kurschat, Erwin, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, jetzt Hoffeldstraße 215, 70597 Stuttgart, am 23. März

Nienburg, Willi, aus Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt Brandenburger Weg 2, 42555 Velbert, am 23. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lindner, Anna, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Mergelteichstraße 31, 44225 Dortmund, am 22. März

Locke, Gustav, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Museum 5, 47506 Neukirchen, am 4. März

Risch, Herta, geb. **Ruddakies**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 30, 07751 Großlöbichau, am 28. März

Schulz, Lieselotte, geb. **Greszyk**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Grenzstraße 41a, 52134 Herzogenrath, am 28. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hofmeister, Marianne, geb. **Posdziech**, aus Neidenburg, jetzt Arlberger Straße 32, 47249 Duisburg, am 22. März

Neumann, Minna, geb. **Kreutzer**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rosenwinkel 4, 29643 Neuenkirchen, am 25. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bieber, Minna, geb. **Mein**, aus Roßlinde, Kreis Gumbinnen, jetzt Kammerweg 24, 23683 Scharbeutz, am 19. März

Hermenau, Käthe, geb. **Schwellnus**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Hessenring 25, 63071 Offenbach, am 25. März

Karasch, Frieda, geb. **Karpinski**, verw. **Nowitzki**, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Luisenstraße 2, 32312 Lübbecke, am 22. März

Roski, Hedwig, geb. **Brieskorn**, aus Rößel, und Braunsberg, jetzt Haus am Mühlenteich, Dr.-Julius-Stinde-Straße 11, 23738 Lensahn, am 23. März

Staufenbiel, Herta, geb. **Knorr**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Am Vogelsang 14, 42929 Wermelskirchen, am 26. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Brozio, Elfriede, geb. **Mathiszik**, aus Walden, Kreis Lyck, jetzt Königsbergweg 10b, 56856 Zell, am 24. März

Müller, Marie, geb. **Gritzka**, aus Masuren, Kreis Treuburg, jetzt Südekumzeile 7, 13591 Berlin, am 22. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bohne, Erika, geb. **Runde**, aus Neidenburg, jetzt Stiftsstraße 12, Seniorenwohnheim, 90522 Oberasbach, am 28. März

Ewert, Olga, geb. **Remse**, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Indepromenade 20, 52249 Eschweiler, am 17. März

Ullbrich, Helene, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Gabelsberger Straße 31, 94315 Straubing, am 28. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Aschendorf, Erich, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Sudetenlandstraße 14c, 24537 Neumünster, 24. März

Bartoschewitz, Kurt, aus Lyck, Blücherstraße 5, jetzt Weiland 37, 38518 Gifhorn, am 22. März

Gawlick, Heinz, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelmstraße 13, 23769 Burg, am 28. März

Hirschwitz, Robert, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Biegenstraße 51, 37235 Hessisch-Lichtenau, am 26. März

Kalthammer, Marie, geb. **Przygodda**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Neustadt 21, 38729 Hahausen/Harz, am 24. März

Klein, Luise, geb. **Kurapkat**, aus Einental, Kreis Ebenrode, jetzt Westenweg 3, 25704 Meldorf, am 23. März

Konietzke, Ursula, geb. **Schultz**, aus Lyck, Prostker Vorstadt, jetzt Maxburgring 6, 76887 Bad Bergzabern, am 23. März

Marquardt, Anna, geb. **Schulz**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Am Mühlenkamp 6, 21397 Barendorf, am 25. März

Petschull, Charlotte, geb. **Sahm**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, jetzt Neißestraße 9, 44287 Dortmund, am 23. März

Rudorf, Elfriede, geb. **Bohl**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mozartweg 40, 59505 Bad Sassendorf, am 24. März

Schall, Erna, geb. **Bednarzik**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Brückstraße 87b, 41812 Erkelenz, am 23. März

Schweda, Wilhelm, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Käthe-Kollwitz-Straße 6, 04416 Markkleeberg, am 23. März

Skillendat, Franz, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, jetzt 24893 Taarstedt, am 27. März

Thamm, Gertrud, geb. **Maak**, aus Schönwiese, Kreis Preußisch Eylau, jetzt Residenz Ambiente, Wilhelm-von-Euch-Straße 2, 49090 Osnabrück, am 27. März

Tulowitzki, Herta, aus Eichenau, Kreis Neidenburg, jetzt Ziegeleistraße 9, 31275 Lehrte, am 27. März

Venohr, Rita, geb. **Boguschewski**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Leinewebenstraße 1a, 65191 Wiesbaden, am 24. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartels, Ida, geb. **Janetzko**, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, jetzt Lessingstraße 6, 75365 Calw-Altburg, am 26. März

Baum, Christel, geb. **Pfeiffenberger**, aus Königsberg und Labiau, jetzt Im Günzinger 1, 78476 Allenbach, am 12. März

Bessem, Georg, aus Heiligenbeil, Alfarth-Weg 5, jetzt Altkünkendorfer Straße 3, 16278 Angermünde, am 27. März

Fischer, Sabine, geb. **Schmidt**, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt In der Hörn 36, 21035 Hamburg, am 25. März

Freimann, Edith, geb. **Salinski**, aus Magdalenz, Winsken, Kreis Neidenburg, jetzt Cloppenburger Straße 214, 26133 Oldenburg, am 26. März

Galilea, Werner, aus Treuburg, jetzt Am Schwalbenberg 38, 40627 Düsseldorf, am 27. März

Geniffke, Irma, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Segeberger Straße 18, 23812 Wahlstedt, am 25. März

Kamin, Frieda, geb. **Gawehn**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hedwigstraße 15, 27751 Delmenhorst, am 22. März

Knischewski, Ernst, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Oberbinge 29, 34130 Kassel, am 26. März

König, Hildegard, geb. **Kaupat**, aus Schneckenmoor, Gutsbezirk Schneckenforst, Kreis Elchniederung, jetzt Denickestraße 98d, 21075 Hamburg, am 23. März

Kruppa, Alfred, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Mellande 17, 22393 Hamburg, am 22. März

Lange, Hans-Ulrich, aus Lüdkenfürst, jetzt Volksdorf-Ellert, 24321 Kamp, am 25. März

Lawes, Anneliese, geb. **Grunau**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Hemscherode 15, 37581 Bad Gandersheim, am 22. März

Leupold, Hildegard, geb. **Rogowski**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, jetzt Lodaweg 17, 95028 Hof, am 28. März

Liedloff, Eva, geb. **Ketterkat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Berliner Platz 3, 26384 Wilhelmshaven, am 22. März

Mohrdieck, Gerda, geb. **Lopian**, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Waldstraße 143, 25712 Burg, am 22. März

Naujok, Erna, geb. **Quednau**, aus Biothen, Kreis Wehlau, jetzt Burgweg 25, 66871 Albessen, am 22. März

Oertwig, Rosemarie, geb. **Titius**, aus Wehlau, jetzt Hedwig-Heyl-Straße 3, 28213 Bremen, am 24. März

Olschewski, Ernst, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Goethestraße 3, 30926 Seelze, am 23. März

Pallasch, Walter, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Talstraße 40, 73054 Eislingen, am 22. März

Pinno, Lina, geb. **Pinno**, aus Friedrichsthal, Kreis Wehlau, jetzt Korachstraße 46, 21031 Hamburg, am 23. März

Rehra, Walter, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Kleine Heide 8, 31226 Peine, am 28. März

Rostek, Edeltraud, geb. **Smorra**, aus Treuburg, jetzt Spiegelgraben 26, 96052 Bamberg, am 25. März

Salewski, Hildegard, geb. **Seeck**, aus Königsberg, Altroßgarten, Kirchenstraße 12, jetzt Falkenstraße 11, 28195 Bremen, am 26. März

Schwager, Johanna, geb. **Quittkat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Am tiefen Stein 22, 91315 Höchstadt, am 28. März

Sender, Erna, geb. **Jobs**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Wiesengrund 4, 25485 Hemdingen, am 27. März

Skusa, Meta, aus Neidenburg, jetzt Palmstraße 12, 42853 Remscheid, am 22. März

Staffelt, Helene, geb. **Roy**, aus Tannau, Kreis Treuburg, jetzt Kapellenstraße 2, 74706 Osterburken, am 24. März

Szubries, Horst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Südstraße 10, 26736 Krummhörn, am 23. März

Trittschak, Gerda, aus Momehnen, Kreis Gerdauen, jetzt Dr. Harneer-Straße 2, 31812 Bad Pyrmont, am 26. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alex, Gerda, geb. **Engelke**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Barneberger Straße 12, 39393 Hötensleben, am 22. März

Bahr, Günter, aus Ludwigsort, Kreis Heiligenbeil, jetzt Marienbachstraße 1, 56470 Bad Marienberg, am 26. März

Baran, Willi, aus Großalbrechtsort-Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Meiendorferstraße 55b, 22145 Hamburg, am 26. März

Baxmann, Lieselotte, geb. **Nowotsch**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, jetzt Lindenstraße 116, 21776 Wanna, am 22. März

Becker, Eva, geb. **Paschkewitz**, aus Ebenrode, jetzt Heinrich-Mann-Ring 3, 07973 Greiz, am 23. März

Blank, Hans-George, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt 3707 Moore Road RR9, Creston BC, VOB iG9, Kanada, am 26. März

Brandstädter, Ingrid, geb. **Popall**, aus Lyck, jetzt Kirchenplatz 6, 19249 Lübtheen, am 27. März

Brunkhorst, Rosa, geb. **Ademeit**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, jetzt Falkenbergstraße 7, 27442 Gnarrenburg, am 26. März

Chudzian, Erika, geb. **Biallas**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Meisenweg 8, 45289 Essen, am 25. März

Ferster, Erika, geb. **Ciossek**, aus Laczno/Wiese, Kreis Mohrungen, jetzt PL 14-300 Morag/Mohrungen, Polen, am 26. März

Feuerhelm, Elisabeth, geb. **Kurpjuweit**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Ringstraße 59, 31515 Wunstorf, am 23. März

Kalisch, Ruth, geb. **Scharkowski**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt An der Bietnitz 122, 19065 Pinnow, am 25. März

Knorr, Edeltraud, geb **Gudde**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Schlehenstieg 18, 22926 Ahrensburg, am 27. März

Kühne, Hildegard, geb. **Knappke**, aus Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Lohnreyweg 3, 29229 Celle, am 26. März

Lehmann, Gustav, aus Drusken, Kreis Ebenrode, jetzt Kastanienweg 19, 99092 Rindersleben, am 26. März

Meyer, Ruth, geb. **Orzessek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Norderneystraße 6, 26419 Schortens, am 27. März

Naujoks, Kurt, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, jetzt Wilhelm-Kuhnert-Straße 13, 81543 München, am 28. März

Neumann, Fritz, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Talstraße 17, 76703 Kraichtal, am 22. März

Ortschwager, Heinz, aus Königsberg-Ponarth, Schreberstraße 12, jetzt Zeppelinplatz 13, 25335 Elmshorn, am 4. März

Pagels, Anneliese, geb. **Darge**, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, jetzt Liegnitzstraße 2, 50737 Köln, am 26. März

Pischon, Annemarie, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Emmastraße 112, 31812 Bad Pyrmont, am 24. März

Potschies, Horst, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Pagegiusen, Panemune pastas, Silutes rej., Litauen, am 25. März

Sallowski, Harry, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Breite Straße 20, 16727 Marwitz, am 23. März

Stein, Horst, aus Kaldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Hoppegartenring 142, 30853 Langenhagen, am 23. März

Stelter, Werner, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt Danziger Straße 5, 73730 Esslingen, am 25. März

Sukowski, Heinz, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Gröpern 23a, 06484 Quedlinburg, am 24. März

Theophil, Walter, aus Heinfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Max-Schaller-Straße 4, 09122 Chemnitz, am 27. März

Verseck, Horst, aus Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ramlinger Straße 74, 31303 Burgdorf, am 25. März

Vogel, Siegfried, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Känerbergstraße 58, 57076 Siegen, am 26. März

Wilkop, Günter, aus Windau, Kreis Neidenburg, jetzt Essener Straße 251, 44793 Bochum, am 23. März

Wuttke, Eleonore, geb. **Kreutz**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Lerchenweg 9, 49439 Steinfeld, am 23. März

Zabel, Rudolf, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Dorfstraße 13, 19258 Hof Gallin, am 24. März

Zelies, Erna, geb. **Hein**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, jetzt Schumann-Straße 16, 38226 Salzgitter, am 27. März



Nowoczin, Friedrich, aus Herten-Westerholt, und Frau Hedwig, geb. **Roese**, aus Diebauen, Kreis Treuburg, jetzt Erlenstraße 5, 45701 Herten-Westerholt, am 24. März

»Wir gratulieren« auch unter www.preussische-allgemeine.de

Veranstaltungskalender der LO

Jahr 2010

23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont
3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont
21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein
24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Hörfunk & Fernsehen

Freitag, 19. März, 20.15 Uhr, 3sat: Trümmerjahre an Rhein, Ruhr und Weser (4/4) – Die Stunde der Malocher.
Sonnabend, 20. März, 20.15 Uhr, Arte: Unter kaiserlicher Flagge.
Sonnabend, 20. März, 20.15 Uhr, Phoenix: Deutsche Kolonien – Afrika brennt.
Sonnabend, 20. März, 21 Uhr, Phoenix: Als der Osten Westen wurde (2/2).
Sonnabend, 20. März, 21.10 Uhr, n-tv: Die letzten Stunden der Berliner Mauer.
Sonnabend, 20. März, 22.10 Uhr, n-tv: Hitlers Berlin.
Sonntag, 21. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Montag, 22. März, 22.05 Uhr, N24: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.
Montag, 22. März, 0.15 Uhr, N24: Das letzte Gefecht der Bismarck.
Dienstag, 23. März, N24: Der Hass des Ku-Klux-Klan.
Mittwoch, 24. März, 20.15 Uhr, Arte: Hitler & Mussolini – Eine brutale Männerfreundschaft.
Donnerstag, 25. März, 20.15 Uhr, NDR: Ostern in Ostpreußen.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreisgemeinschaft im Internet – Wie bereits viele Nutzer des Internets festgestellt haben, hat die Kreisgemeinschaft Elchniederung ihre Homepage (Heimatseite) mit der neuen Domain (Internet-Adresse) www.elchnied.de neu gestaltet und dabei das Hauptaugenmerk auf ihre 14 Kirchspiele gelegt. Diese 14 Kirchspiele gliederten sich in 222 Orte, von denen heute die meisten als Siedlungsplätze nicht mehr existieren. Das ist leider die traurige Wahrheit und nicht umkehrbar. Daher ist es wichtig, dass wir die Geschichte des Kreises Elchniederung, in der sich diese Orte befanden, bewahren und darstellen. Dies geschieht in vielfältiger Form. Zu nennen ist hier die Vielzahl der von der Kreisgemeinschaft herausgegebenen Publikationen wie zum Beispiel unser Standardwerk „Der Kreis Elchniederung“ Band I und II von Paul Lemke, die Bildbände der einzelnen Kirchspiele, „Der Kreis Elchniederung gestern und heute“, die Arbeit unserer Familienforschungsstelle sowie unser zweimal jährlich erscheinender Heimatbrief „Die Elchniederung“. In den letzten Jahren neu hinzugekommen sind die elektronischen Medien. Einmal ist dies unsere neu gestaltete Webseite www.elchnied.de sowie das Bildarchiv Ostpreußen mit der Adresse www.bildarchiv-ostpreussen.de, worin unser Kreis Elchniederung mit über 4000 Bildern vertreten ist. Die Nutzer der letztgenannten Medien sind vor allem die jüngere und mittlere Generation. Hier sind es besonders die Nachfahren unserer noch lebenden Landsleute, mit denen wir auf diesem Weg in Kontakt kommen möchten. Dieses ist uns in den vergangenen Jahren auch schon gelungen und sollte mit Hilfe unserer neu gestalteten Webseite noch intensiviert werden. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Heimatseite fleißig nutzen, uns über Ihre Erfahrungen mit unserer Heimatseite berichten oder bei Fragen mit uns Kontakt aufnehmen. Anfragen zu unserer Kreisgemeinschaft beantworten Ihnen gern: Kreisvertreter: Manfred Romeike, E-Mail: wittken@t-online.de, Vorsitzender der Delegiertenversammlung: Manfred Grusdt, E-Mail: manfred.grusd@t-online.de, Geschäftsführer: Hartmut Dawideit, E-Mail: hartmutdawideit@aol.com, Heimatbriefund Bildarchiv: Udo Ernst, E-Mail: redelch@t-online.de, Familienforschung: Gabriele Bastemeyer, E-Mail: bastemeyer@t-online.de, Wolfgang Nienke Morgenstraße 21, 39124 Magdeburg, E-Mail: webmaster@elchnied.de oder als Feedback (Rückmeldung) auf: www.elchnied.de

Regionaltreffen der Kreise Elchniederung, Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt – Das nächste gemeinsame Treffen der oben genannten Kreise findet im Westen unseres Landes, und zwar in Oberhausen statt. Es beginnt am Sonnabend, dem 24. April um 10 Uhr – Einlass ab 9 Uhr im Hotel Haus Union, Schenkendorf-Straße 13. Danach ist folgendes Programm vorgesehen: Musikalische Eröffnung, Begrüßung durch die Kreis- beziehungsweise Stadtvertreter, Totenehrung, Auftritt des Ossian-Chors, Grußworte eines Vertreters der Stadt und des Landesvorsitzenden der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen. Gegen 13 Uhr Mittagessen und gemütliches Beisammensein. Nach Schlussworten des Kreisvertreters endet gegen 17 Uhr das Regional-Treffen.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kirchspieltreffen Laggarben/Löwenstein – Liebe Heimatfreunde aus den Kichspielen Laggarben und Löwenstein! Vom 7. bis 9. Juni 2010 findet wie in den letzten Jahren wieder das Treffen der Heimatfreunde aus Skandau, Sillginnen, Löwenstein und den anderen Orten der Kirchspiele im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Die Organisatoren würden sich über eine rege Teilnahme sehr freuen. Anmeldung bitte bis zum 10. Mai 2010 bei Alfred und Bärbel Baginski, Telefon (0 52 33) 63 89. Hier gibt es auch alle weiteren Informationen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Bürgermeister Poredda 90 Jahr alt – Die Kreisgemeinschaft Lyck gratuliert Herrn Karlheinz Poredda nachträglich zum 90. Geburtstag. Landsmann Poredda stammt aus Neumalken, Kreis Lyck. Sein Vater war dort Gendarmerie-Beamter. Karlheinz Poredda ist seit 1961 Bürgermeister der Gemeinde Hipstedt, Kreis Rotenburg (Wümme). Er ist der dienstälteste Bürgermeister Deutschlands. Außerdem ist Landsmann Poredda Mitglied des Kreistages. In dieser Eigenschaft begleitet er unterstützend die Partnerschaften des Kreises Rotenburg zu Angerburg in Ostpreußen und Marienburg sowie Stuhm in Westpreußen.

55. Rundbrief – Kreisvertreter Gerd Bandilla hat am 7. März 2010 an die Kreistagsmitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck folgenden Rundbrief geschrieben: Diesen Rundbrief beginne ich mit Sterbefall-Mitteilungen. Es verstarb am 19. August 2009 Kreisausschussmitglied Günter Saczinski, am 2. Dezember 2009 Kreisausschussmitglied Gerhard Lockowandt und am 10. Februar 2010 Pfarrer Rudolf Asselmeyer. Pfr. Asselmeyer hat uns 31 Jahre lang geistlich betreut. Diese Todesfälle sollen aber nicht symptomatisch für unsere Kreisgemeinschaft sein. Das Leben muss weitergehen, wenn es auch auf vielen Gebieten immer schwerer wird, zum Beispiel das Finden von Ortsvertretern. Bei einigen Orten ist bereits die Ortsvertreterstelle unbesetzt. Dieser Tendenz hat sich unser Kreisausschuss, der am 19. und 20. Februar zusammen mit dem Arbeitskreis „Mittlere Generation“ in Bad Pyrmont tagte, entgegen gestemmt. Zum Nachfolger für Günter Saczinski wurde Lothar Jegull gewählt und als Nachfolger für Willi Komossa, der aus Gesundheitsgründen zurücktrat, Günter Zeisig (Kölmersdorf). Der Kreisausschuss diskutierte über die neue Wahlordnung, die auf Grund der vorjährigen Satzungsänderung notwendig wurde. Der Kreistag soll die Wahlordnung am 28. August in Hagen verabschieden. Die Aufgaben innerhalb des Kreisausschusses wurden teilweise neu verteilt. Die Protokollführung übernahm Dieter Czudnochowski (Morgengrund). Bärbel Wiesensee (Mostolten) wurde zur Archiv- und Kulturwartin gewählt. Übrigens: von zwölf Mitgliedern des Kreisausschusses gehören schon sechs der „Mittleren Generation“ an. Ausführlich befasste sich der Kreisausschuss mit dem Programm für das diesjährige Kreistreffen, das am 28. und 29. August stattfinden wird. Die Orts- und Bezirksvertreterversammlung beginnt am Sonnabend erst um 13 Uhr. Damit brauchen die Ortsvertreter nicht so früh anzureisen. Der ökumenische Gottesdienst fällt weg. Dafür wird die Feierstunde mit einem „geistlichen Wort“ eingeleitet. Wir hoffen, dass die Zahl der Besucher unseres Treffens nicht weniger wird. Es müsste mehr der „Mittleren Generation“ kommen. Aber ich selbst weiß, wie schwer es ist, unsere „Kinder“ zu motivieren, nach Hagen zu fahren.

Der diesjährige Hagen-Lycker-Brief – erscheint spätestens Ende Mai. Den HLB erhalten aber nur die Landsleute, die eine Spende überwiesen haben. Aus finanziellen Gründen hatten wir keine andere Wahl.

Auch 2010 finden wieder zahlreiche Sondertreffen statt, und zwar 23.–25. April, Ortstreffen Hansbruch in Waldeck am See. Regionaltreffen Nord in Lübeck. 29. April–2. Mai, Schultreffen Baitenberg, Morgengrund und Stettenbach in Bad Pyrmont. 29.–30. Mai, Ortstreffen Gorlau in Oerlinghausen bei Bielefeld. 17.–20. Juni, Kirchspieltreffen Borschimmen in Bad Pyrmont. 17.–19. September, Ortstreffen Gollen in Schieder/Lippe.

Ermländische Begegnungstage



Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010“ im „Haus Düsse“, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02945) 9890, statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind“. Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, dass sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist, und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlaufruf – Gemäß § 9 Ziffer 15 unserer Satzung dauert die Amtszeit des Kreistages der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. vier Jahre. Da die letzte Wahl 2006 stattfand, muss in diesem Jahr neu gewählt werden. Der Wahlausschuss ruft daher alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Neidenburg auf, sich an der Wahl zu beteiligen. Aktiv und passiv wahlberechtigt ist jedes volljährige Mitglied. Nur wer in der Heimatkreisdatei eingetragen ist, ist Mitglied. Für die zu wählenden 15 Kreistagsmitglieder wird um die Benennung von geeigneten Kandidaten gebeten. Wahlerklärungen mit der schriftlichen Zustimmung der vorgeschlagenen Kandidaten müssen bis zur Ausschlussfrist am 3. April 2010 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses Herbert Kalwa, Hölderlinstraße 22a, 22607 Hamburg, erfolgt sein. Die Wahlerklärungen müssen unter anderem Vornamen, Namen (auch Geburtsnamen), Geburtsdatum und jetzige Anschrift enthalten. Dem bisherigen Kreistag gehören an: Dr. Martin Armgart, Ruth Bahr, Günther Ernst, Marion Haedge, Frank Jork, Benno Kaden, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Heinz Laurien, Dr. Uwe Laurien, Ulrich Lewandrowski, Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Ostpreußenreisen 2010 – Unsere Heimatreisen haben immer einen großen Anklang, daher bietet die Kreisgemeinschaft auch in diesem Jahr wieder zwei Busreisen nach Ostpreußen an.

Die erste Reise: 18. bis 26. Juni – Neuntägige Busreise, Ostpreußen / Tilsit-Ragnit und Nidden, Johannisnacht auf der Kurischen Nehrung. Busfahrt ab/bis Hannover, Zwischenübernachtung in der Marienburg, Führung durch die imposante Burganlage. Drei Übernachtungen in Ragnit mit geführten Rundfahrten durch den Kreis Tilsit-Ragnit und Stadtführung in Tilsit. Zwei Übernachtungen in Nidden mit Schiffsfahrt durch das Memeldelta mit rustikalem Picknick. Besuch von Heydekrug und Memel. Erleben Sie die stimmungsvolle Johannisnacht mit Musik und Tanz unter freiem Himmel in Nidden. Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal. Eine Übernachtung in Elbing, danach Führung durch die Danziger Altstadt. Weiter geht es durch Kaschubien mit Besuch von Karthaus. Die letzte Übernachtung – die „Krönung“ – in einem pommerschen Schlosshotel in der Nähe von Köslin. Weitere Informationen gibt die Reiseleiterin Eva Lüders, Kührener Straße 1 b, 24211 Preetz, Telefon und Fax (04342) 5335

Zweite Reise: 3. bis 12. August – Zehntägige Ostpreußenfahrt in das Königsberger Gebiet und nach Masuren. Reiseleiter ist Klaus-Dieter Metschulat. Die erlebnisreiche Reise mit vielen Sehenswürdigkeiten startet per modernem Fernreisebus in Mönchengladbach-Rheydt. Zusteigemöglichkeiten sind in Bochum, Hannover, Berlin und den Raststätten entlang der Autobahnstrecke. Am ersten Tag fahren wir bis Kolberg. Danach werden wir für volle zwei Tage in Tilsit/Ragnit sein. Sie haben von hier aus Gelegenheit, ihre Heimatdörfer zu besuchen. Taxen können vermittelt werden. Alternativ bieten wir zwei kostenlose Ausflüge an. An einem Tag fahren wir das weitbekannte Ostpreußische Heimatmuseum in Breitenstein an, dann Weiterfahrt über Insterburg nach Königsberg. Tags darauf machen wir einen Ausflug zu den Dünen der Kurischen Nehrung mit Besichtigung der Vogelwarte Rossitten und zum Ostseebad Rauschen. Am Tag darauf verlassen wir das Königsberger Gebiet und fahren nach Masuren, in eine zauberhafte und einmalige Naturlandschaft, zu unserem Hotel nach Sensburg. Unterwegs werden wir das berühmte Pferdegestüt Lisken (Liski) besichtigen. In Sensburg, die Stadt liegt inmitten der Masurischen Seenplatte, werden wir dreimal übernachten und von dort aus an zwei Tagen abwechslungsreiche Ausflugs- und Besichtigungstouren unternehmen, wie zum Beispiel nach Nikolaiken (einer der schönsten Ferienorte Masurens), Lötzen, Steinort (Graf Lehndorf), zur Wallfahrtskirche „Heilige Linde“, in die Johanniburger Heide (das größte Waldgebiet Preußens). Auf dem Programm stehen zudem: eine Schiffsfahrt auf einem der masurischen Seen sowie eine attraktive Stakenbootsfahrt auf der Kruttinna, mit

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Donnerstag, 25. März, Fahrt zum „Adler“ nach Aschaffenburg mit der Schlagersängerin Gaby Baginsky. Auf dem Programm stehen: Frühstück, Modenschau und eine musikalische Kaffee-Einkehr. Busabfahrtzeiten sind zu erfragen unter Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 20. März, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Königsberger Klops-Essen im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Mittwoch, 24. März, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben“, Kronenstraße 2.

Mannheim – Sonntage, 21. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bürgerhaus“, Heddesheim. Es gibt neben Kaffee und Kuchen Filmvorträge: „Kurische Nehrung“ sowie „Ostpreußenreise von 1937“. Ab 14 Uhr besteht wieder ein Fahrdienst vom Bahnhof Heddesheim zum Bürgerhaus.

Metzingen – Die Gruppe traf sich zu ihrer Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende Heinz Scheffler begrüßte die Landsleute und Gäste, die sich bei Kaffee und Kuchen gut unterhielten. Besonders freute er sich, von der Landsmannschaft Reutlingen Ilse Hunger sowie Lm. Praß, den Zweiten Vorsitzenden und gleichzeitig auch Landesschriftführer, begrüßen zu können. Scheffler bedauerte, dass durch den Tod Lücken im Kreise der Mitglieder entstehen. Die Erlebnisgeneration tritt langsam ab. So dachte man in ehrender Erinnerung an die verstorbenen Franz Lobert und Willy Kischkewitz. Der Vorsitzende schilderte das wieder recht gut besuchte Programm des vergangenen Jahres. Was die Kassiererin Dagmar Voss über die finanziellen Bewegungen zu berichten hatte, fand die Zustimmung der Mitglieder. Der Kassenprüfer Peter Brulow bestätigte eine korrekte Kassenführung und die Richtigkeit des Berichtes. Hilmar Isensee zog die Entlastungen und Neuwahlen zügig durch. Der seitherige Vorstand stellte sich zur Wiederwahl. Es wurden gewählt: Erster Vorsitzender Heinz Scheffler, Zweiter Vorsitzender Horst Sauff, Kassiererin und Schriftführerin Dagmar Voss, Beisitzer Georg Weiß und Gerda Haushalter, Kassenprüfer Helga und Peter Brulow. Der Vorsitzende gab die Termine für dieses Jahr bekannt: Höhepunkt wird die festliche Jubiläumsfeier zum 60-jährigen Bestehen der Gruppe am Sonnabend, 24. April 2010. Am Sonntag, 4. Juli 2010, ist der Jahresausflug. Die Busreise geht bis Lindau am Bodensee. Nach 90 minütiger Schiffsfahrt wird Mittagspause in Friedrichshafen gemacht. Anschließend ist der Besuch des Zeppelin-Museums oder anderer Sehenswürdigkeit nach freier Wahl bis zur Heimfahrt möglich. Am 25. September 2010 ist das Grützwurstessen und am 5. Dezember 2010 die Weihnachtsfeier. Alle Veranstaltungen finden, wie nunmehr schon seit 25 Jahren, bei der Familie Bohn-Fodi statt. Die Gruppe bedankte sich mit anerkennenden Worten für die verständnisvolle Bewirtung. Höhepunkt der Jahreshauptversammlung war die Filmvorführung, die der Vorsitzende Heinz Scheffler wieder mit viel Geschmack vorbereitet hatte. Zunächst wurde ein moderner Farbfilm über das romantische Masuren gezeigt. Brillante Luftaufnahmen ließen die Weite der Landschaft mit Seen, Wäldern und Ortschaften ahnen und andere Filmausschnitte führten die Zuschauer durch romantische Wege, moderne Städte und großartige Anlagen. Danach führte Scheffler einen schwarz-weiß Dokumentarfilm vor, der die Bombardierung von Königsberg 1944 und den Einmarsch der Truppen der Sowjetunion 1945 zeigte. Wehmütige Diskussionen schlossen sich an. Der Vorsitzende Scheffler dankte den Landsleuten für das treue Kommen und versprach, die Zusammenkünfte solange weiter zu organisieren, wie Bedarf in Metzingen besteht.

Pforzheim – Bei der Jahreshauptversammlung standen turnungemäß Neuwahlen an. So wurde der alte Vorstand aufgelöst und entlastet, bevor ein neuer Vorstand gewählt wurde: Erster Vorsitzender Heinz R. Müller, Zweiter Vorsitzender Ralph Demski, Schatzmeisterin und Schriftführerin Marianne Hildebrand, Beisitzer Kurt Gedrat und Heinz Weißflog, Rechnungsprüfer Ingrid Spallek und Gisela Lotz, HDL Aufsicht Maria Schläfli und Erika Becker, Danzigstube im Haus der Landsmannschaften Renate Großmann sowie Frauenkreisführung Emmi Gedrat und Renate Großmann. Die Wahlleiterin Uta Lüttich verlieh Heinz R. Müller, im Namen der Landmannschaft Ostpreußen, in Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland, das Silberne Ehrenzeichen. Im Beiprogramm wurde gesungen und eine Kurzgeschichte von Sudermann vorgelesen. Lm. Weißflog zeigte sein Können auf der chromatischen Mundharmonika und Ralph Demski begleitete auf dem Klavier die Gesangsgruppe Elchschaufel bei ihren neuen selbstgeschaffenen Ostpreußenliedern.

Stuttgart – Dienstag, 23. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich, die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Im Märzen der Bauer …“ – Frühlingsanfang und Osterbräuche.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 20. März, 14.30 Uhr, Treffen in der „Orangerie“, Grüner Saal, zu einer musikalischen Heimatreise aller Landsmannschaften in den Frühling.

Bad Wörishofen – Die Gruppe der Königsberger Ostpreußen-Gemeinschaft in Bad Wörishofen macht eine gewünschte Reise in die Heimat. Dazu sind alle heimattreuen Landsleute und Freunde Ostpreußens herzlich eingeladen mitzufahren. Königsberg, das Samland, die Kurische Nehrung und Masuren warten auf die Heimatverbundenen. Die Fahrt geht mit dem bekannten Reiseunternehmen Busche. Termin: 15. bis 26. Juni 2010, Ausgangspunkt: Hannover sowie Königsberg (Franken / bei Schweinfurt – Bamberg in Süddeutschland). Das Programm sieht wie folgt aus: Am Vortag (14. Juni) von Hannover kommend Treffen in Königsberg (Bayern) und Zwischenübernachtung. Dienstag, 15. Juni: Abfahrt Richtung Hof, Leipzig, Frankfurt/Oder, Grenzübergang, weiter in den Großraum Posen. Eine Übernachtung im Großraum Posen. 16. Juni: Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Braunsberg zur Grenze bei Heiligenbeil/Grunau. Am Abend kommt die Gruppe in Rauschen an. Dort bleibt man sechs Tage. Die Ausflugsfahrten gehen mehrmals nach Königsberg. Dort erwartet die Reisenden unter anderem ein wunderbares Orgelkonzert im Königsberger Dom, oder zum Beispiel eine Bootsfahrt auf dem Pregel. Tapiau, Insterburg, das Gestüt Georgenburg und andere gewünschte Orte können besucht werden, Taxifahrten für Jedermann sind möglich. Von Rauschen aus geht es für drei Nächte nach Sensburg ins schöne Masuren. Heiligelinde, Nikolaiken, Lötzen, eine Bootsfahrt und vieles Altostpreußische wird zu sehen sein. Gedenkstunden vor Kirchen und Friedhöfen – um der Toten der ostpreußischen Heimat zu gedenken – gehören dazu. Auskünfte erteilt Gerhard Thal, Stifterweg 38, 89075 Ulm, Telefon (0731) 9508330.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 9. April, 14.30 Uhr, Osternachfeier der Gruppe im Wirtshaus Auf der Lände.

Hof – Für die Masurenreise vom 28. Mai bis 4. Juni 10 sind noch einige Plätze frei. Auskunft erteilt Christian Joachim, Telefon (09283) 9416.

Ingolstadt – Sonntag, 21. März, 14.30 Uhr, Zusammenkunft der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Landshut – Dienstag, 6. April, 13.30 Uhr, Grieserwiese Treffen zum Osterspaziergang. Anschließend gegen 15 Uhr, Kaffee in der „Blauen Stunde“.

Weiden – Fasching bei den Ost- und Westpreußen. Die Gruppe Landsmannschaft traf sich in der Gaststätte Heimgarten zu einer lustigen Mitgliederversammlung. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit konnte viele Landsleute und Gäste begrüßen, darunter Hans Forster aus dem Weidener Osten. Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern der Kreisgruppe. Der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald brachte eine heitere Faschingsgeschichte über einen Streit der Allgäuer Gemeinden Sonthofen und Immenstadt zu Gehör. Uschald umrahmte die Versammlung musikalisch mit Stimmungs- und Faschingsliedern, die von den Anwesenden mitgesungen und mit geschunkelt wurden. Andreas, Katharina und Barbara Uschald begeisterten mit dem bekannten Stimmungslied „Heid is so a schäina Dooch“. Zum Schluss las Ingrid Uschald noch die Geschichte vom Maler Klekksel von Wilhelm Busch. Nach dem fröhlichen Beisammensein verabschiedete man sich mit vielen guten Wünschen bis zum nächsten Heimatnachmittag.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

anschließendem gemütlichen Grillabend mit leckeren masurischen Spezialitäten und mit Musik. Auf der Fahrt zur Übernachtung in Danzig werden wir die Marienburg besichtigen. Am nächsten Morgen, bevor wir zu unserem Hotel nach Landsberg / Warthe fahren, ist eine Führung durch die Altstadt Danzigs vorgesehen. Von Landsberg geht es dann zurück nach Deutschland. Weitere Informationen erhalten Sie bei Klaus-Dieter Metschulat, Hildstraße 26, 41239 Mönchengladbach, Telefon (02166) 340029.

Osterfreizeit im Ostheim

Bad Pyrmont – Vom 29. März bis 8. April 2010 bietet das Ostheim wieder eine Osterfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, Seniorengymnastik, Dia- und Videoabende, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einen Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Ambulantes Kuren ist in den ortsansässigen Kliniken und Kureinrichtungen in vielfältiger Weise möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend feiert man gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie. Diese zehntägige Freizeit kostet im EZ 488 Euro und im DZ pro Person 423 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten VP mit Festmenü an den Feiertagen, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben.

Anfragen und Anmeldungen schriftlich an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 26. März, 19 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Mariechen Thiede reicht Tilsiter Käse und anschließend „Der schelmische Literat“, Lesung von Marie-Luise Rossius aus Werken von Kurt Tucholsky.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremerhaven – Freitag, 19. März, 14.30 Uhr, Kulturnachmittag der Gruppe im „Barlachhaus“. Zu Einstimmung auf den Frühling wird der Film „Offene Gartenpforten“ gezeigt. Dies ist eine Präsentation privater Gärten aus Bremerhaven. Umgehende Anmeldung wird erbeten unter Telefon (0471) 86176. Kosten: 4 Euro pro Person für Kaffee und Kuchen. – Für den Zeitraum vom 6. bis 13. August ist eine Reise nach Nikolaiken und Elbing geplant. Besucht werden Stargard, Deutsch-Krone, Schneidemühl (1x Übernachtung), Bromberg, Thorn, Sensburg (3x Übernachtungen), Nikolaiken, Kruttinnen, Eckertsdorf, Lötzen, Steinort, Rastenburg, Bartenstein, Frauenburg, Cadinen, Elbing (2x Übernachtungen), Oberländischer Kanal, Buchwalde, Marienburg, Tiegenhof, Danzig, Karthaus, Stolp, Köslin (1x Übernachtung), Naugard, Stettin und Kolbaskowo (Grenze). Die Reise kostet pro Person 799 Euro/DZ beziehungsweise 985 Euro/EZ. Anmeldungen ab sofort bei Klaus Eichholz, Telefon (04744) 5063, oder Bernhard Tessarzik, Telefon (04703) 1612. – Auf der Jahreshauptversammlung gab es bei den Vorstandswahlen drei Veränderungen: Für den verstorbenen Zweiten Vorsitzenden Werner Wedell wurde Barbara Sandmann in dieses Amt gewählt. Stefanie Flotow ergänzt den Festausschuss, und Klaus Eichholz vertritt die Gruppe bei der Landesdelegiertenkonferenz in Bremen. Vorsitzende Marita Jachens-Paul hatte zu Beginn der Tagung 34 Teilnehmer begrüßt, darunter zwei neue Mitglieder. Die Gruppe umfasst zurzeit 63 Mitglieder. Sie kündigte in der Vorschau für 2010 viele Veranstaltungen an, darunter Kulturnachmittage mit Filmen oder Diavorträgen, eine achttägige Reise nach Elbing und Nikolaiken im August sowie das 84. Gründungsfest im Oktober.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Donnerstag, 25. März, 15 Uhr, **Delegiertenversammlung der Landesgruppe** im Haus der Heimat, Teilefeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke). Alle Gruppenleiter und Delegierten sind herzlich eingeladen. – **Sonnabend**, 27. März, 10 Uhr (Ende 17 Uhr), **Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften** im Haus der Heimat, Teilefeld 8 (gegenüber der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt). Die Landesgruppe ist mit einem Angebot heimatlicher Spezialitäten und Literatur im zweiten Stock (Fahrstuhl) vertreten und lädt herzlich zu einem Besuch ein.

HEIMATKREISGRUPPEN

Gumbinnen – Sonnabend, 10. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe unter dem Motto: „Frühling lässt sein blaues Band“ im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche rund sechs Minuten. Gemäß der Satzung unserer Landesgruppe (§ 9.1) muss eine Neuwahl des Vorstandes durchgeführt werden. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein frühlingshaftes Programm. Organisation und Auskunft bei Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (040) 6016460.

Heiligenbeil – Sonnabend, 27. März, 14 Uhr, Frühlingsfest der Gruppe im AWO Seniorentreff, Bauerbergweg 7. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen will man einige fröhliche Stunden in geselliger Runde miteinander verbringen. Dazu gibt es auch einen Film über Ostpreußen. Den Seniorentreff erreicht man mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und Filmvortrag 5 Euro. Anmeldung bei K. Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 26. März.

Insterburg – Mittwoch, 7. April, 13 Uhr, geplanter Vortrag eines Heimatdichters oder Videovortrag im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 6. April, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 29. März, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: „Ostern in der Heimat“.

HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel zeigt Gerhard Schröder Dias von einer Reise nach Nordostpreußen im September 2009.

Dillenburg – Mittwoch, 31. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Feierstunde mit geladenen Gästen zum 60. Jahrestag des Bestehens der Gruppe Dillenburg. Urte Schwidrich wird einen Rückblick halten. Anhand einer Dokumentation des Lahn-Dill-Kreises über die Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen referieren.

Limburg – Freitag, 19. März, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der in der Residenzhalle, Breites Driesch hinter Haus-Nr. 42, in Limburg-Blumenrod, Thema „Die Deutschen in den Ostseeregionen“ ein. Um 15.30 Uhr sorgen zunächst Kaffee und Kuchen für eine gemütliche Stimmung bevor dann der Vorsitzende Albrecht Kauschat an die bekannte ostpreußische Publizistin Marion Gräfin Dönhoff erinnert, die vor kurzem ihren 100. Geburtstag hätte feiern können. Die Kurische Nehrung stellt Erika Preukschat in einem Reisebericht vor. Information bei Albrecht Kauschat, Telefon (06431) 25200, ab 18.30 Uhr.

Wiesbaden – Donnerstag, 25. März, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Grützwurst. Es kann natürlich auch nach Speisekarte bestellt werden. Für Platz- und Essensdisposition unbedingt anmelden bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358. ESWE-Busverbindung: Linie 16 bis Haltestelle Ostpreußenstraße. – Viel Spaß an der Freud hatten die Landsleute beim „Närrischen Nachmittag mit Kreppelkaffee“, nachdem sie gleich zu Beginn mit flotten Schunkelliedern in Stimmung gebracht wurden. Den Reigen pointierter Büttenreden eröffnete Hans-Georg Budau mit seinem kritischen Protokoll zum Zeitgeschehen. Doch auch weitere Mitglieder der „Budau-Dynastie“ waren an diesen Nachmittag aktiv: so Ehefrau Dora, Tochter Renate und Sohn Mathias mit ihrem mitreißendem Gesang sowie Enkelin Tanja, die als Köchin in die Bütt stieg unter dem Motto „Hausfrau will auch mal auf die Fassenacht“. Für ihre närrischen Beiträge über viele Jahre hindurch wurden sie vom Vorsitzenden Dieter Schetat mit Ehrenurkunden bedacht. Ebenso erhielten diese Auszeichnung der Kolpingpräsident Stefan Fink in seiner Rolle als Udo Jürgens, das Mitglied der Gruppe „Old Dadies“ Peter Bender und der musikalische Entertainer Nico Hollmann sowie Stadtrat Manfred Laubmeyer, der durch das fast vierstündige bunte Programm führte. Wieder mit von der Partie die „Gartenzwerge“ vom Wiesbadener Carneval Club (WCC), Jo Mauer von den „Sonnenberger Käuzcher“ und Dr. Markus Hübenthal vom Musikduo Ma+Ma. Als Kapitän des närrischen Narrenschiffs hatte Georg Lehmann in stilgerechter Kleidung und echter Traumschiffmanier die froh gestimmte „Preußenschar“ begrüßt und auf den Nachmittag eingestimmt.

Frühjahrs-Stickseminar

Bad Pyrmont – Das Ostheim bietet auch in diesem Jahr wieder ein Frühjahrs-Stickseminar im Ostheim in Bad Pyrmont an. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das dreitägige Seminar beginnt am Montag, 19. April, 16 Uhr, mit der Einführung und endet am Donnerstag, 22. April, nach dem Mittagessen (gegen 12 Uhr). Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 174 Euro im DZ, 192 Euro im EZ und beinhaltet Vollpension und die Seminargebühr (ohne Material). Notwendige Materialien können zu dem Seminar bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen, entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad und ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim - Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 24. März, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant, Jasperallee. Klaus Scholz hält einen Diavortrag über „Königin Luise und ihre Zeit (1776–1810)“. Gäste sind herzlich willkommen.

Buxtehude – Sonntag, 28. März, 10 Uhr, Treffen der Gruppe in der Bürgerhalle. Bummel durch die Ausstellung. Anschließend um 15 Uhr, Kaffee und Kuchen, dabei erzählt Geisa Heykena Geschichten und singt Küchenlieder von Herrschaftszeiten. – Montag, 29. März, 15 Uhr, Treffen in der Bürgerhalle. Unter dem Titel „Zeitzeugen berichten“ kommen Fluchtberichte zu Gehör. – Mittwoch, 31. März, 15 Uhr, Vortrag in der Bürgerhalle. Dr. Marianne Kopp referiert: „Agnes Miegel – Stimme Ostpreußens“. Eintritt 5 Euro.

Göttingen – Vom 25. Juni bis 3. Juli veranstaltet die Gruppe eine neuntägige Reise nach Masuren. Der Preis beträgt 399 Euro (110 Euro EZZ) und umfasst acht Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt zum Sommerfest in Allenstein, einen Besuch der Feierlichkeiten zum 20jährigen Bestehen der Deutschen Volksgruppe in Bischofsburg, eine Rundfahrt in Masuren sowie weitere Rundfahrten im Ermland. In den acht Übernachtungen sind jeweils Zwischenübernachtungen auf der Hin- und Rückreise enthalten. Zustiegsmöglichkeiten

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

außerhalb von Göttingen sind Seesen, Salzgitter, Braunschweig und an der BAB 2 Richtung Berlin gegeben. Schriftliche Anmeldungen bis zum 31. März an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 25. März, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 1. April, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Osnabrück – Freitag, 19. März, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Sonnabend, 20. März, 11 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen in der Osnabrück Halle. Anmeldung bis zum 6. März bei Gertrud Franke, Telefon 67479, oder Gerhard Reihs, Telefon 83646. – Donnerstag, 25. März, 15 Uhr, Literarturkreis in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 23. März, 14 Uhr, Treffen des Frauenkreises in der Altenbegegnungsstätte Brüser Berg. Esther-Maria Luchs hält einen Vortrag über Antoine de Saint Exupery. – Vom 14. bis 22. August plant die Gruppe eine neuntägige Reise nach Königsberg. Start ist in Bonn, Zustiege entlang der BAB Bonn–Köln–Dortmund–Hannover–Berlin sind nach Absprache möglich. Zwischenübernachtung im Großraum Posen. Weiterfahrt über Marienburg, Elbing, Frauenburg, Braunsberg, die polnisch-russische Grenze nach Königsberg. Ein interessantes Programm erwartet Sie. Reisepreis pro Person im DZ ab 40 Personen: 685 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), ab 30 Personen: 745 Euro (zuzüglich 50 Euro für das Visum), EZ-Zuschlag für die gesamte Reise beträgt 150 Euro. Anmeldungen bei Manfred Ruhnau, 53757 Sankt Augustin, Telefon (02241) 311395. Reiseunterlagen werden schnellstens zugeschickt.

Düren – Freitag, 19. März, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im „HDO“.

Essen – Freitag, 19. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen. Ulrich Hoffmann hält einen Vortrag über den „Vogel des Jahres 2010 – der Kormoran“.

Gevelsberg – Freitag, 19. März, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Keglerheim, Hagenstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 22. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln“, die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 24. März, 15 Uhr, Osterfeier der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. – Montag, 29. März, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 1. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Eine Anmeldung ist wünschenswert bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Mönchengladbach – Sonntag, 21. März, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. Nach dem offiziellen Teil wird Lm. Schiemann mit lustigen und interessanten Anekdoten an „Ostpreußen vor 100 Jahren“ zu erinnern.

Wesel – Die Gruppe führte ihre Jahreshauptversammlung durch. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski konnte eine stattliche Anzahl von Mitgliedern und Heimatfreunden begrüßen. Er umriss alle Jahresaktivitäten der Gruppe, die überall guten Zuspruch fanden. Im Mittelpunkt des Jahresberichtes stand „Erika Steinbach und das Zentrum gegen Vertreibungen“. Die Vorstandsformalitäten wurden ohne Beanstandungen durchgeführt. Der Singkreis lud anschließend zum Kaffeetrinken mit selbstgebackenem Kuchen ein. Das Kernstück des Abends waren die beiden Filme über Preußen: „Vom Kurfürstentum zum Königreich – von 1640 bis 1713“ sowie „Vom Königreich zur Großmacht – von 1713 bis 1786“. Ja, diese beiden gezeigten Dokumentationen zogen die Teilnehmer in ihren Bann. Man saß noch einige Zeit danach noch sehr unterhaltsam zusammen.

Witten – Donnerstag, 25. März, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Herr Buchmann hält einen Vortrag: „Erlebnisse in Asien“.

Wuppertal – Auf der Jahreshauptversammlung gedachte die Gruppe in einer Schweigeminute ihrer verstorbenen Mitglieder: Ernst Schwarz, Ruth Röder, Lydia Heinemann und Charlotte Nieder. In ihrem Geschäftsbericht gab die Erste Vorsitzende Renate Winterhaben einen Überblick der Veranstaltungen des vergangenen Jahres. Neben den üblichen Ostpreußenrunden war besonders erwähnenswert der Bericht von Dr. jur. Wolfgang Rothe über die Lage in Nordostpreußen, Ekkehard Tautz, Referat „60 Jahre Grundgesetzt und das 60jährige Bestehen der Gruppe“, die Teilnahme am „Langen Tisch“ in Wuppertal sowie die Teilnahme an der Kulturveranstaltung auf Schloss Burg. Auch eine Tagesfahrt an die Mosel wurde unternommen. Die Leiterin der Tanzgruppe, Ursel Knocks, berichtete über gelungene Auftritte bei Frühlingsfest, Stadtfest und „Tag der Heimat“. Für die erkrankte Leiterin der Handarbeitsgruppe, Helga Nolde, berichtete ebenfalls Ursel Knocks. Die Handarbeitsgruppe trifft sich zweimal im Monat und handarbeitet fleißig. Hartmut Pfecht berichtete über erfolgreiche Auftritte des Chores Harmonie, unter der Leitung von Nelly Illinich und einer Fahrt nach Rothenburg/Tauber. Da Wahlen anstanden, wählte die Versammlung Olaf Winterhagen zum Wahlleiter. Für das Amt des Ersten Vorsitzenden wurde Hartmut Pfecht vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Des weiteren wurden gewählt: Zweite Vorsitzende Helga Piontek, Kassenwarte Ursula Busch / Friedel Borchert, Schriftführer Sigrid Kruschinski / Waltraut Bombe, Kulturwarte Rosemarie Pfecht / Ursel Knocks, Organisation Hediwg Lipki, Beisitzer Margarete Caspar / Otto Lingnau/Renate Winterhagen, Kassenprüfer Erhard Kruschinski / Günther Piontek. Der neugewählte Erste Vorsitzende Hartmut Pfecht dankte Renate Winterhagen für die in zehn Jahren als Erste Vorsitzende geleistete Arbeit und überreichte ihr einen Präsentkorb. Die Jahreshauptversammlung war gut besucht und verlief harmonisch. Der neugewählte Vorstand hat Renate Winterhagen in Würdigung ihres unermüdlichen Einsatzes für Ostpreußen in fast 40 Jahren erst als Kulturwartin, dann Erste Vorsitzende zur Ehrenvorsitzenden ernannt. Auch die seit 1990 amtierende Kassenwartin Friedel Borchert, die immer pflichtbewusst ihre Kassengeschäfte geführt hat, wurde Ehrenmitglied.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Osterfeier in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 26. März, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 9. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 20. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Den Rechenschaftsbericht trägt Manfred Schusziara vor, während der Kassenbericht von Otto Waschkowski vorgetragen wird. Der jetzige Vorstand ist noch bis März 2011 im Amt. Anschließend gemütliches Beisammensein bei Kuchen und Kaffee.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 27. März, 10 Uhr (Ende 16 Uhr), 10. Kirchentag der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen im Gemeindehaus der Christuskirche, Elsa-Brändström-Straße 1, Dresden-Strehlen. Thema: „Glaubensflüchtlinge in Ost- und Westpreußen (Mennoniten, Hugenotten, Salzburger)“. Anmeldungen werden bis zum 22. März erbeten bei Elfriede Rick, Telefon (0351) 4713086.

Chemnitz – Sonnabend, 27. März, 13 Uhr (Einlass 10.30 Uhr), Treffen der Gruppe im „Platnerhof“. Gerhard Hopp, bekannt aus Funk und Fernsehen (Sachsenländer), vereint mit Ingrid Labuhn und dem „Kulturkreis Simon Dach“ mit den Liedern, Geschichten und Gedichten der ostdeutschen Dichterin Erna Unangst werden eine lebendige Fülle an Heimatverbundenheit bieten.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 27. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Eschemuseum, Sachsenstraße 3, Limbach-Oberfrohna. Thema der Zusammenkunft: „Trakehnen – Geschichtliches und Geschichten“. Landsleute und Interessierte sind herzlich eingeladen. Es ist wieder hausgemachte Wurst im Angebot.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 31. März, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Gardelegen – Freitag, 26. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Arztvortrag in der „VS Gardelegen“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

Halle – Sonnabend, 13. März, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54.

Magdeburg – Freitag, 26. März, 15 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bei dem letzten Treffen ging die Zweite Vorsitzende nach der Begrüßung auf den „Preußentag“ der Landesgruppe in Kiel ein. Sie sprach den 18. Januar 1701 an, als Fried-rich III. sich in Königsberg zum König in Preußen als Friedrich I. krönte, und den 18. Januar 1871 – Reichsgründung in Versailles und Proklamation des Deutschen Kaisers. Eigentliches Thema des Nachmittages war aber „ein historischer Spaziergang durch Bad Oldesloe“. Katharina Makarowski führte die Teilnehmer im Geiste zu den historischen Plätzen im Stadtgebiet. Der Rundgang begann auf dem Marktplatz mit dem historischen Rathaus und dem Stadthaus von 1891. Oldesloe hat Marktrecht seit 1371. Dann ging es durch die Fußgängerzone zur Löwen-Apotheke von Friedrich August Lorentzen, dem die Stadt die Gründung des Heilbades im Jahr 1813 verdankt. Erst 1910 genehmigte der Regierungspräsident in Schleswig für Oldesloe die Bezeichnung „Bad Oldesloe“. Es ging weiter zur Königlich-Dänischen Kornmühle, vor der sich heute wieder ein Mühlrad dreht. Der Blick fiel auf die Altstadtschule, ein Hansen-Bau, in der sich seit Jahren die Stadtbibliothek und das Heimatmuseum befinden. Vorbei an der Peter-Paul-Kirche kam man zur Hude, der Hafenanlage aus dem 14. Jahrhundert am Zufluss von Trave und Beste. Der Rundgang endete im Heiligen-Geist-Bezirk, der mit seinen restaurierten kleinen Häusern eine Idylle innerhalb des Stadtgebietes ist. Anschließend berichtete Georg Baltrusch von verschiedenen Vorschlägen, die er für den nächsten Ausflug hat. Geburtstagskinder des Monats waren Lieschen Klemens und Giesela Brauer.

Malente – Dienstag, 30. März, 17.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum traditionellen Fleck-, Königsberger Klops und Wellwurst-Essen im Restaurant und Café Neue Börse, Lindenallee 14, Malente. Es soll nach alter ostpreußischer und schlesischer Art ein gemütlicher Abend gestaltet werden, wobei zur Unterhaltung jeder einzelne etwas beitragen kann. Bringen Sie auch Ihre Freunde und Bekannten mit. Jeder Gast ist willkommen. Diejenigen, die Fleck beziehungsweise Wellwurst nicht kennen, können auch Königsberger Klopse oder ein Gericht nach Karte bestellen. Um Anmeldung bei K. Schützler, Telefon (04523) 2659. Eine Portion Fleck, Königsberger Klopse oder Wellwurst kostet 8,50 Euro, dazu wird ein Schnaps gereicht.

Mölln – Mittwoch, 24. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“, Mölln. Der Singkreis LAB (Lange Aktiv Bleiben) wird mit Frühlingsliedern im Wechsel mit Gedichten und Geschichten die Anwesenden unterhalten. Die Leitung hat Rita Küster. Außerdem wird die Erste Vorsitzende Irmingard Alex heitere und besinnliche Texte vorlesen. Diese Darbietungen sollen die Mitglieder und Freunde der Gruppe auf den Frühling einstimmen. Eingeladen sind auch die Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig und Mölln.

Neumünster – Die Gruppe feierte in der Stadthalle ihr traditionelles Königsberger Klopsessen. Die Erste Vorsitzende, Brigitte Profé, begrüßte die vielen Teilnehmer sehr herzlich. Das Essen mundete allen sehr gut und danach durfte der „Pillkaller“ nicht fehlen. Nach dem Essen gab Brigitte Profé Einzelheiten über den Ablauf des Jahresausflugs am 10. Juni 2010 nach Wesselburen bekannt. Mit Akkordeonbegleitung, es spielte wieder Nora Kawlath, wurde viel gesungen, vorgetragen wurden heitere Geschichten und Gedichte von Hildegard Hennigsen und Brigitte Profé. Gerd und Gisela Höpfner erfreuten mit einem heiteren Sketch. Im unteren Festsaal der Stadthalle fand die Karnevalsveranstaltung von Nyge-Münster statt. Bei der Gruppe stellte sich das Prinzenpaar Frank II. und Janita I. in voller Ordenstracht vor. Die Überraschung war gelungen. Ein gelungener Abend mit fröhlichen und zufriedenen Gästen.

Pinneberg – Sonnabend, 20. März, 16 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen und anschließendem Essen im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Das gemeinsame Essen findet gegen 18 Uhr – nach den Regularien – statt.

Schwarzenbek – Freitag, 19. März, 16 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in Schröders Hotel, Schwarzenbek.

Die Seiten der »Heimatarbeit«
finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Herzschmerz und Propaganda

Ostpreußische Filmreihe im Urania-Programmkino in Berlin

Nur ganz wenige eifrige Leser konnten die Ankündigung zu einer Vorführung ostpreußischer Filme im Programm-Katalog der Urania e.V. in Berlin gelesen haben.

Das Filmarchiv, Teil des deutschen Bundesarchivs in Berlin, lud darin alle Interessenten, insbesondere Ostpreußen und Freunde von Ostpreußen, zu einer Einführungsveranstaltung in den Räumen der Urania ein, der die Aufführung von sieben Dokumentar- und Spielfilmen im November und Dezember 2009 folgte. Das Besondere daran: Alle Filme stammen aus den Jahren vor 1945 und haben einen starken Bezug zu Ostpreußen. Im Text der Ankündigung konnte man lesen, worum es ging. „Die besondere Filmreihe in der Urania! Das Filmarchiv des Bundesarchivs präsentiert: ‘Zwischen Herzschmerz und Propaganda’ Eine Zeitreise durch das gewesene Ostpreußen und seine Kunstform im zeitgenössischen Filmbild.“

Mehr erfuhren die sechzig Teilnehmer in der Einführungsveranstaltung, die aus zwei Vorträgen bestand. Im ersten wurde als Hintergrund für alle Filmvorführungen die Geschichte Ostpreußens in einer kompakt gehaltenen, aber sehr präzisen Zusammenfassung von Dr. Gunnar Strunz vorgetragen. Diese schnörkellose Darstellung wurde vom Publikum mit Beifall belohnt.

Im zweiten Vortrag erläuterte Evelyn Hampicke, die Projektverantwortliche vom Filmarchiv, das Konzept einer auf Filmen basierenden Zeitreise nach Ostpreußen. Sie strich dabei heraus, wie diese Filme, die in der Zeit von 1914–1945 entstanden, den Zeitgeist verkörpern und nicht gleich erkennbare Propaganda transportieren. Zunächst im Sinne deutschnationaler Gruppen und dann – nach der Machtübernahme – als linientreue Propaganda der Nationalsozialisten. Die Ausgangspunkte Ostpreußen als deutsche Insel, als Grenzland oder gar als deutsches Bollwerk, beeinflussten die inhaltliche Filmgestaltung weniger, als es die Zuschauer nach den Ausführungen von Evelyn Hampicke erwartet hatten.

Und doch wurden – ohne dass Fahnen und Insignien des Dritten Reiches gezeigt wurden – die meisten der gezeigten Filme über Ostpreußen von den Besatzungsmächten 1945 aus dem Verkehr gezogen. Mit dieser „Inhaftierung“ sollte das eventuell vorhandene schleichende Propagandagift erst gar nicht verbreitet werden. Die sieben Filme wurden also für die Filmtage in Berlin aus dem ehemaligen Giftschrank des Bundesarchivs für diese Veranstaltung geholt, wo sie sich als „Filmevents“ (Urania-Programmkatalog) vorstellten.



Es gab viele filmische „Ostpreußenklassiker“ zu sehen. Bild: privat

Evelyn Hampicke erzählte vor der Aufführung zu jedem Film Wissenswertes über Handlung und Darsteller und diskutierte nach der Vorführung mit den Besuchern, zum großen Teil Ostpreußen, über den Inhalt und seine Darstellung im Film.

Dabei stellte sich heraus, die „Propaganda-Dosierung“ war bei den Filmen unterschiedlich stark. Bei keinem der gezeigten Filme jedoch konnte man von einem Propagandafilm sprechen. Und etwas anderes wurde deutlich: Bei einigen Filmen der Reihe bestand nur eine geringe Verbindung zu Ostpreußen und seinen Menschen. Zwei, denen die Nähe zu Ostpreußen nicht abgesprochen werden konnte, waren der Kriegsfilm „Tannenberg“ (1932) und die Filmkomödie „Steputat und Co.“ (1938), diese beiden, und der Film „Henker, Frauen und Soldaten“ (1935) bildeten das Kernstück der Reihe. Es könnte ja sein, dass sich der eine oder andere Leser noch an seine frühen Filmerlebnisse vor 1945 erinnern kann.

Das Filmarchiv des Bundesarchivs hatte mit der Zusammenstellung der Ostpreußenfilme eine gute Idee realisiert. Eine Idee, die schon bestehende Informationsmaßnahmen ergänzt. Dass einige Filme zum ersten Mal nach 1945 gezeigt wurden – eine Überraschung auch für Cineasten. Und es geht weiter. Die zweite Staffel der Ostpreußenreihe lief bereits in der Urania. Sie enthielt solche Ostpreußen-Klassiker wie: „Stärker als die Liebe“ (1938), „Johannisfeuer“ (1939) und „Heimaterde“ (1941).

Günter Haugwitz

Schwedenrätsel

Ertrag, Nutzen | frühere franz. Silbermünze | innere Zerrissenheit | Feingewicht für Edelmetalle | Unsinn | Fluss zur Rhone | auf eine Gefahr hinweisen | ugs. abwertend: altes Auto | eiförmig | plötzliches Anreißen | stürzende Schneemasse | persönl. Fürwort (dritte Person) | Reihe, Folge | ein Blutgefäß
Tennis: Schmetterball (engl.) | fortgehen; sich abwenden
ernennen, ausersehen | früher: persönliche Dienerin | eine der Musen | langschwänziger Papagei | Wechsel, Umgestaltung | österreichische Hauptstadt | Helfer in der Not
nordischer Hirsch | norwegischer Dichter (Henrik) | Facharbeiter
amerik. Schriftsteller (Truman) | Strom in Ostasien | altnord. Donnergott | Schiffsfahrt | Hunnenkönig Attila (dt. Name) | stiller Zorn | Gesteinsgebilde | vertraulich, im engsten Kreis
Haushaltsplan | vergöttern, verehren | immun, geschützt
langes, wallendes Haar | weltumfassend | Vorder-, Mittelasiat | Nadelbaum | Paarungszeit der Vögel | Gebälkträger (Baukunst)
Standortbestimmer (Schiff) | ein Germane | Heilverfahren; Heilurlaub | Musik: an keine Tonart gebunden | Gebäck, Unterlage für Konfekt
Spazierfahrt, Ausflug | verschwommen, vage | Untugend
Stadt in der Schweiz | netzartiges Gewebe | kleines Dorf, Flecken | Gestell
Brettspiel | Behälter aus Pappe | Staat in Südostasien | starker Drang; äußerer Druck
Fischfanggerät | Hafenstadt in Norwegen | Brauch, Sitte (lat.)
poetisch: aus Erz bestehend | Brutstätte | Schulabschlussprüfung
lächerlich, kindisch | berittener Stierkämpfer | kahl werden (Tannen) | flüssiges Fett | Flugtier
poetisch: Leid, Schmerz | Schau auf gefrorener Fläche
Dreschabfälle | Sinnesorgan | Oper von Puccini | Knochenfisch mit Bartfäden | biblischer Stammvater | hochgewachsen; ausgedehnt
Präsident der USA (Jimmy) | eine Zahl | Gewürz-, Heilpflanze | Schreitvogel, Sichler | Nichtfachmann
Prophet und Buch des A. T. | Stadt an der Donau
Gemüsepflanze | Kfz-Zeichen Speyer | Abk. für Hektoliter | Zarenname | Farbe
sehr kurze Kleidung | französisch: er
Damenslip | Prachtgebäude | Aufbau, Gliederung

So ist’s richtig:

■	■	Z	■	U	■	■	I	■	W	■	C	■	O	■	■	■	L	■	■	V	■
G	E	W	I	N	N	■	S	M	A	S	H	■	V	E	R	L	A	S	S	E	N
■	C	I	■	Z	O	F	E	■	R	■	A	R	A	■	U	■	W	I	E	N	■
K	U	E	R	E	N	■	R	E	N	■	I	■	L	A	C	K	I	E	R	E	R
■	■	S	■	■	S	E	E	R	E	I	S	E	■	E	K	■	N	■	I	■	E
C	A	P	O	T	E	■	■	A	N	B	E	T	E	N	■	G	E	F	E	I	T
■	M	A	E	H	N	E	■	T	■	S	■	Z	E	D	E	R	■	E	■	N	T
■	U	L	■	O	S	T	G	O	T	E	■	E	■	E	■	O	B	L	A	T	E
O	R	T	E	R	■	A	L	■	U	N	K	L	A	R	■	L	A	S	T	E	R
						T	O	U	R	■	U	■	T	U	E	L	L	■	L	R	■
						■	B	■	K	A	R	T	O	N	■	■	Z	W	A	N	G
						H	A	L	M	A	■	A	N	G	E	L	■	E	N	■	E
						A	L	B	E	R	N	■	A	■	■	A	B	I	T	U	R
						■	■	■	N	A	D	E	L	N	■	O	E	L	■	S	U
						S	P	R	E	U	■	H	■	E	I	S	R	E	V	U	E
						■	I	■	■	■	W	E	L	S	■	■	G	R	O	S	S
						■	C	A	R	T	E	R	■	T	A	■	E	■	G	■	T
						S	A	U	B	O	H	N	E	■	D	A	N	I	E	L	■
						■	D	G	■	S	■	■	I	W	A	N	■	B	L	A	U
						H	O	E	S	C	H	E	N	■	M	I	N	I	■	I	L
						■	R	■	P	A	L	A	S	T	■	S	Y	S	T	E	M

Diagonalrätsel: 1. Anlauf, 2. Imitat, 3. Suelze, 4. Nation, 5. Genuss, 6. Remise – Ameise, Falter

Kreiskette: 1. Finnin, 2. Figaro, 3. ratsam, 4. Satire, 5. Renoir – Information

Sudoku:

9	6	4	1	7	5	2	8	3
5	2	7	8	3	9	6	4	1
8	3	1	2	4	6	5	9	7
6	9	5	7	8	3	4	1	2
4	1	8	6	9	2	3	7	5
3	7	2	4	5	1	8	6	9
2	4	3	9	6	7	1	5	8
7	5	6	3	1	8	9	2	4
1	8	9	5	2	4	7	3	6

Sudoku

9		4				2		3
5			8		9			1
			2		6			
6		5	7		3	4		2
3		2	4		1	8		9
			9		7			
7			3		8			4
1		9				7		6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

1					
2					
3					
4					
5					
6					

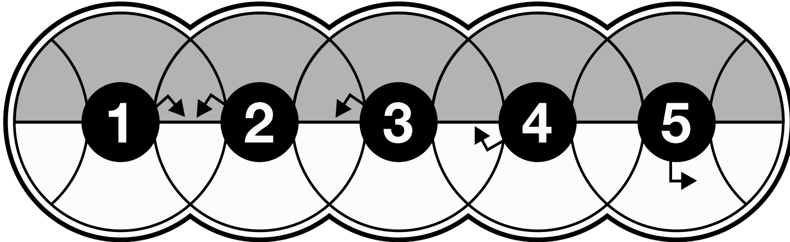
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Insekten.

1 Strecke vor dem Sprung
2 Nachahmung eines Edelsteines
3 Fleisch in Gallertmasse
4 Volk, politische Gemeinschaft
5 inneres Behagen, Vergnügen
6 Wagenschuppen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Mitteilung, Nachricht.

1 Nordeuropäerin, **2** Opernfigur bei Mozart, **3** empfehlenswert, **4** Spottschrift, **5** französischer Maler (Auguste)



Verwöhnt mit den Schätzen der Natur

Entspannung im Heu, Schönheit durch Kalk – Angebote von Südtirol bis Rügen

Ob Kräuter, Sole, Moor – Wellness setzt auf natürliche Produkte und dabei auch gern auf regionale. So steht der alpinen Wellness ganz selbstverständlich die maritime gegenüber.

Seit über 100 Jahren schon pilgern Kurgäste nach Völs am Schlern in Südtirol, um inmitten des gärenden Dolomitenheus Gesundheit und Wohlbefinden zu finden. Es sind hier meist Blattpflanzen wie Frauenmantel, Edelraute, Arnika, Speik, Quecke, Lolch und Schwingel, die diesen Gärungsprozess bewirken und eine Temperatur von 40 bis 60 Grad erreichen. Bis zum Hals in den gärenden Heuhaufen eingegraben, beginnt man nach kurzer Zeit aus allen Poren heftig zu schwitzen – und den Stoffwechsel mächtig in Schwung zu bringen.

Rund 15 bis 20 Minuten dauert das traditionelle Heubad. Danach geht's in Leinentücher und Decken eingewickelt in einen Nebenraum zum Nachschwitzen. Eine Behandlung, der sich in dem kleinen Bergdorf schon vor 100 Jahren weit über 1000 Gäste jährlich unterzogen, wie die Begründer des dortigen Heubadebetriebes, der Gemeindearzt Dr. Josef Clara und der visionäre Wirt Anton Kompatscher, in ihrem Rechenschaftsbericht von 1903 und 1904 festhielten.

Schon Ludwig van Beethoven nahm Heubäder

Erfunden hatten sie das Heubad nicht. Das waren die Bauern, die bei der Ernte auf den hochgelegenen Bergalmen ihr Nachtlager im Heustock nahmen und dabei die Erfahrung machten, dass danach die große Ermüdung vom Vortag wie weggeblasen war und sie wieder leicht und frisch an die Arbeit gehen konnten. Bald dienten Heubäder neben der Erfrischung auch zur Linderung rheumatischer Beschwerden. Wie es heißt, habe selbst der an Hydrops (Beinödem) leidende Ludwig van Beethoven bei seinem Bruder, einem Apotheker, reichlich Heu zur Durchführung von Heubädern angefordert. Wer heute ins Heu steigt, wünscht sich vor allem eines: erholsame Entspannung. Er sucht Wohlbefinden, er will Wellness.

Was den Menschen in den Alpen recht ist, ist den Meeresanrainern billig. Denn auch im Norden badet man nicht nur im Meerwasser, sondern auch in Kreide. Im weißen Gold der Ostseeküste, das auf der Insel Rügen seit über 250 Jahren im Tagebau gewonnen wird. Keine Angst: Die spektakuläre Küste mit ihren Kreidefelsen ist davon unberührt geblieben. Naturschützer hatten rechtzeitig protestiert und die Rügener Kreideproduzenten gebremst, bevor sie sich an den legendären Klinken vergreifen konnten. Die bizarre Landschaft steht seit 1929 unter Naturschutz. 1990 wurde das gesamte Gebiet der Stubnitz im Norden der Insel mit rund 3000 Hektar zum Nationalpark Jasmund erklärt, der eine Fläche von 30 Quadratkilometern umfasst und damit der kleinste Deutschlands ist.

Der Siegeszug der Heilkreide begann vor genau 100 Jahren in Saßnitz, wo sie ab 1910 erfolgreich eingesetzt wurde. 1932 lieferte der Universitätsprofessor Payer vom Chemisch-Physikalischen Universitäts-Institut in Breslau dazu die ersten wissenschaftlichen Untersuchungen. Im Rügenschen Kreiskrankenhaus kam Dr. Seiffert zu der Erkenntnis: „... in 90 Prozent der Fälle sind die Erfolge mit Rügener Heilkreide mehr als gut ...“ Und der Sassnitzer Chefarzt Dr. Friedrich Karl Wünn bescheinigte schon seinerzeit bei 97 Prozent seiner Patienten „eine günstige Beeinflussung“.

Gegen Ende der 1960er Jahre gingen die Heilkreide-Behandlungen dennoch deutlich zurück, um 1972 endgültig in einen Dornröschenschlaf zu fallen, aus dem sie erst 1995 wieder erwachten. Mittlerweile ist das allergenfreie Naturprodukt, das so gut wie keine Nebenwirkungen hervorruft, aus dem Angebot der Ostseeinsel nicht mehr wegzudenken. Dabei kann man im Kosmetik- und Wellness-Bereich statt von einem Heilmittel von einem Schönheits- und Genussmittel sprechen.



Heilende Kreide: Packungen regen Stoffwechsel an. Bild: pa

Denn mit Wasser vermischt, entschlackt das feinkörnige, schneeweiße, geruchlose Material nicht nur den Körper und lindert Schmerzen, es zaubert auch noch ganz nebenbei eine „neue“ reine zarte Haut. Ob im Rasul- (entschlackendes Schlammbad) oder Serailbad (Saunavariante mit Heilschlamm), als Soft-Pack im Wasserbett, mit Meersalz, Algen, Seegras, Sole, Frucht-Trester, Tonerde, Honig, Stutenmilch oder mit duftenden Ölen versetzt, ein Bad oder eine Packung mit Kreide fühlt sich gut an, entspannt und macht schön.

Aufgrund des relativ hohen ph-Wertes der Kreide kann die Hautoberfläche allerdings trocken werden. Von den Zusätzen einmal abgesehen, kann im kosmetischen Bereich der Kreidebrei daher mit Sole statt mit Wasser angerührt werden, um den ph-Wert den individuellen Hautbedürfnissen anzupassen. Nach dem Kreidebad ist eine nachsäuernde Maßnahme empfohlen, wie zum Beispiel ein Ölbad oder eine Massage mit Öl. 20 Minuten wohlige Ruhe danach runden die Anwendung ab.

Etwa 98,2 Prozent reines Kalziumkarbonat und geringe Teile an Silizium-, Magnesium-, Aluminium-, Eisen-, Jod- und Phosphorverbindungen sorgen für eine besonders gute Speicherfähigkeit, sowohl für Wärme- als auch für Kälteanwendungen. Beide stimulieren den Stoffwechsel, regen die Regeneration der Hautzellen an und schaffen dadurch eine bessere Atemfunktion und Sensibilisierung der Haut. Auch die Sensibilisierung des Immunsystems und die Anregung der Durchblutung zählen zu den positiven Effekten.

Helga Schnehagen

Südliche Sonne oder Minustemperaturen?

Mehr als eine halbe Million Deutsche verbringen die Wintersaison im mediterranen Klima

Eine Kreuzfahrt, die günstiger ist als ein Seniorenheim? Ist das überhaupt möglich? Im Internet wurde kürzlich eine Geschichte von einer Dame veröffentlicht, die eben dies behauptet. Nach ihrer Rechnung müsste sie im Schnitt für ein Seniorenheim zirka 80 Euro pro Tag zahlen, während eine Langzeitbuchung auf dem Kreuzfahrtschiff mit entsprechenden Frühbucher- und Rentnerrabatten bei 56 Euro pro Tag läge. Im Schnitt veranschlagt sie 2400 Euro monatlich für einen Aufenthalt im besseren Seniorenheim bei Pflegestufe 0 oder 1. Das entspricht durchaus der Realität. Eine 30-tägige Kreuzfahrt für diesen Preis hat die *PAZ* allerdings nicht finden können, auch mit Frühbucher-, Rentner- und Geburtstagsrabatt lagen die Preise bei mindestens knapp 3000 Euro in einer Einzelkabine. Auch zu der vorteilhaftesten Rechnung kommen noch Wohnungskosten beziehungsweise Heimplatzgebühren in Deutschland hinzu. Denn keine Kreuzfahrt dauert ewig. Daher erscheint es utopisch, auf einem Schiff billiger seinen Lebensabend zu verbringen als in einem Seniorenheim, auch wenn es allemal aufregender und bequemer an Bord zugeht.

Unkosten daheim nicht vergessen

Welche Alternativen gibt es jedoch, günstig im warmen Süden zu überwintern? Ist es realistisch, dass man dank so genannter Rentnerangebote seinen Lebensabend als Langzeiturlauber verbringt und das nicht nur unter der Sonne, sondern viel günstiger als im kalten Deutschland?

Tatsächlich gibt es Regionen, in denen das Überwintern unter Palmen noch nicht einmal die Hälfte des deutschen Durchschnittsverbrauchs im Monat kostet und deren Lebensstandard durchaus mit dem deutschen vergleichbar ist, so das bei vielen verpönte Thailand.

Das Phänomen des Langzeiturlaubers ist keine Erscheinung jüngster Zeit, bereits Anfang der 70er Jahre mokierte sich der „Spiegel“ über rüstige Rentner auf Mallorca. Doch bisher konnten sich nur finanziell besser gestellte Senioren den Luxus eines Zweitwohnsitzes im sonnigen Süden erlauben. Mit der Wirtschaftkrise senkten allerdings auch viele Reiseanbieter ihre Preise, und so findet man bereits günstige Offerten für den Langzeiturlaub in einem Apartmenthotel, welches einen durchaus hotelähnlichen Service anbietet.



Auf Kreuzfahrt: Den Lebensabend genießen Bild: Mauritius

Betreutes Wohnen wirbt mit altersgerechter Wohnumgebung und den Möglichkeiten, sich bei Schwierigkeiten, so etwa wenn man einen Arzt benötigt oder eine Einkaufshilfe, an die Betreuer zu wenden. Solch einen Rundumservice bietet mittlerweile auch jedes Hotel. Für Verpflegung steht zwar normalerweise ein Restaurant zu Verfügung, aber selbstverständlich wäre diese auch auf dem Zimmer gegen Aufpreis möglich. Um jegliche Probleme kümmert sich der Concièrge, Arztbesuche, aber auch Eintrittskarten oder Tagesausflüge bucht er gerne für seine Gäste.

Im Betreuten Wohnen muss man inklusive Verpflegungspauschale mit einem monatlichen Preis von zirka 1200 Euro rechnen. Einen gleichwertigen Alles-inklusiv-Urlaub gibt es zum Beispiel in einem Vier-Sterne-Hotel mit Flug in die Türkei für vier Wochen außerhalb der Saison ab 700 Euro pro Person.

Gerade nach dem langen Winter wünscht man sich endlich ein bisschen Wärme, doch die gibt es bei uns nicht vor Mai. Und so machen inzwischen mehr als eine halbe Million Deutsche jeden Winter im milden, mediterranen Klima Urlaub. Wer gesundheitliche Probleme hat, kann auch einen Arzt dazu buchen. Anbieter wie Tour Vital bieten solche ärztlich begleiteten Reisen weltweit und werben im „schönsten Denglisch“ für „Medical Wellness Aufenthalte“. Auch Clubhotels haben ihr Angebot an die Klientel angepasst, morgendliche Gesundheits-Checks, spezielle Senioren-Gymnastik, aber auch Sprachkurse, Gedächtnisübungen und Ausflüge mit einem Betreuer stehen auf dem Programm, denn schließlich sollte der Urlaub nicht nur gesund, sondern auch aktiv verbracht werden.

Auch in Hotels gibt es Betreuer

Man kann also durchaus für wenig Geld im warmen Ausland überwintern. Allerdings fallen die finanziellen Belastungen daheim, außer den hohen Heiz- und Stromkosten, nicht weg. Wenn man jedoch eine Region für den Urlaub gewählt hat, in der die Lebenshaltungskosten im Vergleich zur Heimat gering sind, oder man für wenig Geld einen Alles-inklusiv-Urlaub, bei dem die komplette Verpflegung dabei ist, bucht, dann kann die Rechnung doch aufgehen und man lebt als Langzeiturlauber in der Südsee günstiger als die Daheimgebliebenen.

Anna Gaul

IN KÜRZE

Aktionstag für gleichen Lohn

Von wegen gleichberechtigt: Frauen verdienen hierzulande im Durchschnitt fast ein Viertel weniger als Männer. Laut aktueller EU-Statistik nimmt Deutschland damit einen traurigen Spitzenplatz bei der Ungleichbezahlung ein, wobei allerdings gleiche Tätigkeiten auch meistens gleich bezahlt werden. Hauptursache der Differenz ist, dass Frauen in Deutschland zu größeren Anteilen weniger gut bezahlte Tätigkeiten ausüben und öfter in Teilzeit arbeiten. So oder so: Der Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, der „Equal Pay Day“ (Tag der gleichen Bezahlung), macht am 26. März auf diese Unterschiede aufmerksam.

Frauen haben in Deutschland im Jahr 2009 mit durchschnittlich 14,51 Euro brutto pro Stunde 4,39 Euro weniger verdient als Männer. Damit lag dieser Rückstand wie bereits in den Vorjahren bei 23 Prozent.

Frauen verdienen meist weniger

Die größte Gehaltsschere gibt es bei unternehmensnahen Dienstleistungen (30 Prozent), dicht gefolgt vom Kredit- und Versicherungsgewerbe (29 Prozent) und dem verarbeitenden Gewerbe (28 Prozent). Geringer fällt das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern im öffentlichen Dienst aus. Hier ermittelte das Statistische Bundesamt im Durchschnitt einen Unterschied von sieben Prozent. Ein wichtiger Grund für die Ungleichheit sei die hohe Teilzeitquote von Frauen und der hohe Anteil von Frauen im Niedriglohnbereich, so der zuständige EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla.

Mittel- und Westdeutschland gehen dabei auseinander. Während in Mitteldeutschland die Differenz kleiner wird, klafft die Lücke in Westdeutschland weiter auseinander. So stieg der Verdienstunterschied in den alten Bundesländern von 24 auf 25 Prozent, während er in den neuen Bundesländern von sechs auf fünf Prozent sank. Im EU-Vergleich – hier beträgt der Unterschied 17,4 Prozent – erreicht Deutschland damit den siebtletzten Platz.

Hauptlast der Familienarbeit

Dass Deutschland besonders schlecht dasteht, hat viele Ursachen. Ganz zentral ist allerdings, dass Frauen noch immer die Hauptlast bei der Familienarbeit tragen. Nur etwa 30 Prozent der Mütter mit Kindern unter drei Jahren sind erwerbstätig, jedoch 85 Prozent der Väter. „Ich verstehe nicht, warum die Arbeit am Kind schlechter bezahlt wird als die Arbeit am Auto“, sagt Dagmar Bischof, die Präsidentin vom Frauennetzwerk Business and Professional Women (BPW).

Im Jahr 2009 hat sich ein nationales Aktionsbündnis formiert, um sich gemeinsam für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen einzusetzen. Die ihm angehörenden Organisationen rufen für den 26. März zu Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Lohnunterschiede auf. Unter dem Motto: „Bekommen Sie, was Sie verdienen?“ sind für den Aktionstag in etwa 90 Städten und Gemeinden bereits 122 Veranstaltungen wie Seminare für Frauen, Info-Stände und Podiums-Diskussionen angemeldet.

C. Weinert

Mehr als nur Essen



Martin Suter entdeckt die Küche

In seinem neuen Roman „Der Koch“ hat es der erfolgsverwöhnte Schweizer Autor Martin Suter – ähnlich wie in seinem Roman „Huber spannt aus“ oder „Unter Freunden“ – wieder auf die „Wirtschaftselite“ abgesehen. Auf jene Drahtzieher, die skrupellos finanziell absahnen, wenn es um Korruption, Hinterziehung, Waffenschieberei und sonstige schmutzige Geschäfte geht.

Der 33-jährige tamilische Asylant Maravan arbeitet als Hilfskraft in einem Züricher Sternehotel, dem Huwyler. Dass Maravan nicht nur ein begeisterter, sondern auch ein begnadeter Koch ist, würde ihm nie jemand der anderen Mitarbeiter in der Küche zugestehen, schon gar nicht der arrogante Küchenchef.

Mit dem Roman „Der Koch“ scheint Martin Suter es sich unter anderem vorgenommen zu haben, dem Leser das Wasser im Munde zusammenlaufen zu lassen, denn er beschreibt haarklein, welche Spezialitäten der tamilische Koch bei sich zu Hause zubereitet. Doch ist das Geheimnis an Maravans Gerichten nicht nur der exotische Geschmack der Zutaten und deren Zubereitung, welche seine Großtante ihn in seiner Heimat Sri Lanka gelehrt hat, sondern auch deren aphrodisierende Wirkung.

Durch Zufall lernt auch Maravans bildhübsche Kollegin, die eigentlich auf Frauen steht, diese aphrodisierende Wirkung kennen und landet zu ihrer eigenen Verwunderung mit Maravan im Bett. Zunächst ist sie verwirrt, doch dann beschließt die geschäftstüchtige Andrea, Kapital aus Maravans „Kochkünsten“ zu schlagen, und gründet mit ihm einen exquisiten und teuren Lieferservice für Liebesmenüs.

Eigentlich würde sich der schüchterne Tamile nie auf diese anrüchige Bewirtungs-Idee eingelassen haben, doch da in seiner Heimat Sri Lanka ein Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen herrscht, benötigt er Geld, um es seinen Verwandten zu schicken. „Seine Familie musste sich immer öfter auf dem Schwarzmarkt versorgen, dessen Preise täglich stiegen. Vor allem die für Medikamente. Dazu kam, dass Ori, der Geldverleiher, bei Zinsverzug Strafzinsen erhob.“

Vom Catering hin zum Krieg in Sri Lanka

Und während Maravans Familie in Sri Lanka ums Überleben kämpft, haben die von der Weltwirtschaftskrise gebeutelten Geschäftsleute ganz andere Sorgen. So auch einer der Stammkunden aus dem Huwyler, der vermögende Eric Dalmann. „Für Dalmann waren die Festtage in St. Moritz der wichtigste Geschäftsevent des Jahres. Dort bot sich die Gelegenheit, Leute zu treffen, mit denen das ganze Jahr über kein persönlicher Austausch möglich gewesen wäre.“ Und an einem dieser luxuriösen Abende geschieht es, dass Dalmann mit einem Pakistani über Schützenpanzer und deren Import via USA verhandelt. Und während Maravan und Andrea nichts ahnend ihr gelobtes Liebesmenü für den Pakistani und ein paar Damen vom Begleitservice vorbereiten, plant dieser den Versand der Panzer an die srilankische Armee.

„Der Koch“ ist ein Roman, der völlig ohne Geschmacksverstärker und künstliche Aromen auskommt. Ebenso pur und intensiv wie Maravans Gerichte ist auch die Handlung dieses Romans, wenn auch eine Spur sanfter, als der Leser es von Martin Suters bisherigen Romanen gewohnt ist. *A. Ney*

***Martin Suter: „Der Koch“**, Diogenes Verlag, Zürich 2010, gebunden, 311 Seiten, 21,90 Euro*

Erst das Messer, dann die Justiz



Opfer eines versuchten Ehrenmordes berichtet über Demütigungen

„Ich weiß, wie man stirbt. Ich habe keine Angst mehr. Ich will sie nie wieder spüren.“ Mit diesen Worten begründet Aylin Korkmaz, warum sie ihr Ehemartyrium mit anschließendem Mordversuch niedergeschrieben hat und damit an die Öffentlichkeit gegangen ist. Die 1972 in der Türkei geborene Frau ist zur Vorkämpferin in Sachen Ehrenmord in Deutschland geworden. Ihr noch heute von zahlreichen Narben gezeichnetes Gesicht zeugt davon, wie ihr türkisch-kurdischer Ex-Mann auf ihren Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben reagierte: Eines Abends 2007 kurz vor ihrem Feierabend suchte ihr Ex-Mann Mehmet sie bei ihrem Arbeitgeber, einer Tankstelle bei Baden-Baden, auf, schloss den Umkleideraum, in dem er sie vorfand ab, und stach mit einem Messer 26 Mal auf sie ein. Er zerschnitt ihren Bauch und ihr Gesicht. Die herbeieilenden Tankstellenkunden brachen aufgrund ihrer Schreie die Tür auf, doch eilten ihr nicht mehr zur Hilfe, da sie sie für tot hielten und riefen „nur“ die Polizei. Erst die rief den Notarzt.

Inwieweit Aylin Korkmaz, die in der Türkei ihr Abitur machte und dann von ihrer Mutter als Ehefrau nach Deutschland „vermittelt“ wurde, das Buch „Ich schreie um mein Leben – Ehrenmord in Deutschland“ allein geschrieben hat, wird nicht erwähnt. Wenn es weitgehend aus ihrer Feder stammt, würde es verdeutlichen, wie gut ihr Formulierungsvermögen geworden ist. Denn die Autorin kam, ohne auch nur ein Wort der deutschen Sprache zu beherrschen, im Alter von 18 Jahren nach Deutschland, nur mühsam erkämpfte sie sich den Zugang zu Sprachkursen. Die ersten Wochen in Deutschland verbrachte sie in einem Auto, denn obwohl ihr Mann bei der Brautwerbung als reicher Deutscher aufgetreten war, besaß er in Deutschland nichts als Schulden. Selbst das Auto gehörte seinem Bruder.

Die inzwischen alleinerziehende Mutter von drei Kindern berichtet von ihrer glücklichen Kindheit in der Türkei, ihrem als Dolmetscher für die Amerikaner arbeitenden, westlich denkenden Vater und der von Familientraditionen geprägten Mutter. Als der Vater 1977 bei einem Unfall ums Leben kam, dominierte die Familie der Mutter. Früh merkte Aylin, dass Mädchen anders behandelt wurden als Jungen. Doch mindestens so schlimm wie der Zwang ihrer Familie, der noch mehr in ihren Traditionen verhaftete Familie ihres Mannes, seine Lügen, seine Launen und Schläge sowie der Mordversuch ist das Urteil des Landgerichtes Baden-Baden. Dieses verurteilte ihren Ex-Mann zu 13 Jahren Haft, die er bei guter Führung auf acht Jahre verkürzen kann.

Gericht berücksichtigte den kulturellen Hintergrund des Täters

Dem Urteil nach hat Mehmet Kormaz nicht aus niederen Beweggründen heraus gehandelt. Zwar legte die Kammer die Vorstellungen des deutschen Rechtsstaates zugrunde, „allerdings hat sie die besonderen Anschauungen und Wertvorstellungen des Angeklagten, der zwar schon seit 1978 in Deutschland lebte, seinen kurdisch-türkischen Wurzeln aber noch stark verhaftet war, mit in die Gesamtwürdigung miteinbezogen. Berücksichtigung fanden dabei vor allem ... der zum Ausdruck gekommene Besitzanspruch des Angeklagten, der die Geschädigte – demonstriert durch die Stiche in die Brustwarzen – auch als Frau zerstören wollte und ihr das Recht absprechen wollte, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten.“ Mildernd wirkte sich aus, dass Aylin nicht tot, nicht arbeitsunfähig und er durch die „konfliktgeprägte Vorgeschichte der Beziehung“ von Wut, Frust und Demütigung geleitet worden sei.

Aufgrund dieser Urteilsbegründung hat sich Aylin Kormaz entschieden, ihre Geschichte publik zu machen. Dass die deutsche Staatsbürgerin im Detail auf die durch ihren Mann und seine Familie erfahrenen Demütigungen – die den Leser wiederum in Wut versetzen – eingeht, ist ihre einzige Möglichkeit, sich zu verteidigen. *Rebecca Bellano*

***Aylin Korkmaz: „Ich schreie um mein Leben – Ehrenmord in Deutschland“**, Fackelträger, Köln 2010, geb., 250 Seiten, 19,95 Euro*

Von Tschechen verfolgt



Sudetendeutsche Jüdin überlebt Auschwitz und wird dann noch enteignet

Selten bekommen wir die Möglichkeit, den Schmerz und die Verzweiflung eines Menschen zu verstehen, vielleicht weil uns die Phantasie fehlt oder weil man das Unfassbare, das Grausame niemals in dem Ausmaß kennengelernt hat, um die Gefühle der Protagonisten in solch einem Moment nachzuempfinden. Das Buch von Radka Denemarková „Ein herrlicher Flecken Erde“ überrascht daher mit einer unglaublichen Wucht der Worte.

Als Gita Lauschmann, eine jüdische Sudetendeutsche und Tochter eines Großgrundbesitzers, auf wundersame Weise die Hölle des Konzentrationslagers Auschwitz überlebt und in ihre Heimat Puklitz völlig erschöpft und ausgemergelt zurückkehrt, erlebt sie das nächste Inferno. Liebe, Zuflucht, Geborgenheit wünscht sich die 16-Jährige, bloß das Grauen des Konzentrationslagers vergessen, endlich wieder daheim sein. Auch wenn ihre Eltern und ihre kleine Schwester Rosalie tot sind, bald würde ihr Bruder kommen und ein neues normales Leben könnte anfangen. Schnell werden jedoch ihre Hoffnungen begraben, denn nicht nur, dass das Familienanwesen nicht mehr ihr Haus zu sein scheint, auch sie wird von den Tschechen als Eindringling empfangen. Statt der erhofften Liebe strömt Gita ein unglaublicher Hass entgegen. Als Nazi beschimpft und gequält, entkommt sie nur knapp mithilfe der Frau, die nun ihr Elternhaus bewohnt, einem Mord.

Das Buch berichtet von ihrem letzten Versuch, bereits als eine 70-jährige Frau Gerechtigkeit zu erfahren, ihre Familie zu rehabilitieren und ihren Familienbesitz zurückzuerhalten. Doch auch nach so vielen Jahren wird sie immer noch als Feind in dem Ort gesehen, in dem sie eine glückliche Kindheit verbracht hat. Schmerzliche Erinnerungen werden von Gita immer wieder eingeblendet. Kämpfen musste sie ihr Leben lang. Und auch dieser Kampf um einen „herrlichen Flecken Erde“ scheint bereits verloren, als sich plötzlich jemand aus der eingeschworenen Gemeinde der Puklitzer auf ihre Seite stellt.

Das Buch ist keine leichte Lektüre, man kann es aber auch nicht aus der Hand legen. Nicht die Geschichte an sich, sondern vielmehr die Gefühlswelt, die Radka Denemarková aufbaut, macht dieses Buch so unvergesslich. Ständig hoffend, dass Menschen das Grauen der Vergangenheit endlich erkennen und ihre Vorurteile und Gefühlskälte ablegen, erlebt der Leser die Enttäuschungen von Gita mit. *Anna Gaul*

***Radka Denemarková: „Ein herrlicher Flecken Erde“**, DVA, München 2009, gebunden, 294 Seiten, 19,95 Euro*

Hitlers Persönlichkeit auf der Spur



Der Historiker Dirk Bavendamm erforscht Hitlers Kindheit

„Der Erlebnisgeneration, ihren Kindern und Enkelkindern“ hat der Historiker und Publizist Dirk Bavendamm seine akribische Studie „Der junge Hitler“ gewidmet. Der Autor wollte eine Forschungslücke bestmöglich schließen, da diese Lebensphase von den meisten Hitler-Biographen knapp abgehandelt worden ist, wie er in seinem Prolog „Hitler-Archäologie“ erläutert. Häufig bezieht sich der Autor auf den einzigen bekannten Jugendfreund Hitlers, August Kubizek.

Bavendamms Sprache ist klar, seine Darstellung allgemeinverständlich. Nie verliert er sich in Spekulationen. Seinen Ansatz bezeichnet er als kulturalistisch, da er dem „Phänomen Hitler“, speziell den Krisen seiner Jugendjahre, die Krisen und die Umbruchsituation in Politik und Gesellschaft an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gegenüberstellt. Warum bewunderte Hitler Schopenhauer, Mahler, Wagner und Nietzsche ebenso wie den christlich-sozialen Wiener Bürgermeister Karl Lueger? Nicht nur für Antworten auf diese Fragen ist der Autor zu neuen Erkenntnissen gelangt. Hitlers rätselhafte Persönlichkeit entwickelte sich in einer Phase der Dekadenz, in der revolutionäre Vorstellungen in Kunst, Musik und Architektur hervorgebracht wurden. Eben jene „Moderne“ war es, „die der junge Hitler einerseits bekämpft, der er andererseits aber auch gehuldigt hat“. Diesen Zwiespalt versteht Bavendamm überzeugend darzustellen. Er bringt die Wendepunkte im Leben des jungen Kunstliebhabers in Zusammenhang mit inneren Spannungen, die Hitler später selbst in „Mein Kampf“ verschleiert hat oder verschwieg. So kehrte er nach seinem Misserfolg in Wien im Herbst 1908 zur schwerkranken Mutter nach Urfahr zurück, die kurz darauf verstarb. Der irreführende Mythos vom treusorgenden Sohn entstand, einer nur von vielen.

Im dauerhaften Zwiespalt

Bei alledem darf nie vergessen werden, dass sich Hitler schon als Realschüler in Linz „zum fanatischen Deutschnationalen“ entwickelt hatte: Der Autor hebt hervor, dass das politische Interesse für die deutsche Frage am Anfang stand und durchgehend alle anderen Aktivitäten überschattet hat. Was ihn im Innersten antrieb, als er kurz darauf von Linz nach Wien zog, um seine künstlerischen Träume zu verwirklichen, war der Drang zum sozialen Aufstieg um jeden Preis. Um nichts in der Welt wollte er einen Brotberuf erlernen, dafür aber „hoch hinaus, höher als alle anderen“, wollte sich ganz nach oben arbeiten. Zunächst auf dem Feld der Kunst, „auf welchem genau, das wusste er nicht“.

An einer entscheidenden Station seines Lebens gab Hitler auf. Nach eigener Aussage hatte er nicht den Mut, sich Anfang Februar 1908 mit dem Bühnenbildner der Wiener Hofoper zu einem vorbereitenden Vieraugengespräch zu treffen. Warum? Nach nur halbherziger Vorbereitung unterzog er sich im Herbst des Jahres zum zweiten Mal der Aufnahmeprüfung für die Malschule der Kunstakademie, fiel durch und nahm endgültig Abstand von dem Plan, zu studieren. Im Übrigen räumt Bavendamm auch weitgehend auf mit dem Gerücht von der „Notzeit der Wiener Jahre“. Damals begann Hitler, sich immer stärker für Politik zu interessieren mit dem Ziel, „führend an der Schaffung eines größeren Deutschland“ mitzuwirken. Sein Antisemitismus war bereits ausgeprägt, sein Verhältnis etwa zum jüdischen Sozialdemokraten Victor Adler dagegen ambivalent. Bavendamm glaubt, dass er schon früh die Lücke zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ausmachte, in die er mit seiner eigenen faschistischen Bewegung hineinstoßen sollte.

Zur Beantwortung der Frage, was die Substanz ist, die diesen Menschen zu einer tickenden Zeitbombe machte, hätte eigentlich die Psychologie hinzugezogen werden müssen. Und doch ist die Aufarbeitung des Gesamtkomplexes verdienstvoll. *Dagmar Jestrzemski*

***Dirk Bavendamm: „Der junge Hitler – Korrekturen einer Biographie 1889–1914“**, Ares Verlag, Graz 2009, geb., 592 Seiten, 29,90 Euro*

Überlebt



Erinnerung an die Flucht

Vor einem Jahr hat der Wetzlarer Versicherungskaufmann Joachim Albrecht unter dem Buchtitel „Katjuscha lässt grüßen“ Erinnerungen an die Flucht seiner Familie aus der ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg über die Ostsee nach Rügen in den Januartagen des Jahres 1945 veröffentlicht. Jetzt legt der Autor mit „Katjuscha und ihre Folgen – Königsberg im Januar 1945“ eine erweiterte Auflage seiner Publikation vor.

Seinen Bericht eröffnet Albrecht mit einem Bekenntnis zu gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit Russland. Im Nachwort zu seinem Erinnerungsbuch greift er das vom Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1724–1804) formulierte Motto der Aufklärung – „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ – auf, um damit auf eine Möglichkeit hinzuweisen, gesellschaftspolitische Unrechtssysteme zu verhindern. Dieser Geist der Versöhnlichkeit und der Weckruf zum vernunftgemäßen Handeln prägen das Buch.

Dabei weicht der Autor keineswegs der Erinnerung an die Not und das Elend aus, denen sich die ostpreußische Bevölkerung im Januar 1945 durch den Einmarsch der Sowjetarmee ausgesetzt sah.

Die Schilderung der Nachkriegszeit und des Überlebenskampfs seiner Familie auf Rügen und später in Neubrandenburg trägt jedoch nicht den Beigeschmack von Bitterkeit. Gleichwohl vermitteln Albrechts Schilderungen dem Leser den wehmutsvollen Schmerz der Vertriebenen über den Verlust ihrer Heimat.

Nicht zuletzt wegen seines leicht zugänglichen Schreibstils, hinter dem man den Autor erzählen hört, als säße er vor einem, empfiehlt sich das Buch zur Lektüre. Darüber hinaus stellt es ein authentisches Dokument eines Zeitzeugen dar. Die zahlreichen Privatfotos vermitteln dem Leser eine willkommene Nähe zum Autor. *EB*

***Joachim Albrecht, „Katjuscha und ihre Folgen – Königsberg im Januar 1945“** ist beim Autor, Elsa-Brandström-Straße 41 in 35578 Wetzlar (Telefon: 06441/7 34 40) für 14,80 erhältlich.*

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute
Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken.
Geb., 160 Seiten, Best.-Nr.: 1566
statt € 24,90
nur € 14,90

Sonderangebot
Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50

Winfied Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 19,80

Elchschaufel-Krawattenklammer
Emailliertes Wappen
auf schwarz eloxierter Klammer. In dem Wappen befindet sich die Elchschaufel auf weißem Grund.
Maße des Wappens:
H: 18 mm, B: 16 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 6801, € 12,95

Geschenkartikel
Albertus klein
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 20 mm, Breite: 17 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6645, € 4,95

Albertus groß
vergoldet, massive Ausführung an Nadel mit Sicherung,
Höhe 32 mm,
Breite: 28 mm (ohne Nadel)
Best.-Nr.: 6644,
€ 6,95

Alberten-Manschettenknöpfe
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6831, € 24,95

Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504
Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien - Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen- Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642
Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Je Anstecker nur € 2,95

Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80

Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820
statt früher € 15,90
nur noch € 7,95

CD
Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900
€ 13,90

Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809, € 24,95

Armin Fuhrer / Heinz Schön
Erich Koch - Hitlers brauner Zar
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 6913, € 24,90

PMD Preußischer Mediendienst
Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Hans-Olaf Henkel
Die Abwracker
Wie Zocker und Politiker unsere Zukunft verspielen
Gut gemeint ist das Gegenteil von gut gemacht
Es war einmal eine Krise. Doch schnell ist der Staat in die Rolle des Retters geschlüpft. Ist nun wieder alles gut?
Die Politik tut so, als habe sie alles im Griff – dabei hat sie weiter keine Idee, als mit vollen Händen das Geld herauszuwerfen: Mit Milliarden wird ein Rettungsschirm aufgespannt über Banken und Unternehmen, als gäbe es kein Morgen. Aber die Folgen dieses Aktionismus werden uns unausweichlich einholen. Schonungslos beschreibt Hans-Olaf Henkel, wer versagt hat und warum. Und sagt: Höchste Zeit zum Gegensteuern! Denn: Verglichen mit dem Sturm, der uns bevorsteht, war die Finanzkrise nur eine leichte Bö.
Geb. 256 Seiten mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 6922
€ 19,95

Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847
€ 19,90

Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95

Ab d. 25.3. lieferbar
General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb.,160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80

Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80

CD
Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert
1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; u.v.m.
Best.-Nr.: 6899, € 13,90

CD
Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893, € 13,90

CD
Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Doppel-CD
Georg Friedrich Händel
Orgelkonzerte Op. 4
Johannes- Ernst Köhler, Orgel und dem Kammerorchester der Staatskappelle Weimar
Aufnahme von 1975, Spieldauer: CD 1: 52,50, CD 2: 56,36
Best.-Nr.: 6915, € 16,95

CD
Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel,
Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

Pommern, Schlesien, Sudeten Ost-und Westpreußen
Die Heimat unvergessen!
Best.-Nr. 6349
Best.-Nr. 6347
Best.-Nr. 6348
Best.-Nr. 6216
Best.-Nr. 6472
Best.-Nr. 6473
Best.-Nr. 5538
Best.-Nr. 5539
Rundstempel
Durchmesser 30 mm
je Stück € 12,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund
Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Hans Joachim Kroschewsky
Königsberg/Ostpreußen - Wir wollten nur leben
Kart., 621 Seiten
Best.-Nr.: 6914, € 24,90

Arno Surminski
Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95

Königsberg-Schlüsselanhänger
Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

Manschettenknöpfe-Preußenadler
Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet,
Oberfläche emailliert,
Durchmesser= 20 mm
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782, € 24,95

Preußen-Schlüsselanhänger
Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 11/10
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ausländische Wurzeln

Wiesbaden – In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen haben mehr als 40 Prozent der unter Zehnjährigen einen Immigrationshintergrund, mindestens ein Elternteil ist also nicht in Deutschland geboren. Das gleiche gilt für die Nordhälfte Baden-Württembergs, für Süd-Hessen und weite Teile Nordrhein-Westfalens. Dies teilt das Statistische Bundesamt mit. Am geringsten ist ihr Anteil demnach in den Neuen Bundesländern. *H.H.*

Teurer Patriotismus

Pressburg – Der Ministerpräsident der Slowakei Robert Fico hat Staatspräsident Ivan Gasparovic gebeten, das beschlossene Patriotismusgesetz nicht fristgemäß zum 1. April, sondern erst zum 1. September zu unterzeichnen. Die Flaggen, Wappen und Verfassungstafeln, die in jedes Klassenzimmer sollen, seien in der kurzen Zeit nicht zu beschaffen. Das Gesetz schreibt auch vor, alle Schultage und öffentlichen Veranstaltungen mit der Hymne zu beginnen. *H.H.*

ZUR PERSON

Eine »Granate« aus Danzig

Sie brachte einen Schuss Feminismus in die deutsche Politik, was für eine CDU-Frau ungewöhnlich war. Andererseits ist sie auch der Beweis dafür, dass eine unverheiratete und kinderlose Frau auch lange vor Angela Merkel Karriere in der Union machen konnte.

Das an Margret Thatcher erinnernde Auftreten und ihre Konversion zum Katholizismus mit 14 – zuletzt hatte sie sich für das Volksbegehren „Pro Reli“ zur Erhaltung des Religionsunterrichts in Berlin stark gemacht – haben **Hanna-Renate Laurien** (zu Unrecht) sogar den Ruf eingebracht, eine Konservative in der Union zu sein.

1928 wurde Laurien in Danzig geboren, doch ihre Jugend verbrachte sie in Brandenburg und Berlin. Bei Kriegsende musste sie zum Reichsarbeitsdienst. Nach dem Krieg studierte die junge Frau zunächst an der Humboldt-Universität im kommunistisch beherrschten Ost-Berlin. 1948 gehörte sie zu den Gründungsmitgliedern der Freien Universität Berlin im freien Teil der Stadt. Sie machte Karriere in Westdeutschland, erst in Nordrhein-Westfalen, dann in Rheinland-Pfalz. Dort wurde sie Kultusministerin. Später wechselte Hanna-Renate Laurien nach Berlin, wo sie Schulsenatorin wurde. Sie galt als bodenständige Frau (Spitzname: Hanna-Granate), die den Kontakt zum Bürger nicht verloren hat: Ihre Nummer stand im Telefonbuch.

Ihre Hoffnung, Nachfolgerin Richard von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister zu werden, scheiterte am Ehrgeiz Eberhard Diepgens und an der Berliner Parteibasis. Trotzdem galt sie bis zum Ausscheiden aus ihrem letzten Amt (Parlamentspräsidentin) 1995 als sehr beliebte Politikerin. Ihr Tod am 12. März wurde parteiübergreifend bedauert. *M.S.*



Zeichnung: Mohr

Im Kreise unserer Freunde

Wie die EU-Partner Deutschland doch noch kleinkriegen, was die Banken davon haben, und warum Westerwelle alles richtig machte / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Unsere Vorstellung von Geld ist naiv, sagen die Fachleute. Wir haben da immer sowas Festes im Auge, etwas, das den Wert aufbewahrt. Ganz falsch: Geld sei nur ein Schmiermittel, sagen die, die es wissen müssen. Daher komme es auch nicht darauf an, wie viel davon da sei, sondern darauf, dass es möglichst schwungvoll im Geldkreislauf herumrausche.

Das Bild vom Kreis ist einprägsam und obendrein volkspädagogisch hilfreich. Denn wenn der deutsche Steuerzahler das Bild erst einmal richtig falsch verstanden hat, dann ist es ihm vollkommen schnuppe, wenn er wieder einmal zugunsten von sonstwem abgezockt wurde. Der Kreis ist ja rund, das Geld kommt also unvermeidlich zu ihm zurück, er muss nur warten.

Mit dem Kreis argumentieren auch die Griechen, wenn es um unser Geld geht: Schließlich kauften sie mit den deutschen EU-Subventionen doch massenhaft deutsche Waren. Also seien es doch eigentlich sie, denen zu danken wäre, weil sie den tollen deutschen Export am Leben erhielten. Ohne den vom deutschen Steuerzahler subventionierten griechischen Kunden wäre die deutsche Wirtschaft nämlich längst an der „Konsumzurückhaltung“ auf ihrem Heimatmarkt verendet.

Ja, wenn man es so betrachtet. Und so betrachtet es mittlerweile halb Europa, nur dass man der Meinung ist, dass auf der deutschen Seite des Kreises immer noch viel zu viel Geld übrigbleibt. Eigentlich war geplant, die wirtschaftliche Dominanz Deutschlands schon mit der Abschaffung der D-Mark kleinzukriegen. Daraus ist bislang nichts geworden, was zu erheblicher Verärgerung bei unseren Freunden und Partnern geführt hat.

Damit der Kreis wieder harmoniert und das von den deutschen Exporteuren erwirtschaftete Geld schnell wieder abfließt, soll ein „Europäischer Währungsfonds“ eingerichtet werden. Die Idee stammt ironischerweise von einem Deutschen, dem Chefvolkswirt der Deutschen Bank Thomas Mayer. Den Urheber bewogen recht persönliche Gründe zu seinem Vorschlag: Herr Mayer hat nämlich Angst, und mit ihm viele seiner Kollegen. Die Banken haben den Griechen und anderen Wackelländern reichlich Geld geliehen, weil die Länder wegen ihrer fraglichen Kreditwürdigkeit so wunderbar hohe Zinsen zahlen. Da konnte man ganz risikolos Reibach machen.

Ja, von wegen „risikolos“! Seitdem der mögliche Staatsbankrott der Hellenen im Raum steht, steht Herrn Mayer der Schweiß auf der Stirn. Mit dem Währungsfonds wäre er gerettet, denn dann stünde der deutsche Steuerzahler gerade für die Sicherheit der Bank-Profite. Aber nicht dass einer denkt, hier würden – wieder einmal – private Gewinne auf Kosten der deutschen Allgemeinheit abgesahnt. Das wäre billige Bankenschelte. Nein, denken wir an den Kreis: Solange die Griechen Geld haben, beleben sie den deutschen Markt und helfen unserer Wirtschaft, die hiesige Konsumflaute, sprich: unsere Sparsamkeit, zu überstehen. Also profitieren doch alle, und wir Deutschen ganz besonders. Deshalb bastelt Wolfgang Schäuble bereits am Modell jenes „Währungsfonds“, auf dass wir Deutsche noch mehr profitieren können.

> Juncker will den Deutschen die Steuern erhöhen, damit sie endlich schwächer werden

Das hört sich doch alles wunderbar an, und trotzdem will bei uns keine rechte Freude aufkommen. Wir ahnen, dass etwas faul ist an dem Kreiszauber. Im Grunde könnte sich so ja auch ein Bankräuber rechtfertigen: „Herr Richter, zu meiner Verteidigung möchte ich vorbringen, dass ich die Beute sofort komplett verjubelt habe, was über den Geldkreislauf den Kunden der beraubten Bank zugute kam und damit der Bank selbst, womit sie am Ende von meinem Raub sogar profitiert hat. Die Bank müsste mir dankbar sein, denn ohne meine Prasserei hätten weder der Rolexverkäufer noch der Sportwagenhändler noch der Puffkönig soviel Bares auf ihre Konten bringen können.“

Ob das Eindruck macht vor Gericht? Wohl kaum, und auch der EU-Kreislauf stinkt uns allmählich. Die Rollenverteilung ist nämlich ungleich: Herr A (das sind wir) erwirtschaftet, was Herr B konsumiert, wofür der sich von Herrn A bezahlen lässt, damit kein „wirtschaftliches Ungleichgewicht“ entsteht. Und Herr A soll sich artig beim Herrn B bedanken, weil der ihm seinen Arbeitsplatz sichert.

Hinten am Horizont tut sich unterdessen eine schauerliche Perspektive auf: Die Furcht geht um, dass sich das vermeintlich so starke Deutschland zu Tode profitieren könnte, dass ihm die Luft ausgeht, womit der schöne Kreislauf auseinanderflöge. Das jedoch mag man sich in Paris, Luxemburg oder Brüssel gar nicht vorstellen, weshalb man diesen Gedanken verdrängt und heftig auf die deutschen Exporttäter eindrischt, die noch mehr zahlen sollen. Oder wenigstens ihre eigene Wirtschaft so schwächen, dass die anderen Europäer ruhiger schlafen können. Der Chef der Euro-Finanzminister, der Luxemburger Jean-Claude Juncker, schlägt vor, dass Berlin seinen Staatsdienern deutlich mehr Gehalt zahlt. Dafür müsste man die Steuern erhöhen, was die deutsche Wirtschaft wunschgemäß beeinträchtigen würde.

Ins Werk setzen soll solche Maßnahmen eine „europäische Wirtschaftsregierung“, in welcher (der Besetzung anderer EU-Gremien folgend) vorwiegend französische und britische Bürokraten darüber wachen sollen, dass es mit den Deutschen bergab geht. Das hatten wir doch schon mal! Ja, Europa ist ein Kontinent mit reicher Geschichte und einer langen Erfahrung, aus der wir schöpfen können.

Im 20. Jahrhundert haben die Europäer vor allem darin Erfahrung gesammelt, wie man seinen Kontinent derart an die Wand fährt, dass über 400 Jahre europäischer Vorherrschaft auf der Erde in nur einer Generationen zerbröselt sind. Das haben wir von den alten Griechen gelernt (die schon wieder). Die haben sich in peloponnesischen Kriegen so gründlich selbst zerlegt, dass die Römer nur noch die Reste einsammeln mussten.

Die heutigen Römer stehen schon am Zaun. Wir sind gespannt, wie die Chinesen reagieren, wenn die Herrschaften aus Brüssel mit ihnen über „unfaire Ungleichgewichte“ reden wollen und Peking auffordern, die Defizite europäischer Schuldenstaaten zu finanzieren, weil China doch auch dorthin exportiert. Vermutlich werden wir erleben, dass die Leute im Land des Lächelns nicht nur lächeln, sondern auch schallend lachen können.

Uns selber fertigzumachen gelingt uns aber nicht bloß auf europäischer Ebene, das klappt auch national ganz gut. Nachdem die Große Koalition das traditionell deutschfreundliche Lateinamerika konsequent links liegen ließ, wollte der neue Außenminister alte Bande neu knüpfen. Aber was tat die Opposition? Die machte Westerwelles Reisebegleitung madig, weil angeblich zu viele Verwandte und gute Bekannte des Ministers mit von der Partie gewesen seien.

Ja, wissen die denn gar nichts? Der Minister war in Südamerika! Im Reich der Clans und Caudillos, wo dem Klischee nach oberhalb der Tischplatte fast nichts geht und Vetternwirtschaft moralische Pflicht ist. Mit der Auswahl seiner Begleiter hat der deutsche Chefdiplomat Brücken gebaut zur bunten Kultur jenes fröhlichen Kontinents, wo Zusammenhalt noch etwas zählt. Selbst wenn es gar keine Vetternwirtschaft war, schon der Anschein lässt uns Deutsche in den Augen der Südamerikaner gleich menschlicher aussehen.

Die Deutschen brauchen sich sowieso nicht mehr zu verstecken. Wir sind gar nicht mehr so spröde, so steif und verknöchert wie früher. Die Eleganz, mit der Sigmar Gabriel die rot-grüne Agenda 2010 endgültig zum schwarz-gelben Projekt umgelogen hat, ist der halbseidenen Grandezza manches lateinamerikanischen Volksbeglückers ganz und gar ebenbürtig. Das nächste Mal sollte Westerwelle den SPD-Chef mitnehmen, wenn er die Latinos besucht. Sie werden ihn lieben.

ZITATE

*Der **grüne Nachwuchspolitiker** und Bundestagsabgeordnete **Arvid Bell** wünscht sich, dass seine Partei **nicht mit der Union koaliert**. Im „Spiegel“ vom 8. März nennt er den Grund:*

„Wir werden nicht der dritte Koalitionspartner sein, den Angela Merkel ins Koma regiert. Zuerst wurde die SPD in Schutt und Asche gelegt, jetzt wird die FDP plattgemacht, und nun wird Herr Röttgen vorgeschickt, um uns schon mal aufzuwärmen. Nein danke!“

*„**Europa ist Gefahr**“ schreibt die „Frankfurter Allgemeine“ (13. März) und warnt eindringlich vor den Folgen, wenn **Deutschland** über einen „Europäischen Währungsfonds“ die Schulden von finanzpolitischen **Schlendrian-Staaten schultern** sollte:*

„Angela Merkel spielt mit dem Feuer. Sie kann versuchen, mit dem Euro-Schuldenfonds die Währungsunion zu retten. Sie riskiert aber, dass sich Deutschland übernimmt. Und wenn die Deutschen das Vertrauen in den Euro verlieren, kommt das Ende der Währungsunion schneller, als wenn Griechenland nicht mehr zahlen kann.“

*Die Wiener Zeitung „Presse“ (10. März) fragte den US-Starinvestor **Jim Rogers**, wie er die **Griechenlandkrise lösen** würde:*

„Die Europäische Union sollte Griechenland nicht retten. Das Beste für alle wäre, das Land pleitegehen zu lassen“

*FDP-Chef und Außenminister **Guido Westerwelle** wehrt die Attacken auf ihn gewohnt trotzig ab und redet die **abgesackten Beliebtheitswerte** für ihn und seine Partei herunter:*

„Beliebtheit ist nicht mein Ziel.“

Pillenkunde

Die Dinger, meist runden
und Pillen genannt,
sind lang schon erfunden
und allseits bekannt.

Sie gelten als Segen,
und werden geschluckt
teils für und teils gegen
und selbst, wenn's nur juckt.

Doch gibt's unter diesen
die Pille schlechthin,
von vielen gepriesen,
von andern verschrien:

Hat's früher mal Knaben
und Mädel pressiert,
war Obacht zu haben,
dass ja nix passiert!

Heut' raunt „keine Bange,
es geht“ sie ins Ohr –
sie nimmt ja schon lange
die Pille davor.

Zur Not gibt's jetzt detto
die Pille danach,
falls gar ein Libretto
mehr hielt als versprach.

Davor eine Pille
schluckt nun auch der Mann
im Fall, dass der Wille
nichts ausrichten kann.

Doch alles ins Reine,
auf Dauer und glatt,
bringt's letztlich bloß eine –
die Pille anstatt!

Pannonicus

PS: Vor 60 Jahren wurde die „Anti-Baby-Pille“ erfunden.